

2 | 2026

mitmenschenreden

das magazin für den perspektivenwechsel

**Klimaneutralität
im Realitätstest**

Clara Mewes

Konfliktlinien *der Gegenwart*



**Demografie –
die Mutter aller Krisen**

Prof. Dr. Herwig Birg

**Weniger Staat.
Mehr Zukunft.**

Prof. Dr. Philipp Bagus

IMPRESSUM:

MITMENSCHENREDEN

Herausgegeben von
Ralf M. Ruthardt | Publizist
Rosine-Starz-Str. 16, D 71272 Renningen
www.mitmenschenreden.de

Redaktion:
Ralf M. Ruthardt (V. i. S. d. P.)
Markus Coenen

Layout & Gestaltung: Ralf M. Ruthardt
Webmaster: Jonas Schumacher

Redaktionsanschrift:
Ralf M. Ruthardt | Autor
Magazin MIT**MENSCHEN**REDEN
Rosine-Starz-Str. 16, D 71272 Renningen
Kontakt: info@mitmenschenreden.de
<https://mitmenschenreden.de>

© Ralf M. Ruthardt | 01.04.2026

Diese Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Die Rechte an Fotografien, Gemälden, Grafiken und Illustrationen liegen, soweit nicht anders gekennzeichnet, bei den genannten Personen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausdrücklich nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo 18,90 € (Online/PDF)

Einzelheft (Online/PDF) 5,90 €

Einzelheft (Print) 19,50 €

Preisangaben verstehen sich inkl. MwSt.

Hier abonnieren: <https://edition-pjb.de>

ISSN 2944-0394 (Print)

ISSN 2944-0408 (Online)



Ihre Einsendungen sind willkommen.

Sie sind herzlich eingeladen, sich mit einzubringen.
Dazu folgende Hinweise:

Beiträge und Werke können bereits veröffentlicht sein. Es muss sich um selbst verfasste Beiträge und selbst erstellte Werke der Einsendenden handeln.

E-Mail: mitmachen@mitmenschenreden.de

Die Rechte und die Verantwortung für die Inhalte verbleiben bei den Einsendenden von Beiträgen, Abbildungen und Werken. Lediglich das Recht auf Veröffentlichung in allen Medien wird von den Einsendenden MIT**MENSCHEN**REDEN und dem Herausgeber kostenlos eingeräumt. Die Einsendenden garantieren, dass sie keine Rechte und Ansprüche Dritter verletzen. Die Einsendenden stellen die Redaktion und den Herausgeber von Rechten und Ansprüchen Dritter frei.

Es gibt keine Veröffentlichungsgarantie für eingesandte Texte und Bilder und anderes. Postalische Einsendungen werden nicht zurückgeschickt. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

mitmenschenreden

das magazin für den perspektivenwechsel

INHALT

EDITORIAL 4

Ralf M. Ruthardt

Klimaneutralität im Realitätstest 6

Clara Mewes

Fachkräfte, Migration, und die Zukunft der Gesellschaft 16

Ayşe Özbabacan

Die demografische Krise – die Mutter aller Krisen 20

Prof. Dr. Herwig Birg

Kolumne: Wer liest schon Lyrik? 27

Ralf M. Ruthardt

Verantwortung statt Fürsorgestaat 28

Prof. Dr. Heiko Kleve

Weniger Staat. Mehr Zukunft. 36

Prof. Dr. Philipp Bagus

Föderalismus frisst Reformen 42

Dr. Ulrich Vosgerau

Narrative Macht: 52

Wie eine Gesellschaft sich verirrt

Christophe Lüttmann & Ralf M. Ruthardt

Israel zu Gast: 58

Sicherheit als Voraussetzung für Dialog

Interview mit „Rainer“ (Pseudonym)

Mehr Debatten wagen 64

Claudio Zanetti

ÖRR – zwischen Anspruch 68 und Kritik

Frank Beckmann

Kolumne: Afrika neu gelesen 72

Veronika Wetzel

Menschen im Porträt: 76

„Vom Suchenden zum Seelsorger“

Dirk-Henning Egger | Augustiner Chorherr

(k)eine tägliche Begegnung 82 „Der Gang des Lebens ist ein stilles Lied“

Pater Stefan R. Senge

Fotokolumne 86

Ralf M. Ruthardt

■ EDITORIAL

DES
BEGREIFENS
MÜDE



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

unsere Zeit ist geprägt von Konfliktlinien. Manche verlaufen sichtbar entlang politischer Lager, andere ziehen sich leiser durch unsere Institutionen, unsere Debatten und bisweilen durch unser persönliches Umfeld. Wer genau hinschaut, erkennt: Es sind nicht einzelne Themen, die unsere Gesellschaft herausfordern, sondern die Gleichzeitigkeit tiefgreifender Spannungen.

Diese Ausgabe nimmt genau solche Konfliktlinien in den Blick.

Da ist die Frage nach Sicherheit als Voraussetzung für Dialog – etwa dann, wenn Begegnungen mit israelischen Gästen nicht mehr selbstverständlich geschützt, sondern professionell abgesichert werden müssen. Wir blicken auf Migration zwischen ökonomischer Notwendigkeit und gesellschaftlicher Verunsicherung. Wir sprechen über Klimaneutralität im Spannungsfeld von Daten, politischer Kommunikation und realistischem Transformationswillen. Und wir hören auf die nüchterne Diagnose der Demografie, die langfristiger wirkt als jede Legislaturperiode.

Zugleich geht es um Freiheit und Verantwortung: um liberale Ordnungsvorstellungen, Deregulierung und die Frage, ob der Staat Räume eröffnet oder begrenzt. Es geht um Narrative – jene Deutungsmuster, die unsere Wahrnehmung lenken und darüber entscheiden können, ob Diskurs gelingt oder verengt wird. Und nicht zuletzt geht es um die Fähigkeit einer Gesellschaft, nach kollektiven Erfahrungen wie der Corona-Zeit wieder ins Gespräch zu kommen, einander zuzuhören und Differenz auszuhalten.

Was all diese Stimmen verbindet, ist kein Gleichklang. Es ist die Bereitschaft zur Auseinandersetzung.

MITMENSCHENREDEN versteht sich nicht als Ort der bequemen Gewissheiten. Unterschiedliche Perspektiven nebeneinanderstehen zu lassen, bedeutet auch, Spannungen auszuhalten. Doch gerade dort, wo Argumente aufeinandertreffen, entsteht Orientierung. Eine offene Gesellschaft lebt nicht davon, Konflikte zu vermeiden, sondern davon, sie argumentativ zu führen.

Vielleicht besteht eine der zentralen Aufgaben unserer Gegenwart darin, Konfliktlinien nicht reflexhaft zu vertiefen, sondern sie zunächst zu erkennen und dann zu überbrücken, wo es möglich ist. Dafür braucht es informierte Bürgerinnen und Bürger, ernsthaften Diskurs und den Mut, auch unbequeme Positionen zu hören.

Geben wir uns also nicht der Illusion hin, dass Einigkeit der Normalzustand einer freien Gesellschaft sei. Fortschritt entsteht selten im Konsens, sondern im Ringen um die bessere Idee. Lassen Sie uns des Begreifenwollens nicht müde werden.

In diesem Sinn laden wir Sie erneut zum Perspektivenwechsel ein: zum Lesen, zum Prüfen, zum Widersprechen und zum Weiterdenken.

Herzlichst
Ihr

Ralf M. Ruthardt
Herausgeber





Klimaneutralität im Realitätstest

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Clara Mewes



Klimaneutralität kann als Reizwort verstanden werden. Irgendwo zwischen Alarmismus, Abwehr und politischer Instrumentalisierung. Im Gespräch mit Clara Mewes von der Initiative Klimaneutrales Deutschland gUG (IKND) geht es um Daten statt Parolen, um Kommunikation statt Moralisierung – und um die Frage, wie Transformation in Deutschland realistisch gelingen kann.

Ralf M. Ruthardt | Liebe Clara Mewes, Sie arbeiten bei einer NGO – und die drei Buchstaben können in Deutschland bereits polarisieren, zumal Sie sich mit Klimaneutralität beschäftigen. (lacht) Nun, in unserem Gespräch werden wir ab und an die Perspektive wechseln und gemeinsam über Tellerränder hinausschauen.

Sie verantworten den Bereich „Forschung, Daten, Analyse“ bei der IKND und haben zuvor am Research Institute for Sustainability (RIFS) in Potsdam zu Instrumenten der nationalen und internationalen Klimapolitik gearbeitet. Inwiefern sehen Sie – auf Basis Ihrer Analysen – bislang einen grundlegenden Wandel in Richtung Klimaneutralität in Deutschland? Was funktioniert bislang gut – und wo stockt es Ihrer Erkenntnis nach am stärksten?

Clara Mewes | Den Perspektivenwechsel finde ich wichtig, um auf Ihre einleitenden Worte einzugehen. Zu Ihrer Frage: Wir sind schon sehr weit gekommen. Oft heißt es, dass wir den Wandel beginnen müssen, aber wir stecken schon mittendrin. Agora hat im Januar aktuelle Zahlen rausgegeben ...

Ralf M. Ruthardt | ... Sie meinen Agora Energiewende, den Thinktank, der mit dem Ziel gegründet wurde, akademisch belastbare und politisch umsetzbare Wege zu entwickeln, um die bestehenden Energiesysteme sauber und erneuerbar auszugestalten.

Clara Mewes | Ja, genau. Nach den Agora-Zahlen haben wir bei der Emissionsminderung im Vergleich zum Basisjahr 1990

bereits 49 % der Emissionen eingespart. Das heißt, wir sind bei der Hälfte von dem, was wir einsparen wollen. Ich werde nicht müde, das zu betonen: Wir stecken mittendrin im Wandel, auch wenn man da und dort das Gefühl hat, dass wir nicht vorankommen. Man kann festhalten, dass wir mittendrin in der Transformation sind.

Bei der IKND beschäftigen wir uns viel mit Kommunikation und damit auch mit dem Transformationsbegriff. Dieser ist manchmal doch ein bisschen sperrig. Wir suchen noch nach einer besseren Alternative. Je nachdem, wo man sich in der Bundesrepublik gerade befindet, ist das Thema Wandel beziehungsweise Wende auch sehr negativ behaftet. In einem Projekt in Ostdeutschland wurde uns zum Beispiel gespiegelt, dass dieser Wende-begriff nicht gern gehört wird. Aber was verbirgt sich eigentlich hinter diesem Begriff? Als Gesellschaft sind wir ständig dabei, uns zu verändern. Gesellschaft und ihr Umfeld – eine ständige Anpassung, ein ständiger Wandel.

Mit internationalen Abkommen haben wir uns in Deutschland zu diesen Veränderungen verpflichtet. Es werden bestimmte Ziele in diesen Abkommen vorgeschrieben und meiner Meinung nach haben wir schon einiges erreicht. Lassen Sie mich noch etwas Sozialwissenschaftliches anfügen. Da gibt es die Theorie des Wandels; Theory of Change heißt es im englischen Original. Nach der verläuft eine Veränderung nie linear, sondern eher wellenartig. An dem Punkt, wo wir in Deutschland in der Transformation gerade stecken,



sind wir vielleicht mal wieder an dem unteren Punkt der Welle und hoffentlich schaffen wir es bald auch wieder nach oben. Man darf das große Ganze nicht aus den Augen verlieren. Auch dann, wenn die Nachrichtenlage ziemlich erdrückend ist und man das Gefühl hat, es kommt gerade alles zum Halten.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie mich, Frau Mewes, eine technische Verständnisfrage stellen. Bei den von Ihnen genannten Agora-Zahlen ist das Basisjahr 1990. Warum nicht 1989 oder 1991?

Clara Mewes | Das 1990er-Referenzjahr wird in vielen Kontexten verwendet, weil es den Beginn der internationalen Klimaverhandlungen markiert. Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen wurde 1992 unterzeichnet und dementsprechend hat man den Zeitpunkt gewählt, der vor dieser Unterzeichnung liegt. Damit lässt sich vergleichen, wie die Situation war, bevor man sich mit dem Thema beschäftigt hat und wie es sich anschließend entwickelt hat. Deswegen ist das Referenzjahr 1990.

Ralf M. Ruthardt | Nun, Sie haben von Wellenbewegungen im fortschreitenden Wandel gesprochen und davon, dass man trotz dieser Wellen den Blick auf die Klimaneutralität gerichtet halten soll. Hatte ich die Wahrnehmung, dass klimabewegte NGOs und auch Teile der Politik und Medien seit geraumer Zeit einen Wechsel der Narrative vornehmen: Es wird nicht mehr die Bedrohung einer Klimakrise erzählt, sondern man fokussiert sich auf positive Narrative. Bekommt man die Leute nicht mehr mit Bedrohungsszenarien überzeugt und wechselt daher die Erzählung?

Clara Mewes | Es ist eine der Kernfragen, in der wir als Gesellschaft gerade stecken. Ich glaube, dass es wichtig gewesen ist, erst mal die Dimension des Problems zu verstehen und der Wissenschaft Gehör zu verschaffen.

Sonst erkennt man ja keine Notwendigkeit zum Handeln.

Dr. Maren Urner ist Neurowissenschaftlerin, Professorin für Medienpsychologie, Autorin und Mitgründerin von Perspective Daily. Sie hat es sehr schön auf den Punkt gebracht: Über Lösungen reden schafft Lösungen.

| Unser Untergang?

Wenn wir Menschen nur über „den Untergang“ sprechen, dann sind wir wie die Rehe, die nächtlich vor Schreck im Lichtkegel eines herannahenden Autos stehen bleiben. Wollen wir jedoch als Menschheit etwas verändern, müssen wir über Lösungen sprechen. Eine positive Kommunikation ist sehr wichtig. Aber man muss aufpassen, dass es nicht eine gekünstelte „Positivkommunikation“ ist. Deswegen sprechen wir bei IKND von einer lösungsorientierten Kommunikation.

Ralf M. Ruthardt | Wenn man in die Nachrichten und in die Beiträge in den sozialen Medien schaut, dann scheint man dort darauf zu setzen, mit lautem Geschrei, Skandalen und Bedrohungen die Aufmerksamkeit der Menschen zu bekommen. Klar, die Abonnenten- und Klickzahlen sollen hochgehen, weil eine Monetarisierung das Ziel ist.

Und auf der anderen Seite scheinen wir Menschen oftmals bei einem handlungsarmen Lamentieren stehen zu bleiben. Hier kommt mir Ihr Vergleich mit dem Reh an einer nächtlichen Straße wieder in den Sinn, wobei mein Vergleich an dieser Stelle wahrscheinlich dem Reh nicht gerecht wird. (lacht)

Ich finde es interessant, dass Sie zwischen „positiv formulieren“ und „lösungsorientiert kommunizieren“ unterscheiden. Im Entwickeln von Narrativen sehe ich darin einen bedeutenden Impuls, weshalb ich Ihren



Hinweis an dieser Stelle nochmals unterstreichen möchte.

Es gibt einen Punkt, über welchen ich mit Ihnen nochmals nachdenken möchte: Sie haben auf die östlichen Bundesländer verwiesen. Vielleicht auf Regionen der ehemaligen DDR. Dort haben Menschen einen sehr grundlegenden Wandel bei der Wiedervereinigung erlebt. Die Menschen haben sich mit viel eigener Kraft eines sozialistischen Systems entledigt. Angeschlossen hat sich – den Lebensalltag dieser Menschen grundlegend beeinflussend – ein Wandel in nahezu allen Lebensbereichen.

| „Wandel“ – | ein Missverständnis?

Sie haben darüber gesprochen, dass sich viele Menschen in Ostdeutschland mit dem Begriff „Wandel“ schwertun. Lassen Sie uns zunächst würdigen, dass in diesen Landstrichen vor nur wenigen Jahrzehnten ein großer Wandel vollzogen wurde, den Menschen in Westdeutschland nicht erlebt haben. Insofern müssen wir womöglich den Begriff Wandel zur Klimaneutralität konkretisieren. Hat in diesem Sinn die Abwehrhaltung in Ostdeutschland etwas damit zu tun, dass die Leute mit Wandel eher einen Kampf um Freiheiten und Wohlstand verbinden? Womöglich ist deren Sicht eine andere als von Menschen, die in den westlichen Bundesländern die Chance auf Wohlstand, Reisefreiheit, Vermögensaufbau – und damit auch Vermögenssubstanz hatten. Kann man meiner Hypothese etwas abgewinnen?

Clara Mewes | Absolut. Um nicht falsch verstanden zu werden, ich meinte in meinen Ausführungen nicht, dass die Menschen in Ostdeutschland keinen Wandel und Transformationen durchlaufen haben und ich meinte auch nicht, dass da aktuell kein Wandel stattfindet. Nehmen wir als positi-

ves Beispiel die Region Lausitz. Da sieht man deutlich, dass wir alle mitten im Wandel hin zur Klimaneutralität sind. Mir ging es darum zu verdeutlichen, wie wichtig es ist, darüber nachzudenken, welche Macht Worte haben und an wen man sie richtet.

Ralf M. Ruthardt | Wir nehmen mit, dass das Wort „Wandel“ je nach Region anders belegt ist.

Clara Mewes | Man kann sagen, dass Worte wirken. Deshalb braucht es eine Sensibilität: Mit wem spreche ich und welche Wirkung haben die Worte, die ich wähle. Das ist meine Arbeitserfahrung.

Ralf M. Ruthardt | Haben Sie ein Beispiel, wo diese Transformation – ich gehe dem Wort „Wandel“ an dieser Stelle aus dem Weg – im Kontext der Energiewende und der Klimaneutralität besondere Fortschritte gemacht hat?

Clara Mewes | Es gibt einige Punkte, die wir in Deutschland früh und sehr ambitioniert angegangen sind. Das Paradebeispiel ist der Wandel unseres Stromsystems. Wir haben mittlerweile fast 60 % erneuerbare Energieeinspeisungen bei unserer Stromgenerierung. Damit sind wir weltweit vorne mit dabei. Es gibt auch viele politische Maßnahmen, die in Deutschland entwickelt wurden und dann weltweit Anwendung gefunden haben. Zum Beispiel die Einspeisevergütung für erneuerbare Energien.

Sie ist eine deutsche Erfindung und mittlerweile gibt es dieses klimapolitische Instrument von Afrika über Asien bis nach Lateinamerika. Witzigerweise heißt es im Englischen auch ‚Feed-in tariff‘ – also eine wortwörtliche Übersetzung.

Ralf M. Ruthardt | Fokussieren wir uns für ein paar Momente auf Solarenergie und auf Windkraft. Wasserkraft und andere Erneuer-



bare lassen wir an dieser Stelle außen vor. Sind die beiden genannten Energieerzeugungen frei von Nebenwirkungen? Gibt es in Ihrem Umfeld und bei IKND eine Sensibilität dafür, dass die besagten Erneuerbaren nicht frei von Nebenwirkungen sind?

Clara Mewes | Bei jeder Technologie gibt es sehr viele Vorteile, aber es gibt natürlich auch Punkte, die nicht optimal sind. Man darf nicht vergessen, dass wir es hier anfangs mit recht neuen Technologien zu tun hatten. Diese sind in die ersten Anwendungen gekommen und im ersten Anlauf ist eine Sache nie perfekt. Es kommt zu Fehlern. Aber das Gute bei den Erneuerbaren ist, dass kontinuierlich weiter daran gearbeitet wird. So gibt es mittlerweile zum Beispiel Sensoren, die stoppen die Rotoren, sobald ein Vogel kommt. Oder es wird eine Windkraftanlage während der Brutzeit ganz heruntergefahren, damit die Vögel nicht gestört werden.

Oder nehmen wir das Thema Recycling. Anlagen für Erneuerbare waren oftmals nicht wiederverwendbar, was nicht sehr nachhaltig ist. Da gibt es mittlerweile gerade auch in Deutschland tolle Start-ups, die daran gearbeitet haben. So können nunmehr bestimmte neue PV-Module rückgebaut, aufbereitet und wiederverwendet werden.

Es macht mir total Spaß, solche Sachen dann zu sehen und zu erkennen, wie rasch Technologien weiterentwickelt werden. Hier zeigt sich die allseits angepriesene deutsche Ingenieurskraft.

Und ja, es gibt bei den Erneuerbaren auch noch Akzeptanzprobleme. Das ist für uns als gemeinnützige Organisation ein wichtiges Thema, welches wir uns sehr genau anschauen.

Ralf M. Ruthardt | Erkennbar ist das von Ihnen angesprochene Recycling von Wind-

kraftanlagen ein weites Feld für Start-ups. Denn bis jetzt sehen wir Folgendes: Nehmen wir beispielsweise eine moderne Onshore-Windkraftanlage mit drei bis fünf Megawatt. Da haben wir ein materialintensives Bauwerk, bei dem insbesondere das Fundament enorme Dimensionen hat. Da sind dann 1200 bis 1800 Tonnen Beton und 120 bis 180 Tonnen Bewehrungsstahl bei einer notwendigen Erdbewegung von 2000 bis 3000 Kubikmeter eine realistische Größenordnung. Dann kommen Turm, die Gondel (Maschinenhaus) und die Rotorblätter dazu.

| 180 Tonnen Bewehrungsstahl

Bei der Recyclingfähigkeit wird nach Komponenten unterschieden, wobei man beim Turm auf eine gute Recyclingquote kommt. Beim Fundament sieht es anders aus: Ja, eigentlich ist der vollständige Rückbau bis zur Unterkante Boden gefordert. In der Praxis trifft man bisher meist einen Teilrückbau auf ein bis zwei Meter unter Geländeoberkante an. Somit verbleiben große Betonmassen im Boden. Hinzu kommt, dass Beton bisher technisch nicht sinnvoll recycelbar ist. Minderwertiger Recycling-Schotter ist das oftmals Ergebnis. Start-ups und Technologieanbieter arbeiten daran und es gibt erste Projekte mit hochwertig recyceltem Beton. Hier wird es noch Zeit brauchen. Zurück zum Fundament: Bisher gibt es quasi keine geeignete Wiederverwertung eines bestehenden Fundaments für neue Anlagen, weil sich die Lasten durch größere Rotoren und neue Normen ändern. Nun, das wird sich sicherlich in der Zukunft ändern lassen.

Clara Mewes | Es gibt da eine sehr schöne Studie der *Fachagentur Wind und Solar e. V.*: Darin geht es um Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die Gemeinde vor Ort. Die Studie zeigt: Wenn die Anlage erst mal steht, steigt auch die Akzeptanz. Wir haben sozusagen eine nichtlineare Bewegung von



Akzeptanzwerten. Das sind demnach alle Aspekte, die man berücksichtigen muss, wenn man sich mit neuen Technologien beschäftigt. Wenn Probleme auftauchen, versucht man diese zu lösen. Und wie schon gesagt, es ist wichtig, diese Lösungen auch zu kommunizieren.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie mich mit einem Augenzwinkern auf das Zitat von Jürgen Trittin (DIE GRÜNEN) aus 2004 zu sprechen kommen. Die Mehrkosten für die Förderung erneuerbarer Energien würden einen durchschnittlichen Haushalt nur „eine Kugel Eis“ (ca. 1 €) pro Monat kosten, so seine Prognose. In einer Reflexion könnte man sagen, dass die Eiskugel eine zu vereinfachte und fehlleitende Erzählung gewesen ist. Wo möglich hat man es sich mit diesem fröhlichen und gut kommunizierbaren Narrativ zu einfach gemacht. Klar, man wollte etwas erreichen – was man nunmehr auch hat: Deutschland steckt in einem Wandel mit dem Ziel der Klimaneutralität und die damit einhergehende Energiewende wirkt sich massiv aus.

Clara Mewes | Natürlich wird der „Eiskugel“-Vergleich der Komplexität dieser Transformation nicht gerecht. Allerdings ist es ein Bild, das verfängt.

| Komplexes stark vereinfachen

Man hat etwas sehr Komplexes stark vereinfacht, weil man die Vorteile der Energiewende greifbar machen wollte. Das ist eine total menschliche Vorgehensweise.

Ralf M. Ruthardt | Was ist damit, dass Wahlberechtigte Entscheidungen treffen sollen und es dazu einer wahrhaftigen Kommunikation bedarf. Führt eine extreme Vereinfachung nicht zu Problemen?

Clara Mewes | Das ist mit Sicherheit ein schwieriger Balanceakt. Denn langfristig

machen erneuerbare Energien den Strom günstiger. Jetzt sind wir jedoch an dem Punkt, dass die Systemkosten steigen und wir höhere Strompreise haben, als wir das früher hatten. Berechtigterweise sagen viele Menschen: „Ihr habt doch gesagt, das wird günstiger, wieso ist mein Strom jetzt teurer?“ Ich glaube, daran sieht man diesen Konflikt ganz gut. Beim Klimaschutz hat man ganz oft die Problematik, dass Langfristigkeit sehr schwierig zu kommunizieren ist. Die meisten Vorteile erreichen wir erst zu einem späteren Zeitpunkt. Gerade beim Strompreis braucht es Gespräche mit Wirtschaft, Politik und der Zivilgesellschaft zum Umgang mit den Narrativen. Wir müssen ehrlicher sein und den Menschen auch mehr zutrauen. Wenn man da einfache Thesen in den Raum stellt, die sich dann nicht bewahrheiten, richtet man mehr Schaden an, als es Gutes bringt.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie für uns und für die Leserinnen und Leser für einen Moment die Prämisse setzen, dass ein von Menschen verursachtes CO₂ eine hohe Relevanz für die Entwicklung des Weltklimas hat und wir ausreichend Möglichkeiten haben, es signifikant zu beeinflussen beziehungsweise zu begrenzen. Wir setzen zudem die Prämisse, dass es eine Notwendigkeit gibt, CO₂ zu reduzieren. Nun blicken wir auf die ausgebauten erneuerbaren Energien und konzentrieren uns dabei auf die Solarfelder und die Windkraftanlagen.

Wie schaut es mit der Netzstabilität in Deutschland aus? Was ist mit der sogenannten „Dunkelflaute“? Wobei sich die steigende Zahl der Eingriffe maßgeblich aus der Systemlogik der Einspeisung der erneuerbaren Energien ergeben dürfte. Nun, wo früher die Netzbetreiber einige wenige (manuelle) Eingriffe am Tag hatten, sind zwischenzeitlich ein Vielfaches an Eingriffen notwendig, um das Netz stabil bei 50 Hertz zu halten. Automatische Primärregelleistung (FCR) sei hier als Stichwort genannt.



Nüchtern betrachtet scheint es plausibel, die Frage nach grundlastfähiger Energiegewinnung in Deutschland zu stellen. Schließlich sind wir eine Wirtschaftsnation, die auf günstige Energie und eine stabile Energieversorgung angewiesen ist, wenn man politisch nicht ein Degrowth verfolgt. Oder soll es genau das werden: ein Degrowth?

Clara Mewes | Das sind jetzt mehrere spannende Diskussionspunkte.

Ralf M. Ruthardt | Ja, zugegeben. Da kam eine Frage zur nächsten Frage. (lacht)

Clara Mewes | Das ist kein Problem (lacht), ich versuche, mich durchzuarbeiten. – Also, die Erneuerbaren bringen viele neue Anforderungen an unsere Stromnetze mit sich. Die bisher geltende Logik im Stromnetz kann man als top-down beschreiben. Man hat ein großes Kraftwerk und das bringt den Strom über das Stromnetz bis in die einzelnen Haushalte.

Jetzt haben wir neuerdings viele kleine Erzeugungsanlagen: einzelne Windräder, große Windparks, Photovoltaik auf den Dächern, Photovoltaik in der Fläche – und diese geben zu unterschiedlichen Zeiten und mit unterschiedlicher Ausbeute Strom ins Netz – oder eben nicht. Die bestehenden Übertragungs- und Verteilnetze sind für diese Logik noch nicht umfänglich geeignet. Und das bedeutet zunächst sehr hohe Kosten, weil wir diese Logik ändern müssen.

| Blackout

Noch eine Anmerkung zur Blackout-Thematik: Durch den Anschlag Anfang Januar in Berlin ist das ja ein aktuell viel diskutiertes Thema. Da hat man gesehen, dass Stromnetze an sich ein sehr komplexes und teils vulnerables Konstrukt sind. Versorgungssicherheit kann durch viele Faktoren in Gefahr geraten.

Ralf M. Ruthardt | Ich denke, dass terroristische Anschläge in den vergangenen Jahrzehnten nicht unser massivstes Problem bei der Netzstabilität in der Bundesrepublik waren. Deswegen sehe ich da keine Vergleichbarkeit mit der Herausforderung, unser Stromnetz bei 50 Hertz stabil halten zu müssen.

Clara Mewes | Die Herausforderungen haben in der Tat verschiedene Gesichter. Aber wir bewegen uns schon in eine Situation – man beachte, was in der Ukraine passiert –, wo wir uns die Frage stellen müssen, wie sicher sind unsere Stromkabel und Netze.

Grundsätzlich kann man festhalten, in Deutschland haben wir eines der sichersten Stromnetze der Welt. Wir haben am wenigsten Netzausfälle in der Stromversorgung in der gesamten EU. Und Deutschland ist ja nicht alleine, sondern wir haben ein europäisches Stromnetz. Dadurch lassen sich viele unserer Herausforderungen begegnen. Dementsprechend ist unsere Netzstabilität nicht gefährdet. Das ist mir wichtig an dieser Stelle zu sagen.

Ralf M. Ruthardt | Sie sagen, dass wir eines der sichersten und stabilsten Stromnetze in der Europäischen Union haben. Auf welchen Zeitraum bezieht sich Ihr Vergleich? Auf die vergangenen zwölf Monate oder auf die letzten zwanzig Jahre?

Clara Mewes | Ich beziehe mich auf die aktuellen BNetzA-Zahlen, also den Bericht der Bundesnetzagentur. Und die besagen: Wir haben ein sehr sicheres, stabiles Stromsystem.

Ralf M. Ruthardt | Laut BNetzA hat sich der SAIDI-Wert in den letzten zehn Jahren nicht verschlechtert, sondern ist auf hohem Niveau stabil oder gar leicht gesunken. Es scheint damit keine Evidenz, dass der Ausbau der



erneuerbaren Energien oder der Abschied von Kernenergie zu schlechterer Versorgungsqualität im Sinne höherer SAIDI-Werte geführt hat. Es ist jedoch nur ein Teil der Wahrheit.

Teile der deutschen Industrie klagen tatsächlich über Probleme durch kurze Stromunterbrechungen und verspüren die Stromversorgung als belastend, auch wenn das nicht pauschal bedeutet, das Netz sei deshalb fragil. Die Beschwerden betreffen kurze Unterbrechungen, die im klassischen Versorgungsstatistikmaß (SAIDI) nicht erfasst werden, und diese können bei sensiblen Produktionsmaschinen zu Kosten und Störungen führen. So berichten Industrieunternehmen von zunehmenden Ausfällen unter drei Minuten. Das zeige eine Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), und das schreibt Jennifer Collins am 8. Januar 2025 auf der Internetseite von *Clean Energy Wire*.

Clara Mewes | Das meinte ich mit der Logik, die sich ändern muss. Nicht nur auf der Netzebene, sondern auch bei den Unternehmen. Das ist durchaus ein sehr brisantes Thema, da bin ich bei Ihnen.

Die notwendigen Veränderungen sind teuer, darüber haben wir bereits gesprochen. Gerade im Mittelstand gibt es lösungsorientierte Unternehmen, die die Herausforderung für sich genutzt haben. Die haben geschaut, wie sie ihre Energieverbräuche flexibilisieren, um dementsprechend besser reagieren zu können. Da wurde untersucht, wo man Kosteneinsparungen generieren kann. Beispielsweise, indem man den Strom dann bezieht, wenn es sehr viel und damit günstigen Strom gibt. Entsprechend fährt man seine Fertigungsmaschinen hoch oder runter.

Ralf M. Ruthardt | In einem Dreischichtbetrieb bedeutet das, dass ein deutsches

Unternehmen seine Maschinen nicht durchgängig nutzen kann – hingegen der chinesische, US-amerikanische oder der französische Wettbewerber sehr wohl. Und was ist, wenn aus energieoptimierter Motivation eine halbe Schicht ausfällt? Erklären sich die Gewerkschaften einverstanden, dass die Mitarbeitenden für den Ausfall keinen Lohn erhalten? Kann man die Leute im Minutentakt heimschicken und wieder anfordern?

| Einfach mal abschalten?

Vielleicht sind wir auf ein weiteres Narrativ getroffen, das nicht per se unrealistisch ist, aber in seiner Schlichtheit für Unkundige erfreulich klingt – und doch schlussendlich Arbeitsplätze ins Ausland verlagern wird. Wir laufen Gefahr, wenig praxistaugliche Vorschläge zu machen, die in einer globalen Welt nicht funktionieren. Nun, vielleicht liege ich mit meiner Einschätzung falsch.

Clara Mewes | Da müssen wir jetzt aufpassen, dass wir nicht in generalisierende Aussagen kommen. Der Mittelstand ist in seinen Bedarfen sehr divers. Bei manchen Unternehmen funktioniert die von mir geschilderte Vorgehensweise, und für die anderen Unternehmen muss man andere Lösungen finden.

Wir sind viel im Austausch mit Industrievertretern, Handwerks- und Wirtschaftsverbänden. Da gibt es durchaus die Rückmeldung, dass einiges sehr gut läuft. Und da, wo wir Probleme haben, müssen wir gute Lösungen finden. Ich glaube, es ist in unserer Unterhaltung gerade so spannend, weil wir sehen, dass nicht jede Lösung für jeden funktioniert. Übrigens: Auch mit dem Gewerkschaftsbund sind wir im Austausch. Es ist ein großer Teil unserer Arbeit bei der IKND, die Probleme zu identifizieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Ralf M. Ruthardt | Wir könnten eine Fülle



weiterer Diskussionsfelder aufmachen, wie beispielsweise subventionierte Strompreise, die den Staatshaushalt belasten. Es gibt die Frage, wie wir die Energiebedarfe der modernen KI-Technologien bedienen wollen ... und vieles mehr. Gibt es noch einen Gedanken, den wir an dieser Stelle besprechen wollen?

Clara Mewes | Weil wir über Narrative gesprochen haben, möchte ich noch einen Gedanken dazu einbringen: Von welcher Seite kommen welche Erzählungen? Da ist zum Beispiel beim Thema „Klimaschutz“ die AfD mit ihrer Gegenhaltung sehr polarisierend. Aber in deren Wählerschaft spiegelt sich das nicht wider. Vielmehr sind viele der AfD-Wähler:innen nicht fundamental gegen Klimaschutz. Im Oktober 2025 hatten wir eine Umfrage zum Nutzen von emissionssparenden Technologien im Eigenheim. Da ging es unter anderem um Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen und das Elektroauto. Die Zahlen haben positiv überrascht. Wir haben nämlich nicht festgestellt, dass Parteipräferenz sich niederschlägt in den Anschaffungsplänen dieser Technologien. Alle Wählergruppen, auch die AfD-Wähler, haben ein großes Interesse an der Elektrifizierung ihrer Häuser. Man muss daher schauen, was tatsächlich Wählerwillen ist und was davon parteipolitische Kommunikationsstrategie ist.

Ralf M. Ruthardt | Diesen Impuls nehmen wir als Schlussgedanken und verzichten darauf, uns in die Niederungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) und der Heizungskeller zu begeben. (lacht)

Ganz dem Motto „Magazin für den Perspektivenwechsel“ folgend, durften wir uns austauschen. Dafür bedanke ich mich sehr bei Ihnen, liebe Clara Mewes. Gemeinsam entlassen wir die Leserinnen und Leser in ein selbstbestimmtes Nachdenken.

Clara Mewes | Wunderbar. Herzlichen

Dank, mir hat das Gespräch sehr viel Spaß gemacht.

Clara Mewes

arbeitet als Referentin für Forschung, Daten, Analyse bei der *Initiative Klimaneutrales Deutschland gUG* in München. Die Initiative Klimaneutrales Deutschland fördert den konstruktiven Dialog für eine ambitionierte Klimaschutzpolitik, bringt relevante Akteure zusammen und verschafft ihren Botschaften Aufmerksamkeit. Zuvor forschte Clara Mewes am RIFS Potsdam zu Instrumenten nationaler und internationaler Klimapolitik.



Foto: vogelwildundandres

*„Polarisierung – spaltet,
aber treibt ebenso den Diskurs an.
Eine lesenswerte,
weil vielstimmige Anthologie.“*

Prof. Dr. Heiko Kleve

*„Zwischentöne im Lärm der Gegenwart.
Eine Anthologie, die nachhallt.“*

Kajta Schmitt

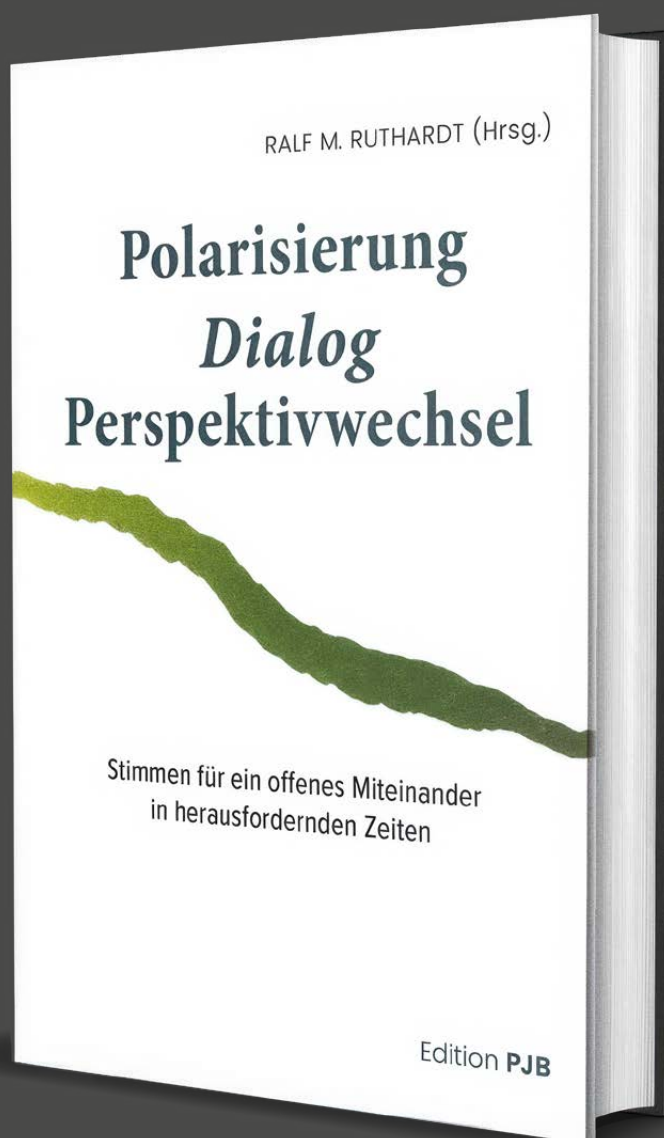
Polarisierung – Dialog – Perspektivwechsel

Ralf M. Ruthardt (Hrsg.)

Edition PJB

ISBN 978-3982574936

Taschenbuch | € 20



Fachkräfte, Migration und die Zukunft der Gesellschaft

von Ayse Özbabacan





Deutschland steht vor der doppelten Aufgabe, Fachkräfte zu sichern und Migration konstruktiv zu gestalten. Ayşe Özbabacan zeigt, warum wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit, Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt zusammen gedacht werden müssen – und plädiert für eine pragmatische, dialogorientierte Einwanderungspolitik. Özbabacan ist seit 2025 Integrationsbeauftragte der Landeshauptstadt Stuttgart und leitet dort die Integrationspolitik.

Deutschland steht mitten in einer doppelten Herausforderung: Auf der einen Seite wächst der Mangel an Fachkräften in fast allen Branchen, auf der anderen Seite verschärfen sich die Debatten über Migration, bedingt auch durch die internationalen Entwicklungen und die schwächelnde Wirtschaft. Es ist, als ob zwei Linien aufeinandertreffen, die eigentlich in dieselbe Richtung weisen sollten: die Notwendigkeit, Menschen aus aller Welt willkommen zu heißen, und die gesellschaftliche Unsicherheit, wie viel Wandel wir aushalten können und wollen.

| Wandel aushalten wollen?

Die Zahlen sind unmissverständlich. Die OECD und inländische Forschungsinstitute wie das IW Köln oder der SVR weisen seit Jahren darauf hin, dass in Deutschland bis 2035 mehrere Millionen Arbeitskräfte fehlen werden. Schon jetzt suchen Pflegeeinrichtungen händeringend nach Personal, Handwerksbetriebe müssen Aufträge absagen, IT-Firmen ringen um Nachwuchs. Migration ist dabei keine abstrakte Größe, sondern längst Realität: Ohne sie würden viele Bereiche des Alltags – vom Krankenhaus bis zur Kita – heute nicht mehr funktionieren. Der Lackmustest war die Pandemie, die aufgezeigt hat, dass Migrantinnen und Migranten in der Pflege, im Gesundheitswesen, in der Logistik und Lebensmittelversorgung während des Lockdowns den Betrieb am Laufen hielten, oftmals unter hohem Risiko und mit wenig öffentlicher Wahrnehmung.

Historisch betrachtet ist dies kein neues

Phänomen. Schon in den 1960er-Jahren holte Deutschland sogenannte Gastarbeiter ins Land, um den Wirtschaftsaufschwung abzusichern. Damals wie heute standen wirtschaftliche Notwendigkeiten im Vordergrund. Der entscheidende Unterschied: Während man damals kaum an Integration dachte, wissen wir heute, dass eine gezielte Integrationspolitik Zugehörigkeit und echte Teilhabe ermöglicht. Das bedeutet gleichberechtigter Zugang zu Schule, Bildung, Arbeit, Mitbestimmung und Mitgestaltung, so gelingt Integration nachhaltig zum Nutzen aller, des Einzelnen wie der gesamten Gesellschaft. Menschen, die neu zu uns kommen, wollen in diesem neuen Land, der neuen Stadt eine Zukunft aufbauen, sie bringen ihre Familien mit und sie gestalten das Gemeinwesen mit. Deutschland ist längst ein Einwanderungsland – ob wir es so benennen oder nicht.

| Strukturelle Hürden

Und doch ist der Alltag komplizierter. Als Integrationsbeauftragte einer internationalen Stadt wie Stuttgart erlebe ich beides: den starken Willen und die Bereitschaft von Menschen, hier Fuß zu fassen, und die strukturellen Hürden, die den Integrationsprozess verzögern. Da sind Unternehmen, die dringend Personal suchen – und gleichzeitig lange Verfahren, in denen Abschlüsse überprüft, Visa verlängert oder Aufenthaltsgenehmigungen erteilt werden. Da sind motivierte junge Menschen, die schnell arbeiten wollen, und eine Verwaltung, die sich durch Aktenberge kämpft. Ich sehe Kolleginnen und Kollegen, die mit großem Engagement arbeiten, aber



auch am Limit sind, weil Verfahren komplex, Gesetze teilweise widersprüchlich sind, da ihre Umsetzung vor Ort häufig schwierig und oftmals nicht ausreichend praxisnah ausgestaltet ist. Es ist zu einfach, die Verwaltung als Bremse zu sehen – sie ist selbst Teil eines Systems, das dringend modernisiert werden muss.

Im globalen Vergleich zeigt sich, wie viel auf dem Spiel steht. Länder wie Kanada oder Australien haben längst Punktesysteme etabliert, die gezielt Talente anziehen. Auch innerhalb Europas konkurrieren wir um die klugen Köpfe von morgen. Die Schweiz setzt auf selektive Einwanderung, Österreich ringt mit ähnlichen Fragen wie Deutschland, während Skandinavien frühzeitig auf Integration in Schulen und Gemeinden setzt. Deutschland dagegen wirkt oft schwerfällig, obwohl es durch seine wirtschaftliche Stärke eigentlich ein Magnet sein könnte.

| Integration als Pflicht

Die eigentliche Frage lautet deshalb nicht, ob wir Migration brauchen, sondern wie wir sie gestalten. Wer ist in der Verantwortung, den Rahmen zu setzen? Sicherlich der Staat, der Verfahren vereinfachen und Perspektiven schaffen muss. Aber genauso die Wirtschaft, die nicht nur kurzfristig Lücken füllen darf, sondern Menschen langfristig binden und fördern muss. Und auch die Gesellschaft selbst, ob biodeutsch oder mig-

rantisch: Nachbarschaften, Schulen, Vereine, die Räume für Begegnungen ermöglichen und Vielfalt nicht nur aushalten, sondern als wichtige Ressource für die gesellschaftliche Entwicklung begreifen.

In Stuttgart zeigt sich dieses Spannungsfeld wie unter einem Brennglas. Die Stadt ist längst international geprägt – fast jede zweite Person hat eine Lebensgeschichte, die nicht in Deutschland begann. Diese kulturelle und soziale Vielfalt bringt neue Ideen, Impulse und andere Perspektiven, aber auch Fragen nach Zusammenhalt, nach Sprache, nach gemeinsamen Regeln. Wir können sie nur beantworten, wenn wir uns nicht zurückziehen, sondern offen aufeinander zugehen und den Dialog suchen.

Vielleicht liegt darin der eigentliche Kern der Debatte: Migration ist mehr als eine Reduktion auf Flucht, es ist mehr als ein Mittel gegen den Fachkräftemangel. Sie ist eine Einladung, uns wieder daran zu erinnern, dass Migration Normalität in unserem Land und unseren Städten ist. Eine Erinnerung daran, dass wir ein Einwanderungsland sind, dessen Identität von Vielfalt, Vertrauen und Offenheit lebt. Seit den 2000er-Jahren hat das Land gezielt investiert, Strukturen geschaffen und Erfolge erzielt, um Integration zu ermöglichen und Teilhabe zu fördern. Diese Entwicklung zeigt: Vielfalt ist nicht nur Realität, sondern zeigt Mut und Stärke, auf die Deutschland bauen kann.



Wenn Deutschland auch in Zukunft konkurrenzfähig sein will, reicht es nicht, über Zahlen und Quoten zu sprechen. Wir müssen fragen, wie wir gemeinsam eine Kultur der Zugehörigkeit entwickeln. Wollen wir Vielfalt verwalten oder gemeinsam gestalten?

| Vielfalt: verwalten oder leben?

Die Zukunft liegt nicht allein in politischen Programmen oder wirtschaftlichen Strategien. Sie liegt in der Haltung, mit der wir einander begegnen. Jeder, der in Stuttgart lebt, ist Stuttgarterin oder Stuttgarter unabhängig von Herkunft und Nationalität – das ist das Motto des Stuttgarter Bündnisses für

Integration, des städtischen Integrationskonzepts, das als Querschnittsaufgabe der Verwaltung verstanden und in den letzten 25 Jahren stetig weiterentwickelt wurde. Stuttgart kann Integration und ist ein Ort, an dem sich zeigt, dass Zusammenhalt und internationale Offenheit keine Gegensätze sind, sondern die Grundlage für eine Gesellschaft, die ihre Chancen erkennt und anpackt. Wer hier lebt, soll spüren: Ich gehöre dazu. Das ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit, wenn wir als Stadt und Gesellschaft eine gemeinsame Richtung wollen und auch eine Idee, wie diese Stadt in 10–20 Jahren aussehen soll.

Ayşe Özbabacan

ist seit April 2025 Integrationsbeauftragte der Landeshauptstadt Stuttgart und leitet die Abteilung Integrationspolitik. Sie studierte Rechtswissenschaften und Europastudien und ist seit 2006 bei der Stadt Stuttgart in der Abteilung Integrationspolitik tätig. Bis 2012 koordinierte sie ein Netzwerk von 30 europäischen Städten zur lokalen Integrationspolitik und war Bosch Fellow am German Marshall Fund in den USA.



Foto: Ayse Ozbabacan

Die demografische Krise – die Mutter aller Krisen

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Prof. Dr. Herwig Birg



Prof. Dr. Herwig Birg zählt seit Jahrzehnten zu den profiliertesten und zugleich unbequemen Stimmen der deutschsprachigen Demografieforschung. Als langjähriger Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld, Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Beiräte sowie Autor vielbeachteter Standardwerke zur Bevölkerungsentwicklung hat er früh vor den strukturellen Risiken einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft gewarnt. Während politische Debatten meist in Legislaturperioden denken, analysiert Birg gesellschaftliche Entwicklungen in Generationen und kommt dabei zu Befunden, die nicht selten quer zu politischen Wunschbildern stehen.

Seine Arbeiten zur demografischen Transformation, zu Migration, Sozialstaat, Familienpolitik und kulturellem Wandel gelten als wegweisend. Besonders prägend ist sein Konzept der Multiminoritäten-Gesellschaft, mit dem er die langfristigen Folgen der demografischen Schrumpfung der Mehrheitsgesellschaft bei gleichzeitig wachsender Vielfalt beschreibt. Birg argumentiert konsequent faktenbasiert, jenseits ideologischer Zuschreibungen, und insistiert darauf, dass demografische Prozesse nicht verhandelbar sind – wohl aber politisch gestaltbar, sofern man den Mut zur Wahrheit besitzt.

Im Gespräch mit *MITMENSCHENREDEN* analysiert Birg das Paradoxon des Wohlstands, die kulturellen Ursachen des Geburtenrückgangs, die strukturelle Abhängigkeit Deutschlands von Migration, das Versagen politischer Steuerung sowie die weitreichenden gesellschaftlichen Konfliktlinien, die aus der demografischen Krise erwachsen. Entstanden ist ein eindringliches Interview über die vielleicht folgenreichste Herausforderung unserer Zeit.

Ralf M. Ruthardt | Herr Professor Birg, Sie beschäftigen sich seit Jahrzehnten mit dem demografischen Wandel. Ihre Analysen gelten als unbequem, weil sie langfristige Entwicklungen sichtbar machen, die sich politisch kaum noch korrigieren lassen. Lassen Sie uns mit einem scheinbaren Paradoxon beginnen: Sie sagen, Wohlstand führe zu einer negativen demografischen Entwicklung. Wie ist das zu verstehen?

Herwig Birg | Historisch betrachtet war Bevölkerungswachstum stets eng mit wirtschaftlichem Fortschritt verbunden. So war es im 19. Jahrhundert etwa für eine Familie mit einem Bauernhof wichtig, dass möglichst kräftige Buben bei der Bewirtschaftung geholfen haben. Geerbt hat dann zumeist der Ältere. Diese Logik hat sich in den hochentwickelten Gesellschaften grundlegend umgekehrt.

Heute kann man sagen: Je höher der materielle Wohlstand, je größer die individuelle Freiheit, je umfassender die soziale Absicherung, desto stärker sinken die Geburtenraten. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines tiefgreifenden kulturellen Wandels. Kinder sind in modernen Wohlstandsgesellschaften keine ökonomische Notwendigkeit mehr, sondern eine biografische Option – und diese Option wird zunehmend seltener gewählt.

Ralf M. Ruthardt | Das Paradoxon des Wohlstands.

Herwig Birg | Das Paradoxon wird in praktisch allen Ländern der Welt seit ein bis zwei Jahrhunderten beobachtet. Gesellschaften, die technologisch, medizinisch und wirtschaftlich am erfolgreichsten sind, reproduzieren sich biologisch am wenigsten. Deutschland ist dafür ein besonders prägnantes Beispiel.



Seit vielen Jahrzehnten liegt die sogenannte Geburtenrate deutlich unter dem Bestands-erhaltungsniveau von 2,1 Kindern pro Frau. Im Schnitt bewegen wir uns zwischen 1,3 und 1,6. Das führt zwangsläufig zu Alterung, Schrumpfung und struktureller Überlastung der sozialen Sicherungssysteme.

| Kultur & Moral: entscheiden?

Ralf M. Ruthardt | Sie betonen immer wieder, dass Kultur und Moral entscheidende Einflussfaktoren für demografische Entwicklungen sind.

Herwig Birg | Absolut. Ökonomische Rahmenbedingungen spielen eine Rolle, aber sie erklären den Geburtenrückgang eigentlich nicht, denn sie werden selbst von ihm beeinflusst. Entscheidend ist die kulturelle Prägung. Gesellschaften, in denen Familie, Kinder und generationelle Verantwortung kulturell positiv besetzt sind, weisen stabilere Geburtenraten auf. Umgekehrt gilt: Je stärker sich eine Gesellschaft auf Konsum, Individualismus, Mobilität und Selbstverwirklichung fokussiert, desto ausgeprägter fällt der Geburtenrückgang aus.

Ralf M. Ruthardt | Was bedeutet das konkret?

Herwig Birg | Kinder bedeuten in unserer Kultur auf der einen Seite Bindung, langfristige Verantwortung, und auf der anderen Seite Einschränkungen von biografischer Flexibilität, sozialer Mobilität und Karriereoptionen. In hoch individualisierten Gesellschaften wird dies zunehmend als Belastung empfunden. Besonders gut ausgebildete Frauen und Männer erleben mit der Geburt eines Kindes häufig eine Einbuße ihres ökonomischen und biografischen Entfaltungsspielraums. Zeit, die in Kinder investiert wird, fließt nicht in Einkommen, Vermögensaufbau und berufliche Entwicklung. Wo Kultur dem nicht bewusst ein starkes, positives Gegengewicht

entgegensetzt, ist der Geburtenrückgang unausweichlich.

Ralf M. Ruthardt | Sie sprechen in diesem Zusammenhang auch von der Vereinzelung der Gesellschaft.

Herwig Birg | Das hängt eng mit der sogenannten Lebenslauftheorie zusammen. Die Entscheidung für Kinder und die langfristige Bindung an einen Lebenspartner wirken sich als lebenslange Festlegungen im Lebenslauf nachteilig aus, weil sie die Anpassungsfähigkeit an die überwältigende Kraft der Arbeitsmarktdynamik reduzieren. Das macht Eltern immobil, begrenzt Karrieren, fixiert soziale Milieus und reduziert den biografischen Entwicklungsspielraum bzw. das sogenannte „biografische Universum“ des Individuums. Deshalb werden Geburten aufgeschoben und später oft nicht mehr realisiert. In Großstädten dominieren die Einpersonenhaushalte. Dies führt langfristig zu einer atomisierten Gesellschaft, in der Geschwisterbeziehungen, familiäre Netzwerke und generationenübergreifende Bindungen zunehmend verschwinden.

Ralf M. Ruthardt | Welche gesellschaftlichen Folgen hat das?

Herwig Birg | Vereinzelung erhöht die Abhängigkeit vom Staat, von professionellen Pflege- und Betreuungsstrukturen und von sozialen Transferleistungen. Gleichzeitig schwächt sie die informellen Solidaritätsnetze, die Gesellschaften traditionell stabilisiert haben. Das ist ein zentraler, oft unterschätzter Aspekt des demografischen Wandels.

Ralf M. Ruthardt | Sie haben früh den Begriff der Multiminoritäten-Gesellschaft geprägt. Was verstehen Sie darunter?

Herwig Birg | Klassische Einwanderungsgesellschaften zeichneten sich durch eine



stabile kulturelle Mehrheit aus, in die sich Minderheiten integrieren. In Deutschland beobachten wir jedoch einen anderen Prozess: Die demografische Schrumpfung der angestammten Mehrheitsgesellschaft bei gleichzeitigem Wachstum unterschiedlicher zugewanderter Minderheiten. Langfristig entsteht eine Gesellschaft ohne klare Mehrheit, also eine Multiminoritäten-Gesellschaft.

Ralf M. Ruthardt | Meine Frage lautet: Warum ist das problematisch?

Herwig Birg | Weil soziale Kohäsion auf gemeinsamen kulturellen Referenzen beruht. Wenn diese zerfallen, entstehen Segmentierung, Parallelgesellschaften und Identitätskonflikte. Ohne ein verbindendes kulturelles Fundament wird Politik zunehmend zu einem permanenten Verteilungskampf zwischen Gruppen. Das ist hochgradig konfliktträchtig.

| demografischer Kolonialismus

Ralf M. Ruthardt | Sie sprechen in diesem Zusammenhang auch von „demografischem Kolonialismus“. Das finde ich insofern interessant, als man in den Medien heutzutage eher mit Schlagworten wie „Dekolonialisierung“ konfrontiert wird.

Herwig Birg | Damit meine ich die strukturelle Abhängigkeit alternder Wohlstandsgesellschaften von den Geburten in ärmeren Ländern. In Deutschland ist seit 1972 die Zahl der Sterbefälle jedes Jahr um Hunderttausende größer als die der Geburten, letztes Jahr betrug das Geburtendefizit 300.000. Ohne Zuwanderungen wäre die Bevölkerungszahl jedes Jahr geschrumpft. Deutschlands Bevölkerungsentwicklung lässt sich nur noch durch wachsende Zuwanderungen stabilisieren. Wir werben gezielt um Fachkräfte – Informatiker aus Indien, Pflegekräfte aus Osteuropa oder Südamerika,

medizinisches Personal aus Asien. Faktisch externalisieren wir damit unsere demografischen Defizite. Im historischen Kolonialismus ging es um die Ausbeutung von Rohstoffen, im Zeitalter des demografischen Kolonialismus um die viel wertvollere menschliche Substanz der ausgebeuteten Länder.

Ralf M. Ruthardt | Da habe ich direkt ein Bild vor Augen: Die gut ausgebildete Informatikerin einer renommierten Universität in Tunis ist sich sicher, dass sie in Paris arbeiten wird. Da sind schon viele junge Verwandte und man hat seine Community. Währenddessen die tunesische Gesellschaft sich mit den Transferzahlungen begnügt, wenn die junge Informatikerin ihre Familie an ihrem wirtschaftlichen Erfolg teilhaben lässt. Keine wirkliche Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes, wie hier Tunesien.

Und noch ein zweites Bild, welches in den Kontext des einen oder anderen afrikanischen oder arabischen Landes passen könnte: Da wird Geld beim Onkel, bei den Nachbarn und sonst wo gesammelt, um eine der kräftigeren Minderjährigen auf den Weg nach Europa zu schicken. Dort angekommen ist dieser junge Mensch mit der Sprachbarriere, einer völlig anderen Kultur und Gesellschaft – und mit nur wenig Chance auf eine schnelle, reguläre Beschäftigung konfrontiert. Wie soll dieser junge Mann den finanziellen Erwartungen seiner Familie im Heimatland gerecht werden? Wie schnell zeichnet sich der Weg in die Kriminalität ab; wo möglich aus dem besagten finanziellen Druck oder schlicht ob der Langeweile oder dem Bedürfnis, einer Gruppe anzugehören. Wäre es für diesen jungen Menschen nicht förderlicher, er dürfte in seinem sozialen Umfeld zu Hause erwachsen werden? Wie wäre es, wenn wir vor Ort Bildung fördern und beispielsweise Teile unserer öffentlichen Verwaltung im Sinne eines BPO (Business Process Outsourcing) organisierten?



Beide Fälle scheinen mir in den Kontext der demografischen Kolonialisierung zu passen.

Herwig Birg | Ja, das sind gute Beispiele. Werfen wir an dieser Stelle einen Blick auf die Zahlen: Wie die Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes vom Dezember 2025 und die schon länger publizierten Ergebnisse der demografischen Forschung zeigen, würde die Bevölkerung Deutschlands ohne Zuwanderung bis 2070 unter 60 Millionen sinken – also um rund 25 Millionen Menschen abnehmen. Aber 2070 wäre die Schrumpfung nicht zu Ende, sie ginge weiter bis ins nächste Jahrhundert usf.

Quantitativ könnte man die Folgen des schrumpfenden Arbeitskräftepotenzials durch die von Ihnen vorgeschlagene konsequente Digitalisierung abfedern. Aber die Qualifikationen der freigesetzten Arbeitskräfte müssen auch zu den offenen Stellen passen. Wenn dies durch Umschulungen möglich wäre, dann würde die Digitalisierung die Produktivität in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft deutlich steigern. Ihr Vorschlag, durch massive Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung personelle Ressourcen freizusetzen, ist also grundsätzlich plausibel. Aber dafür ist es jetzt vielleicht schon zu spät. Politische, institutionelle und kulturelle Kippunkte sind schon lange überschritten.

Ralf M. Ruthardt | Zugleich betonen Sie, dass Migration das Problem langfristig nicht löst.

Herwig Birg | Migration kann keine Lösung sein, denn Migranten sind wie alle Menschen natürlich ebenfalls an Wohlstand interessiert. Sobald dieser erarbeitet ist, passen die meisten ihr Reproduktionsverhalten an die Wohlstandsbedingungen des Aufnahmelandes an. Mit wachsendem Einkommen sinken auch bei ihnen die Geburtenraten. Migration verschiebt das Problem also auf eine internationale Ebene, löst es aber nicht.

Auch die demografische Alterung lässt sich durch die Immigration Jüngerer nur zeitlich hinausschieben, nicht stoppen oder gar aufheben. Die Population Division der Vereinten Nationen hat errechnet, dass Deutschland langfristig eine Nettozuwanderung von mehreren Millionen pro Jahr aufnehmen müsste, wenn das Verhältnis aus der wachsenden Zahl der Alten, die versorgt werden müssen, und der schrumpfenden Zahl der Jüngeren nicht steigen soll. So viele Menschen wären gesellschaftlich, infrastrukturell und kulturell nicht integrierbar.

| Politische Feigheit?

Ralf M. Ruthardt | Warum tut sich die Politik so schwer, diese Entwicklungen offen zu adressieren?

Herwig Birg | Politik denkt in Legislaturperioden. Demografische Prozesse wirken über Jahrzehnte. Wo keine kurzfristig durchsetzbare Lösung existiert, darf politisch oft auch kein Problem existieren. Hinzu kommt die Angst vor Wählerverlusten. Unbequeme Wahrheiten werden verdrängt, beschönigt oder ideologisch überformt. Das ist ein strukturelles Politikversagen.

Ralf M. Ruthardt | Sie sprechen in diesem Zusammenhang auch von der Feigheit der Politik vor dem Wähler.

Herwig Birg | Ja, weil notwendige Reformen regelmäßig aus Angst vor Unbeliebtheit unterlassen werden. Das gilt für die Rentenpolitik ebenso wie für Familien-, Bildungs- und Migrationspolitik. Zögerliche Entscheidungen, endlose Verfahren, fehlende persönliche Verantwortung – all das führt dazu, dass strukturelle Probleme verschleppt werden, bis sie kaum noch lösbar sind.

Ralf M. Ruthardt | Sie bezeichnen die demografische Krise als „Mutter aller Krisen“.



Herwig Birg | Das ist keine rhetorische Übertreibung. Die demografische Entwicklung beeinflusst alle zentralen Systeme: Wirtschaft, Bevölkerung, Gesellschaft und Umwelt. Sie erzeugt Verteilungskonflikte zwischen Jung und Alt – etwa bei Rente, Gesundheitswesen und Pflege. Aber sie verschärft auch innerhalb jeder alten oder jungen Generation Konflikte, denn kinderlose Haushalte, deren Anteil von Generation zu Generation wächst, verfügen im Schnitt über wesentlich größere finanzielle Spielräume als Familien mit Kindern. Zudem erwerben sie noch durch ihre überdurchschnittlichen Beitragszahlungen höhere Versorgungsleistungen in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Das widerspricht nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2001 unserem Grundgesetz, denn kinderlose Menschen erbringen nur die finanziellen Beiträge in das soziale Sicherungssystem. Sie leisten jedoch nicht die unabdingbaren „generativen“ Beiträge in der Form der Erziehung von Kindern als den Beitragszahlern der Zukunft, ohne die unser System (Umlageverfahren) nicht funktioniert. Seit Jahren wird das Defizit der Rentenversicherung aus Steuermitteln ausgeglichen. Dabei geht es um Beträge von weit über 100 Milliarden Euro pro Jahr.

Ralf M. Ruthardt | Hinzu kommen regionale Spannungen.

Herwig Birg | Die regionale Bevölkerungsverteilung wird entscheidend dadurch bestimmt, dass jedes Jahr drei- bis fünfmal so viele Menschen ihren Wohnsitz zwischen den Stadt- und Landkreisen wechseln wie geboren werden bzw. sterben. Diese sogenannte Binnenwanderung entvölkert ländliche Räume und überlastet Metropolen. Infrastruktur, medizinische Versorgung, öffentlicher Nahverkehr – all das gerät aus den Fugen. Das im Grundgesetz verankerte Gebot zur Schaffung „gleichwertiger“ (nicht gleichartiger) Lebensbedingungen

ist mittlerweile nicht mehr erfüllbar. Die Zuwanderung verschärft in Ballungsräumen die sozialen Spannungen, aber auch in bestimmten Entleerungsgebieten. Die viel diskutierte „Stadt bild-Debatte“ ist kein ideologisches Konstrukt, sondern Ausdruck realer Alltagserfahrungen. Diese Erfahrungen werden politisch entweder ignoriert, geleugnet oder instrumentalisiert – selten aber konstruktiv gelöst.

| Demografie & Griechenland

Ralf M. Ruthardt | Sie führen als Beispiel für die Demografie als versteckte Ursache hinter vielen Krisenerscheinungen häufig die griechische Finanzkrise an.

Herwig Birg | Die Ursachen der griechischen Finanzkrise waren vielfältig – aber ein zentraler Faktor war die demografische Entwicklung. Niedrige Geburtenraten führten zu einer strukturellen Überlastung und zu wachsenden Defiziten der sozialen Sicherungssysteme. Internationale Banken berücksichtigten dies bei ihrer Risikobewertung der benötigten Kredite. Wer sollte die Tilgung bei einer schrumpfenden Erwerbstätigenzahl leisten? Jede schrumpfende und alternde Gesellschaft verliert langfristig an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und fiskalischer Stabilität. Das war ein wesentlicher Grund, warum die Staatsfinanzierung von internationalen Banken zunehmend verweigert wurde.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns auf die globale demografische Entwicklung blicken.

Herwig Birg | Die Weltbevölkerung besteht aus rund 180 Ländern. Die Geburtenrate der Weltbevölkerung befindet sich seit über hundert Jahren im Sinkflug: 1960 entfielen pro Frau im Durchschnitt der Weltbevölkerung fünf Geburten, heute sind es noch knapp über zwei, Tendenz fallend. Der Abwärtstrend



begann in Deutschland als einem der ersten Länder. Der um 1905 geborene Frauenjahrgang war der letzte, dessen Geburtenrate ausreichte, um die Generation in ihren Kindern fortzupflanzen. Die anderen Länder der Welt folgten dem Rückgang der Geburtenrate in Deutschland mit zeitlicher Verzögerung wie die Schiffe in einem Geleitzug. Auch China hat jetzt den Punkt überschritten, ab dem seine Bevölkerungszahl (ohne Zuwanderung) ständig schrumpft und altert. Indien wurde das bevölkerungsreichste Land, aber auch dort sinkt die Geburtenrate. Mit zeitlicher Verzögerung folgen auch die afrikanischen Länder. Nach meinen 1995 veröffentlichten Vorausberechnungen wächst die Weltbevölkerungszahl noch bis 2070 auf 9,5 Milliarden, danach beginnt die Phase der Schrumpfung. Die Vorausberechnungen sind bisher ziemlich genau eingetroffen. Die Entwicklung ist historisch beispiellos. Wir steuern global auf eine Phase demografischer Kontraktion zu, mit bislang kaum abschätzbaren geopolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen.

| Gibt es Hoffnung?

Ralf M. Ruthardt | Gibt es dennoch Anlass zu Hoffnung?

Herwig Birg | Hoffnung ja. Illusionen nein. Wir können den demografischen Wandel gestalten, aber nicht aufhalten. Voraussetzung ist eine ehrliche, faktenbasierte Debatte ohne ideologische Scheuklappen. Gesellschaften, die bereit sind, unbequeme Wahrheiten anzuerkennen, haben zumindest die Chance, ihre Zukunft aktiv zu gestalten. Alle anderen werden von der Demografie überrollt, so wie Deutschland.

Ralf M. Ruthardt | Lieber Herr Professor Birg, ich danke Ihnen für dieses intensive Gespräch.

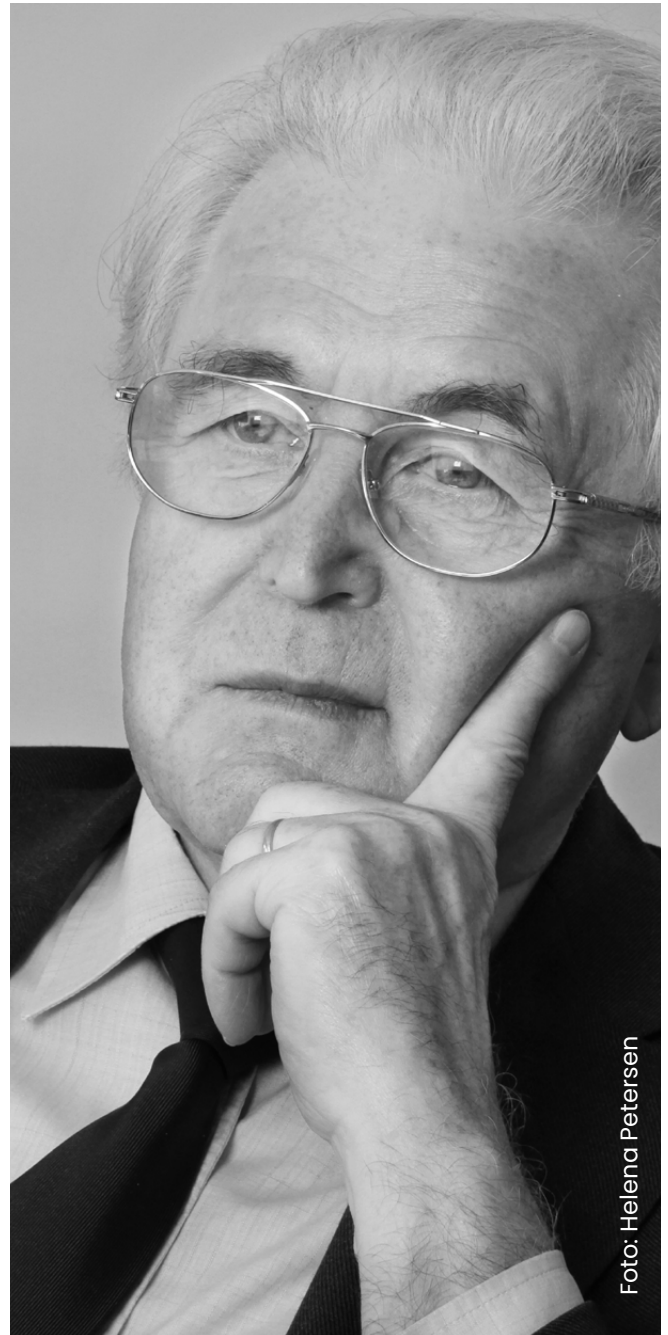


Foto: Helena Petersen

Prof. Dr. Herwig Birg

ist einer der renommiertesten deutschen Demografen. Er war Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld, beriet Politik, Wirtschaft und Institutionen wie das Forschungsinstitut der Population Division der Vereinten Nationen in New York und veröffentlichte zahlreiche Standardwerke zu Demografie, Migration, Sozialstaat und Familienpolitik.



wer liest schon lyrik



REISEN

Beim Reisen
Menschen sehen
nicht nur im Vorbeigehen
nicht nur als Bestandteil einer Show
VIELmehr
auf Augenhöhe und noch mehr

Beim Reisen
Menschen hören
nicht nur Einzelne einer Masse
nicht nur oberflächlich wahrgenommen
VIELmehr
mit ehrlichem Interesse

Beim Reisen
Menschen lieben
nicht aus Begierde und der Schönheit wegen
nicht um deren Anerkennung heischend
VIELmehr
weil offenherzig

WortFluss

Edition PJB

Ralf M. Ruthardt

ISBN 978-3982574974

Hardcover | € 28



A person wearing a dark jacket and a backpack is walking away from the camera down a city street. The street is lined with buildings, and several cars are parked or moving in the distance. In the background, a tall industrial chimney is visible, emitting a large plume of white smoke. The sky is a warm, hazy orange, suggesting a sunset or sunrise. The overall mood is contemplative and perhaps somber, reflecting the theme of the text.

Verantwortung statt Fürsorgestaat

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Prof. Dr. Heiko Kleve



Im Gespräch mit Prof. Dr. Heiko Kleve geht es um das Spannungsverhältnis von Freiheit, Verantwortung und staatlicher Fürsorge in der Sozialen Arbeit. Der Sozialwissenschaftler beleuchtet strukturelle Fehlanreize, plädiert für „Hilfe zur Selbsthilfe“ und fordert mehr gemeinschaftliche Verantwortung statt wachsender institutioneller Abhängigkeiten.

Ralf M. Ruthardt | Einmal mehr dürfen wir, lieber Prof. Dr. Heiko Kleve, uns über Ihre Forschungen austauschen. Diesmal greifen wir ein Thema auf, das Sie in *„Freiheit, Verantwortung, Selbsthilfe – Streitschrift für eine liberale Soziale Arbeit“* (Carl Auer, 2020) bearbeitet haben. Nun, wenn jemand vom Liberalismus spricht, dann verbindet man nicht als Erstes das Thema „Soziale Arbeit“ damit. Wie lässt sich ein moderner Liberalismus mit dem Anspruch verbinden, dass besonders verletzte Menschen zu schützen sind?

Heiko Kleve | Das Projekt „Soziale Arbeit“ greift eine ethische Perspektive auf, die ich ganz stark mit dem modernen Liberalismus gekoppelt sehe. Diese ethische Perspektive lässt sich mit dem pointierten Satz von der „Hilfe zur Selbsthilfe“ beschreiben. Die Soziale Arbeit hat von Anfang an den Fokus gehabt, Menschen zu unterstützen, damit diese wieder aus einer Notlage herauskommen. Raus aus der Fremdhilfe, um sich wieder eigenständig und eigenverantwortlich in der Gesellschaft zu bewegen. Sie sollen ihre Geschicke wieder in die eigenen Hände nehmen können. Das ist das Grundkonzept Sozialer Arbeit, wie man es in allen ethischen Formulierungen zum sozialarbeiterischen Projekt der Moderne findet.

Anführen möchte ich Hans Thiersch. Thiersch ist ein bedeutender Sozialpädagoge und Erziehungswissenschaftler. Er steht für eine lebensweltorientierte Theorie der Sozialen Arbeit und lehrte an der Universität Tübingen. Hans Thiersch hat das 20. Jahrhundert das

sozialpädagogische Jahrhundert genannt, weil in dieser Zeit die Soziale Arbeit zu einem wichtigen sozialen Funktionssystem geworden ist.

Ralf M. Ruthardt | Sie meinen damit, dass wir in dieser Zeit als Menschen eine Vielzahl von Aufgaben an den Staat delegiert haben ...

Heiko Kleve | Soziale Arbeit muss nicht per se staatlich organisiert und finanziert sein. Aber ja, die Gesellschaft zählt auf Institutionen, die den Einzelnen unterstützen, wenn dieser aus bestimmten gesellschaftlichen Systemen herausgefallen ist. Nehmen wir beispielsweise die Arbeitslosigkeit: Es hat jemand keine Arbeit mehr. Er findet keine neue Arbeit. Und jetzt kommt die institutionalisierte Unterstützung und hilft ihm, wieder Arbeit zu finden. Oder nehmen wir Menschen, die aus dem Familiensystem herausfallen. Menschen, die Beziehungskrisen haben. Da geht es dann um Unterstützung, damit solche Menschen wieder selbstverantwortlich in ihrer Lebenswelt teilhaben können. Wir könnten auch über Menschen mit Bildungsproblemen sprechen, die aus dem Schulsystem herausgefallen sind.

| Selbstverantwortung

Das Konzept der Sozialen Arbeit versucht, Menschen bei der Rückkehr in gesellschaftliche Systeme zu unterstützen. Man nennt das Inklusionshilfe – man möchte Menschen wieder inkludieren. Hier sehen wir ganz klar den Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Soziale Arbeit hat dazu im 20. Jahrhundert viele Methoden



entwickelt. Ansätze der Gesprächsführung und der Netzwerkarbeit. Das bezieht sich auf den Einzelnen und auf seine sozialen Nahbeziehungen, wie Familie, Nachbarschaft, Freundeskreis und so weiter.

Das Problem ist allerdings der institutionelle Aspekt. Soziale Arbeit ist so organisiert, dass finanziell meist nicht die professionelle Hilfe zur Selbsthilfe belohnt wird, sondern die Ausweitung der professionellen Fremdhilfe. Incentiviert wird nicht der Erfolg eines Sozialarbeiters, Menschen so schnell und so nachhaltig wie möglich in die Selbstversorgung zu bringen, sondern es wird die Arbeitszeit des Sozialarbeiters vergütet – und damit vielmehr eine möglichst intensive und lange Unterstützungsleistung. Das ist ein großes Problem. Ich spreche vom Paradoxon Sozialer Arbeit, das ich im von Ihnen eingangs erwähnten Buch *„Freiheit, Verantwortung, Selbsthilfe“* fokussiere.

Ralf M. Ruthardt | Es ist eine Herausforderung, dass Menschen zügig und nachhaltig wieder in Arbeit kommen. Wir sehen es an den bescheidenen Erfolgsquoten der Jobagenturen. Womöglich sind die, die Arbeit vermitteln wollen, zu sehr von formalen Geschäftsprozessen und rechtlichen Anforderungen und Restriktionen vereinnahmt. Sollten die Arbeitsvermittelnden mehr Gestaltungsfreiheit haben? Braucht man nicht nur Verantwortung, sondern auch zugesprochene Kompetenzen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jobcentern eine höhere Erfolgsquote erreichen?

| das Reziprozitätsprinzip

Heiko Kleve | Das wird dort auch versucht. Aber wir dürfen das Reziprozitätsprinzip nicht außer Acht lassen. Diese Gegenseitigkeit besagt, dass Menschen dazu neigen, anderen zu geben, was sie empfangen haben. Menschen, die Hilfe empfangen, müssen

auch den Anspruch an sich haben, etwas zurückzugeben. Das heißt, dass der, der professionelle Hilfe bekommt und diese auch annimmt, auch selbst etwas dafür tut, etwas eigenverantwortlich beiträgt, dass diese Hilfe ihm auch hilft, dass sie also erfolgreich ist. Und den Erfolg sehen wir dann, wenn die professionelle Hilfe wieder beendet werden kann, weil der Betroffene sich wieder selbst helfen kann, konkret: etwa wieder in Arbeit gekommen ist.

Ralf M. Ruthardt | Man erhält Unterstützung in der Not und man bringt sich selbst mit all seinen Möglichkeiten engagiert ein, damit die Unterstützung rasch zu einem Erfolg wird und man selbst der Not entkommen ist.

| 1990er: „fördern & fordern“

Heiko Kleve | Spätestens seit den – von mir nach wie vor positiv bewerteten – Arbeitsmarktreformen unter dem Sozialdemokraten Gerhard Schröder in den 90er-Jahren kennen wir den Slogan „fördern und fordern“. Allerdings wird uns zugleich eingeredet, wir hätten einen Anspruch auf Unterstützung. Der Staat – bzw. die Gesellschaft – müsse uns Unterstützung gewähren. Die Sozialgesetze formulieren auch solche Anspruchsberechtigung. Es wird aber nicht die Reziprozitätsnotwendigkeit kommuniziert. Wenn ich etwas bekomme, dann muss ich etwas zurückgeben. Diese Reziprozität ist elementar. Die Adressaten sind auf der einen Seite die Menschen, die Soziale Arbeit in Anspruch nehmen. Und auf der anderen Seite sind es die Leute, die in den zugehörigen Institutionen und Einrichtungen beschäftigt sind.

Aufgrund der organisatorischen Rahmenbedingungen treffen wir dort auf eine verwaltete Exklusion. Deshalb ist unter anderem mein Punkt, dass wir für erfolgreiche Wiedereingliederung von Menschen



in Arbeit eine Incentivierung der Leute benötigen, die beispielsweise als Arbeitsvermittler, Sozialarbeiterinnen oder Ähnliches tätig sind. Wer mehr Menschen nachhaltig in Arbeit gebracht hat, kann dann auch mehr verdienen.

Ralf M. Ruthardt | Ist es ein Problem, dass in der Sozialen Arbeit beschäftigte Menschen sich ob ihrer Entscheidung absichern müssen, damit sie nicht angreifbar sind? Eine erfolgsabhängige Incentivierung würde womöglich gar nichts bringen, weil enge Verordnungen und gesetzliche Rahmenbedingungen zu wenig Spielraum für eigenverantwortliches Agieren bieten. Liegt ein Schlüssel darin, beispielsweise den Arbeitsvermittlern nicht nur Verantwortung, sondern auch umfassende Kompetenz zu geben?

Heiko Kleve | Vor diesem Hintergrund müsste das gesamte System der Arbeitsagenturen anders organisiert werden. Es wäre quasi ein Weg von einer starren bürokratischen Organisation zu einer projekt- und teamorientierten Organisationsform. Also eine Form, die sich aus dieser bürokratischen Struktur verabschiedet.

| neue Organisationsformen?

Ralf M. Ruthardt | Das Problem haben wir doch in vielen unserer staatlichen Institutionen und Einrichtungen. Da wurde in der Nachkriegszeit und nach der Wiedervereinigung einiges aufgebaut und hat sich etabliert. Heute hat man – womöglich auch aus dem Streben nach abschließender Gerechtigkeit – so viele Regelwerke und damit Bürokratie aufgebaut, dass vieles dysfunktional geworden ist.

Mal kreativ gedacht: Müsste man nicht damit beginnen, eine völlig neue Arbeitsvermittlung testweise aufzubauen? Regelwerke, die nur einen groben Rahmen geben, und der Ein-

satz von moderner Informationstechnologie – und dort Menschen beschäftigen, die nicht in den Verwaltungsprozessen verwurzelt sind.

Heiko Kleve | Ja, das wäre eine Möglichkeit. In der Jugendhilfe hat man das versucht. Das nennt man Sozialraumorientierung. Es geht dabei darum, dass man weg möchte von der individuellen Problemzuschreibung. Vielmehr konzentriert man sich darauf, wie notleidende Menschen in ihren Sozialräumen eingebunden sind, um sozialräumliche Ressourcen aktivieren zu können. Man will die Abhängigkeit von professionellen Hilfeeinrichtungen vermeiden und die Rückbindung zu den sozialen Beziehungen vor Ort unterstützen und stärken. Man denkt dabei an Nachbarschaften, an Mietparteien in Häusern und so weiter.

Wir müssen wegkommen von der Idee, dass allein professionelle Sozialarbeiter zuständig sind. Denn diese werden für die Problembearbeitung und nicht für Lösungskreation bezahlt. Von ihrer Ethik her sollen Gemeinschaften sich unterstützen und sich selbstverantwortlich verhalten. Menschen, die in einem solchen sozialen Umfeld eingebunden sind, erfahren dort auch Unterstützung. Wir haben es hier also mit einer funktionalen Differenzierung zu tun: Professionelles Hilfesystem einerseits und lebensweltliche Systeme andererseits. In der angesprochenen Jugendhilfe hat man das als Konzept Sozialraumorientierung versucht.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns einen Gedankensprung machen: Wir nehmen eine Beratungsstelle und setzen die Prämisse, dass dort zehn Sozialarbeiter beschäftigt sind. Die Leute sind motiviert und ihr Job ist eine Berufung. Man hilft, ist für die betroffenen Menschen da und ist mit seiner Berufswahl glücklich. Nun stellen wir uns die Frage, inwieweit die zehn Sozialarbeiter dahin wirken, dass die Not so weit zurückgeht,



dass es irgendwann nur noch den Bedarf für drei Sozialarbeiterstellen gibt. – Meine Hypothese: Wer will sich selbst abschaffen? Wird ein potenzieller Rückgang an Quantität durch eine zunehmende Betreuungsintensität unausgesprochen kompensiert?

Heiko Kleve | Sie beschreiben wiederum ein Paradox der Sozialen Arbeit. Die Sozialarbeit hat ein zweifaches Hilfeparadoxon. Einerseits hat die professionelle Hilfe das Ziel, schnell und professionell zu agieren – um nicht mehr helfen zu müssen. Das ist das positive Hilfeparadoxon: Man möchte helfen, damit die Unterstützung möglichst dauerhaft eingestellt werden kann. Andererseits haben wir aber ein zweites Hilfeparadoxon, das wir beobachten können. Professionelle Hilfe führt potentiell dazu, dass die Menschen abhängig von ihr werden. Die Hilfe verstärkt sozusagen die Unfähigkeit der Menschen, sich selber zu helfen. Das wiederum bewirkt, dass das Hilfesystem weiter ausgebaut werden muss.

Ralf M. Ruthardt | Dann lassen wir meinen Blick auf die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit außen vor und wenden uns Lösungsansätzen für das von Ihnen beschriebene Paradoxon zu.

| ein Blick nach China

Heiko Kleve | Blicken wir ins Gesundheitswesen und nehmen einen Arzt. Dieser ist dann erfolgreich, wenn die Menschen ihn nicht mehr brauchen. Er arbeitet quasi mit dem Ziel – nicht mehr benötigt zu werden. Nun sehen wir es uns gesamtgesellschaftlich an und gehen dazu ins alte China. Dort soll es im Gesundheitsbereich eine besondere Form von Finanzierung gegeben haben. Es war wohl so, dass die Ärzte von den Gesunden finanziert wurden. Die Gesunden haben eingezahlt und sobald sie krank wurden, konnten sie ihre Zahlungen einstellen. Die Botschaft ist klar: Die Ärzte hatten das Ziel,

die Patienten so schnell wie möglich wieder gesund zu machen oder eben (präventiv) gesund zu halten, damit diese einbezahlen. – Wir erkennen, dass viel mit der finanziellen Logik zusammenhängt.

Das Problem in Deutschland ist, dass wir von der Sozialgesetzgebung eine auf das Individuum bezogene Perspektive haben. Die einzelne Person ist anspruchsberechtigt. Wir haben die gemeinschaftsorientierte Perspektive aus dem Blick verloren. In Skandinavien kann man im Bereich der Pflege beobachten, wie es anders laufen kann. Oder nehmen wir die Niederlande. Auch dort setzt man auf größere Gemeinschaften und hat nicht nur den Einzelnen im Blick.

Immer geht es auch um die soziale Einbindung – und ja, wir stellen seit Jahrzehnten fest, dass Soziale Arbeit manchmal paradoxerweise die soziale Einbindung erodieren lässt.

Ralf M. Ruthardt | Das ist ein interessanter Hinweis – ein Perspektivenwechsel. Wir können festhalten, dass sozialarbeiterische Unterstützung im Grunde genommen in Konkurrenz zur beispielsweise Nachbarschaftshilfe steht. Anders ausgedrückt: Die massive Delegation von früher gemeinschaftlicher Hilfe aus dem sozialen Umfeld an Institutionen führt zum Abbau der sozialen Einbindung – und verstärkt womöglich dadurch die Individualisierung und Isolierung des einzelnen Menschen.

Ich möchte einen weiteren Gedanken in den Raum unseres Gesprächs stellen: Als Gesellschaft haben wir in Deutschland sehr hohe Ansprüche, was unsere Unterstützung des Einzelnen durch die sozialen Sicherungssysteme anbelangt. Kein Mensch soll durch das sogenannte soziale Netz fallen. Jedes Detail scheint man verwaltungs- und regulierungsseitig berücksichtigen zu wollen. Müssen



wir uns als Gesellschaft – und hier knüpfe ich an die gesamtgesellschaftliche Sicht an – zumuten, dass wir nicht jedem einzelnen Menschen gerecht werden können und gerade damit der sozialen Einbindung Raum geben?

| durchs soziale Netz fallen?

Man gestatte mir einen „hinkenden“ Vergleich. Wenn ich ein Produkt verkaufen möchte und als Verkäufer dem Anspruch gerecht werden will, es in jedem Fall abgesetzt zu bekommen, dann muss ich mein Produkt womöglich verschenken. Um einen für meine Gewinnerzielungsabsicht tauglichen Preis zu erhalten, muss ich als Verkäufer den Druck aushalten, dass sich kein Käufer findet. Meine Ableitung: Wenn wir als Gesellschaft es nicht zulassen wollen, dass Menschen potentiell durch ein „soziales Netz“ fallen könnten und diese durch ihre soziale Einbindung aufgefangen werden – dann werden wir an der Komplexität unserer Regelwerke und an den überbordenden Kosten scheitern. Noch eine Anmerkung: Mit

sozialer Einbindung meine ich in diesem Fall auch die schöne Aufgabe von Kirchengemeinden, im ehrenamtlichen Kontext dem Bedürftigen eine Hilfe zu sein. Und noch eine persönliche Anmerkung: Mit Hilfestellungen als Ehrenamtlicher in Kirchengemeinden habe ich schöne Erfahrungen machen dürfen. Nun, waren solche Zumutungen nicht bereits ein Bestandteil der sogenannten „Hartz-Reformen“?

Heiko Kleve | Ja, diesen Aspekt des Forderns hatten wir angesprochen. Ich würde jedoch schon erwarten, dass es sozusagen ein Minimum an Bürgergeld oder Sozialhilfe gibt. Eine Existenzsicherung will ich hier nicht infrage stellen.

Ralf M. Ruthardt | Repräsentiert das aktuelle Bürgergeld Ihrer Meinung nach dieses Minimum?

Heiko Kleve | Das Bürgergeld habe ich nicht im Detail im Blick. Das müsste man sich im Einzelnen anschauen. Klar, es muss zwischen





den arbeitenden Leuten und Bürgergeldempfängern eine spürbare Differenz geben. Es muss Menschen deutlich besser gehen, die ihre Lebensgestaltung selbst in die Hand nehmen. Bei den aktuellen Regelungen ist für viele Menschen die Differenz scheinbar nicht spürbar. Als Liberaler lehne ich staatliche Interventionen im Sinne eines Mietdeckels und so weiter ab. Dort sehen wir gemessen an der Zielsetzung gegenteilige Effekte.

Ralf M. Ruthardt | Nochmals zum Punkt, dass es weniger staatliche Regelungen geben könnte und dadurch die Gefahr bestünde, dass Menschen durch das institutionalisierte „soziale Netz“ fallen. Dann könnte doch das soziale Umfeld wieder aktiv werden. Wir nehmen unseren Mut zusammen und entbürokratisieren massiv – und als Gesellschaft bringen wir in den besagten Fällen das Engagement auf, uns zu kümmern. Das ist doch genau die Mentalität, auf die Sie zu Beginn des Gesprächs hingewiesen haben: Das soziale Eingebundensein.

Heiko Kleve | Ob das so funktionieren kann, weiß ich nicht. Einen Mindeststandard an staatlicher sozialer Absicherung wird es geben müssen. Richtig ist, dass die professionelle Hilfe dazu führt, dass lebensweltliche Selbsthilfe erodiert.

Die Gemeinschaft verflüchtigt sich, wenn institutionalisierte, professionelle Hilfe ausgebaut wird. Diese Diskurse hat es bereits in den 70er-Jahren gegeben und wurden damals vor allem von den Linken geführt. Ich erinnere an den österreichisch-amerikanischen Sozialphilosophen Ivan Illich. Dieser hat sich auch mit dem Gesundheitssystem beschäftigt. Die Entmündigung durch Experten führe dazu, dass Formen gemeinschaftlicher Hilfsnetzwerke mehr und mehr verschwinden, wenn professionelle Systeme entstehen und umfassender werden. Hier sind wir möglicherweise einen deutlichen

Schritt zu weit gegangen und müssen – ich sprach vom paradoxen Effekt – das wieder justiert bekommen.

Ralf M. Ruthardt | Werden wir in Deutschland an dieser und anderen Stellen den Mut aufbringen, etwas Neues zu wagen? Sachverhalte überdenken, neue Ideen entwickeln und mit Mut und Risikobereitschaft Bestehendes auf die Seite packen und uns im gegenseitigen Wohlwollen quasi neu erfinden?

| Javier Milei & die Kettensäge

Heiko Kleve | Ja, mit Sicherheit. Wobei ich davon ausgehe, dass wird erst dann passieren, wenn es finanziell in Deutschland nicht mehr anders geht. Man denke an Argentinien: Dort ist Javier Milei erst dann gewählt worden, als wirklich nichts anderes mehr ging. Da leben wir hierzulande immer noch sehr stark in einer vom Wohlstand geprägten Welt. Unbedingt gilt es hier in der Analyse und Diskussion, die zwischen dem Westen Deutschlands und dem Osten Deutschlands sehr großen Unterschiede zu würdigen. Das finanzielle Polster der Westdeutschen ist viel dicker – schlussendlich auch, weil dort große Vermögen vererbt werden. Hier sehe ich einen ganz zentralen Grund für diese Spaltung, die wir zwischen Ost- und Westdeutschland erleben. Dieser Gap wird zu selten angesprochen, aber er ist die materielle Basis für das, was da vom Mindset her in den vergangenen rund 35 Jahren entstanden ist.

| ein Mutmacher

Ralf M. Ruthardt | Mein Wunsch ist, dass Sie uns zum Schluss jetzt noch einen „Mutmacher“ mit auf den Weg unserer Gedankengänge geben.

Heiko Kleve | Wir Menschen können uns

auf uns selbst besinnen. Wir entdecken unsere eigenen Stärken und können darüber unsere Kräfte mobilisieren. Man darf und kann sich seiner eigenen Unabhängigkeit bewusst werden – und dadurch zieht einen die gesellschaftliche Entwicklung emotional nicht nach unten. Zugleich übernehmen wir Eigenverantwortung und stellen uns den Herausforderungen. Das wäre mein Gedanke zum guten Schluss unseres Gesprächs.



Prof. Dr. Heiko Kleve

promovierte in Soziologie. Nach Professuren in Berlin und Potsdam ist er seit 2017 Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Organisation und Entwicklung von Unternehmerfamilien am Witten-Institut für Familienunternehmen (WIFU) an der Privaten Universität Witten/Herdecke, wo er auch Geschäftsführender und Akademischer Direktor vom WIFU ist. Kleve ist Autor von über 20 Büchern und zahlreichen Fachartikeln in deutschen wie internationalen Zeitschriften.



Weniger Staat. Mehr Zukunft.

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Prof. Dr. Philipp Bagus



Im Gespräch erläutert der Ökonom Philipp Bagus die Zielsetzung des neu gegründeten *Javier Milei Institut für Deregulierung in Europa e.V.* und wirbt für eine konsequente Deregulierung als Voraussetzung für mehr Freiheit und Wohlstand. Dabei spricht er über politische Narrative, staatliche Einflussnahme, Bildungsfragen sowie über wirtschaftspolitische Impulse, die er unter anderem aus Javier Mileis Reformkurs ableitet.

Ralf M. Ruthardt | Man spricht vom „Maschinenraum“ des klassischen Liberalismus – und denkt beispielsweise an die Hayek Gesellschaft in Berlin. Nun gibt es neuerdings das Javier Milei Institut für Deregulierung in Europa und es stellt sich die Frage, ob dieses Institut ein weiterer „Maschinenraum“ ist und wenn ja, welche Maschinen stehen da drin?

Philipp Bagus | Mein Kollege Prof. Dr. Stefan Kooths verwendet das Bild des „Maschinenraums“, wenn er über die *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft* in Berlin spricht, deren Vorsitzender er ist. Mit dem *Javier Milei Institut für Deregulierung in Europa* geht es uns um eine liberale, libertäre Plattform. Dort sollen sich die entsprechenden Leute zusammentun, konkrete Deregulierungsstrategien und -vorschläge erarbeiten und diese in Kampagnen kommunizieren.

Man könnte auch von einem Auffangbecken für Menschen sprechen, die sich engagieren wollen und die einen Blick auf Javier Milei und seine Erfolge geworfen haben. Es geht um einen Weg zur Freiheit, den es zu formulieren und zu gehen gilt. Dazu gibt es in einigen Wochen sicherlich mehr zu berichten.

Ralf M. Ruthardt | Das Institut ist also mehr als ein weiterer liberaler oder libertärer Think-tank, von denen es ja bereits einige gibt.

Philipp Bagus | Ich möchte es als libertäres Netzwerk verstanden wissen. Wie gesagt, es ist die Idee, eine Plattform zu schaffen, auf der sich liberale Parteien, Institute und engagierte Menschen zusammenfinden und

gemeinsam Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen.

Ralf M. Ruthardt | Indirekt beschreiben Sie eine Schwäche der Liberalen und Vince Ebert hat es im Interview in der [Ausgabe 2026-1](#) sinngemäß ungefähr so formuliert: Wenn ihr Liberalen und Bürgerlichen euch auf Zahlen und Argumente zurückziehen wollt, dann gewinnt ihr keine Wahlen und kriegt die Politik nicht beeinflusst. Ihr müsst schon emotional werden und Narrative anbieten.

Philipp Bagus | Ja, genau. Deshalb ist unser Institut inhaltlich breit gefasst und wir wollen Einfluss und einen kulturellen Wandel in Deutschland mitgestalten. Klar, als junges Institut sind wir aktuell noch in einer gewissen Findungs- und Anlaufphase. Jedenfalls das Ziel ist klar: Es sollen Deregulierungsvorschläge konkret gemacht werden – quasi als Denkfabrik.

Und zugleich wollen wir in der Außenkommunikation stark werden. Es gilt, auf Argumente gestützte Narrative zu entwickeln, um die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Protagonisten in Medien und Politik zu überzeugen. – Nun, wir werden sehen, wohin es sich entwickelt.

Ralf M. Ruthardt | Welche Narrative wird das Institut setzen, damit Deregulierung nicht als sozialer Kahlschlag, sondern als gesellschaftlicher Gewinn verstanden wird?

Philipp Bagus | Man wird sehen, wie wir uns innerhalb des noch jungen Instituts aufstel-



len und was unsere Arbeitsergebnisse sein werden. Dem kann ich jetzt nicht vorgreifen.

Offensichtlich ist, dass die Deregulierung den Leuten Freiheit lässt und zu Wohlstand positiv führt. Wir sehen es ja an den vielen abschreckenden Beispielen erdrückender Regulierung in der Europäischen Union. Das ist ein Grund, weshalb Europa im globalen Wettbewerb immer weiter zurückfällt. Und jetzt das Beispiel mit Argentinien: Dort bekommen die Menschen, die Unternehmen endlich wieder „die Luft“ zum Atmen – und wir sehen, welche positiven Auswirkungen das hat: Für viele Leute bedeutet es raus aus der Armut. Das ist ja schon mal ein positives Narrativ.

Wir haben keine mit Argentinien vergleichbare Armut in der EU, aber es muss ja erst gar nicht so weit kommen. Eine Fülle von Kennzahlen zeigt uns auf, dass wir auf dem falschen Weg sind. Diese Erkenntnisse gilt es zu nutzen und Politik zu ändern, damit wieder mehr Wohlstand und Freiheit geschaffen wird. Es braucht diese Deregulierung. Sehr dringend.

Ralf M. Ruthardt | Fokussieren wir uns für ein paar Momente auf Deutschland. Ist die bisherige zu wenig liberale Politik das Ergebnis von Bildungsarmut und Lebenserfahrungsarmut bei zu vielen Mandatstragenden in den Parlamenten? Hat eine große Infantilität die Politik der vergangenen 20 bis 30 Jahre gekennzeichnet?

Philipp Bagus | Vieles ist natürlich auf diese Staatskultur zurückzuführen. Die von Ihnen angesprochene Infantilität wird durch diese Abhängigkeiten des paternalistischen Staates geschaffen.

Ja, viele Leute übernehmen keine Verantwortung und ihr Handeln bleibt ohne direkte Konsequenzen für sie selbst. Der Staat

bestimmt fast alles, regelt fast alles – und wenn man unverantwortlich handelt, wird man vom Staat aufgefangen. Das führt schlussendlich dazu, dass die Leute verkindlichen, also keine Verantwortung für ihre Handlung übernehmen. Man könnte auch sagen: Sie können eine solche Verantwortung gar nicht übernehmen, weil der Staat als dominanter Akteur im Weg steht. Es gibt ohne Freiheit keine Verantwortung.

Dieses infantilisierte Verhalten führt dazu, dass in der Quintessenz Politiker Vorstellungen und ein Wollen haben, das fern von der Realität ist. So, wie wir es bei Kindern kennen. Unsere Politiker wünschen sich etwas – und dann stehen da Realpolitiker wie Wladimir Putin, Donald Trump oder der chinesische Staatspräsident.

Ralf M. Ruthardt | Das bedeutet, dass wir als Gesellschaft uns wieder auf die positiven Einflussfaktoren konzentrieren müssen ...

Philipp Bagus | Wir haben über die Infantilisierung gesprochen. Da können wir direkt mit Bildung beginnen: Die fehlende Bildung ist damit verbunden, dass das Bildungssystem durch den Staat okkupiert ist. Es gibt zu wenig relevante Leistungsanreize. Überspitzt formuliert: Jeder sollte einen Universitätsabschluss bekommen. Darauf sind die Anreize ausgerichtet worden – und Lehrer haben die Tendenz, bessere Noten zu vergeben. So ist das Niveau immer weiter gesunken.

Die Lehrpläne sind aus der Sicht des Staates geschrieben. In den staatlichen Lehrplänen wird der Staat immer als Lösung dargestellt und nie als das Problem. Da wird von Marktversagen gesprochen. Weltwirtschaftskrisen werden als Versagen des Kapitalismus dargestellt und Keynes' Theorien retten die Welt. Ganz nach Keynes' Theorien: Märkte erreichen nicht immer automatisch Vollbeschäftigung und deshalb seien Staatseingriffe zur Stabili-



sierung der Wirtschaft notwendig; besonders bei Krisen. Man sieht, dass zu wenig diese Theorien infrage gestellt werden und dabei haben Mises und Hayek jede Menge gute Argumente, die ins Feld geführt werden können. Nun, mit Blick auf die außergewöhnliche Situation in Argentinien und deren außergewöhnlichen Präsidenten Javier Milei erkennen wir: Gute Strategien und eine gute Kommunikation ermöglichen auch rasche politische und wirtschaftliche Erfolge.

Ralf M. Ruthardt | Ich möchte nochmals auf die Infantilisierung zurückkommen und ein Beispiel einbringen: Da erzählen Politiker und Medienschaffende den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern, dass militärische Aufrüstung ein Investment sei. Nun, soweit es der Kompensation einer vernachlässigten Verteidigungsfähigkeit dient, möchte ich es als eine existenzielle Notwendigkeit kategorisieren. Jedoch darüber hinaus kann man Aufrüstung als ein staatlich oder politisch organisiertes Wirtschaftswachstum auf Schuldenbasis bezeichnen, oder? Irgendwann wird die Frage nach Zins und Tilgung fällig und man hat als Gemeinwesen nichts wirklich Wertschöpfendes geschaffen.

Philipp Bagus | Das ist dieses Narrativ, dass die Vereinigten Staaten aus der großen Depression gekommen sind, weil im Zweiten Weltkrieg massiv die Rüstungsindustrie für Arbeitsplätze gesorgt habe.

Aber wenn Panzer statt Autos gebaut werden, dann ist die Gesellschaft natürlich ärmer dran. Es gibt weniger Autos – als Beispiel für ein persönlich nutzbares und wohlstandförderndes Gut – und mehr Panzer. Schauen wir auf die Opportunitätskosten, wenn man Panzer produziert: Rohstoffe, Speicher-Chips und so weiter stehen der Privatwirtschaft nicht mehr zur Verfügung. Die sind dann eben in dem Panzer drin. Wenn es gut läuft, bleibt der in der Halle stehen. Wenn's schlecht läuft,

nimmt er im Gefecht Schaden oder wird zerstört – und mit ihm der Stahl, die Speicher-Chips und die Arbeitsleistung.

Man kann als Staat eine riesige Kriegswirtschaft aufbauen. Die gab es auch in der Sowjetunion und dort gab es keine Arbeitslosigkeit. Die Frage ist aber, ob das, was dann produziert wird, im Sinne der Menschen ist. Und das ist es offensichtlich nicht, sonst hätten sie ja auch ohne den Staat Panzer gebaut. Aber die meisten Menschen wollen eben lieber ein neues Auto. So einfach ist das.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie mich noch einen Gedankensprung machen: Welche Deregulierung sehen Sie prioritär?

Philipp Bagus | Ich denke beispielsweise an das Lieferkettengesetz. Ganz nach dem Motto: Die jüngsten Gesetze sollten auch als Erstes auf eine Deregulierung geprüft werden. Mit dem sogenannten Heizungsgesetz kann man in Deutschland gleich weitermachen.

Die andere Möglichkeit ist, etwas kreativer an die Sache zu gehen: Wenn man beispielsweise der kommunalen Ebene die Befugnis gibt, bei Bauvorschriften regional oder örtlich von gesetzlichen Regelungen abweichen zu dürfen. Wir reden vom Subsidiaritätsprinzip. So kommt es zu einer produktiven Dynamik.

Ralf M. Ruthardt | Wie früher zwischen den Bundesländern in Deutschland: Da gab es quasi einen Bildungswettbewerb. Das Abitur in Bayern und Baden-Württemberg war dann mehr für Unternehmen wertiger, als ein meinetwegen in Bremen erworbenes Abitur.

Ihr Impuls würde bedeuten, dass auf den Instanzen von Bundesländern oder Kommunen Freiräume entstehen, die einen Wettbewerb um Standortvorteile mit sich bringen könnten. Man hört schon Stimmen rufen, dass das ausufern und zu Ungerechtigkeiten oder



sonst was führen würde. Nun, diese Stimmen blenden wir kurzerhand an dieser Stelle aus, um den Gedanken weiter zu verfolgen.

Philipp Bagus | Genau, der Wettbewerb würde dann dazu führen, dass die Regulierung von alleine wegfällt, nicht angewendet wird oder so ausgelegt wird, dass sie wirkungslos bleibt. Das wäre dann die praktische Auswirkung. Das ist elegant, weil die Regulierung formal noch besteht, aber sie praxis- und lebensnah ausgehöhlt werden kann. Man braucht quasi nur ein übergeordnetes Gesetz, was die Auslegung und die Anwendung auf den untersten Instanzen regelt.

Ralf M. Ruthardt | Der Gedankengang ist verlockend. Es kommt jedoch womöglich noch eine gewisse Komplexität in der Form, dass wir – logistisch, wie auch virtuell – in einer vernetzten Welt leben. Womöglich gibt es nicht immer den erhofften Spielraum auf der lokalen Ebene, wenn beispielsweise ein Konzern Regelwerke in verschiedenen Bundesländern zu würdigen hat ... aber mindestens mal bei Baumaßnahmen kann man sich das direkt vorstellen. Wenn ich es richtig verfolgt habe, hat die von Ihnen formulierte Strategie der Deregulierung Javier Milei in Argentinien angewandt.

Philipp Bagus | Genau. Argentinien hat gezeigt, dass das funktioniert. Im Juli 2024 berief Staatspräsident Javier Milei Federico Sturzenegger als Minister für Deregulierung und Transformation (Ministro de Desregulación y Transformación del Estado). Im Rahmen des Gesetzespakets „Ley Bases“ ist Federico Sturzenegger vor allem für die Deregulierung und Privatisierung zuständig, sowie für die Korruptionsbekämpfung.

Ralf M. Ruthardt | In Deutschland ist Philipp Amthor (CDU) seit Mai 2025 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für

Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS). Seine bundespolitische Rolle ist der Bürokratieabbau und die Modernisierung des Staates. Keine Ahnung, wie weit er bisher gekommen ist. Vielleicht sollte er sich zeitnah vom *Javier Milei Institut für Deregulierung in Europa* beraten lassen. (lacht)

Philipp Bagus | Ohne mich mit meinen Kollegen abgestimmt zu haben: Wir stehen bereit. (lacht)

Ralf M. Ruthardt | Dann gibt es Hoffnung auf einen zügigen Bürokratieabbau und einen wirtschaftlichen Aufschwung. Danke für Ihre Zeit, Philipp Bagus, und Grüße nach Madrid.



Prof. Dr. Philipp Bagus

Philipp Bagus ist Professor für Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid. Er ist zudem Autor unter anderem des im September 2024 erschienen Buches „Die Ära Milei“.

Verantwortung übernehmen.

Unterstützen Sie unabhängigen Journalismus!



Mit jedem Kauf eines unserer Bücher.
Mit jedem Abo.
Und auch mit einem *kostenlosen* Abo.

Sie tragen dazu bei,
dass Debattenräume sich weiten und
Perspektivenwechsel einen
lösungsorientierten Diskurs fördern.

Handeln Sie jetzt: Unterstützen Sie uns!

Zum Shop: www.edition-pjb.de

Föderalismus frisst Reformen

Foto: pixabay



BUNDESRAAT

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Dr. Ulrich Vosgerau





Als Staatsrechtler analysiert Dr. Ulrich Vosgerau im Gespräch mit Ralf M. Ruthardt den Föderalismus jenseits politischer Schlagzeilen. Es geht um verfassungsrechtliche Grenzen, historische Prägungen und die Frage, warum Zentralisierung Effizienz verspricht, föderale Ordnung jedoch Legitimität sichert – und weshalb einfach klingende Reformideen oft am Grundgesetz scheitern.

Ralf M. Ruthardt | Wenn ich über den Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland nachdenke, dann liegen für mich als Unternehmer Vergleiche so verführerisch nahe. Nehmen wir nur die Prozessautomatisierung und Prozessoptimierung. Seit den 1990er-Jahren haben wir Projekte bei großen Unternehmen realisiert, bei denen die Digitalisierung, der Aufbau von Shared-Services-Centern und Business Processing Outsourcing zusammen betrachtet wurden.

Was meine ich damit? Man hat die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt. Es wurden Geschäftsprozesse international harmonisiert, verschlankt und automatisiert. Und man hat sogenannte Shared-Service-Center aufgebaut, um beispielsweise die Bearbeitung von Lieferantenrechnungen über viele Konzerngesellschaften hinweg an einer Stelle zentral und effizient bearbeiten zu lassen. Noch dazu so manches Mal an Standorten, die beispielsweise günstige Lohnkosten und ausreichend qualifiziertes Personal verfügbar hatten. Anstelle an mehreren Standorten oder Gesellschaften wurden somit bestimmte Aufgaben an einer Stelle unter optimierten Bedingungen bearbeitet. Qualitätssteigerung und Kostensenkung waren das Ergebnis.

| Ein Shared-Service-Center | für Deutschland?

Das ist mein Einstieg, lieber Herr Dr. Ulrich Vosgerau, in eine gemeinsame Betrachtung unseres Föderalismus. Und den erwartbar hinkenden Vergleich formuliere ich in folgen-

der Frage: Kann man viele der dezentralen Verwaltungsaufgaben zusammenführen und damit das „Unternehmen“ Bundesrepublik Deutschland effizienter machen? Oder um an die Ausführungen von Markus Söder im Januar 2026 anzuknüpfen: Braucht es 16 Bundesländer? Muss jedes Bundesland für seine vielen Aufgaben jeweils eine eigene Verwaltung vorhalten oder lässt sich da vieles in eine Struktur überführen, die einem Shared-Service-Center entspricht? Ist es nicht möglich, einige geeignete Verwaltungsaufgaben in Indien oder Tunesien erledigen zu lassen, wo wir hierzulande über Fachkräfte- bzw. Ressourcenmangel klagen? Dann könnten Menschen in ihren Heimatländern bleiben und wir würden dort zum Wachstum von Wohlstand beitragen. Und: Müssen wir in Anbetracht leerer Haushaltskassen nicht endlich rationalisieren?

| Nur noch zehn Bundesländer?

Ulrich Vosgerau | Schön, mit welcher Dynamik Sie in unser Gespräch starten. (lacht) Gleichwohl müssen wir eine Struktur in die von Ihnen angesprochenen Punkte bringen.

Ralf M. Ruthardt | Dann starten wir mit dem Gedanken, dass in Deutschland vier, fünf oder zehn Bundesländer ausreichend sein könnten. (lacht)

Ulrich Vosgerau | Dann gehen wir es mal verfassungstechnisch an. Eine Umsetzung Ihres Gedankens ist deswegen schwierig – um nicht zu sagen unmöglich –, weil die Neugliederung des Bundesgebiets der ein-



zige Fall ist, bei dem das Grundgesetz eine Volksabstimmung vorschreibt.

Ralf M. Ruthardt | Das ist doch etwas, was viele Menschen ohnehin einfordern: mehr Volksabstimmungen.

Ulrich Vosgerau | Ja, viele Leute sind für Volksabstimmungen, also für mehr direkte Demokratie. Oftmals wird dabei gesagt, das würde so im Grundgesetz stehen: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus und wird durch Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Die Antwort ist jedoch, dass das Grundgesetz hier sehr selektiv ist.

Ralf M. Ruthardt | Nun, primär haben wir eine repräsentative Demokratie ...

Ulrich Vosgerau | Die Neugliederung des Bundesgebiets ist der einzige im Grundgesetz vorgesehene Fall, in dem es zu einer Volksabstimmung kommen muss. Davon abgesehen ist es heute so, dass Staatsrechtslehrer Elemente direkter Demokratie nicht unbedingt als verfassungswidrig ansehen, aber es müsste jedenfalls das Grundgesetz dafür entsprechend geändert werden.

| Nur Volksabstimmungen

In der Geschichte der Bundesrepublik ist es selten vorgekommen, dass Bundesländer neugegliedert wurden. Die Neugliederung des Bundeslandes Baden-Württemberg, ursprünglich gab es Baden und Württemberg-Hohenzollern, ist ein solcher Fall gewesen. Bereits die Integration des Saarlandes in das Bundesgebiet war bei genauer Betrachtung eigentlich auch schon wieder eine andere Konstellation. Es fand eine Volksabstimmung im Saarland statt, das damals formell unabhängig war – und real zu Frankreich gehörte. Das Saarland wurde nach Artikel 23 (alte Fassung) in die Bundesrepublik Deutschland eingegliedert. Das war der

eigentliche Zweck von Artikel 23. Für den späteren Umgang mit der DDR war dieser Artikel eigentlich gar nicht gedacht gewesen.

Zurück zu Ihrem Gedankengang, die Anzahl der Bundesländer zu reduzieren. Es braucht Volksabstimmungen. Und in der Tat ist es so, dass die Initiativbereitschaft von Politikern eher gering ist, ihr Bundesland aufzulösen.

Ralf M. Ruthardt | Dabei kommt das Thema doch alle paar Jahre wieder – wenn auch nur kurzzeitig – auf die politische Agenda. Oder liegt es schlicht daran, dass es aus beispielsweise bayerischer Sicht erstrebenswert ist, aber kein Mensch in den kleinen Bundesländern sein Mandat, sein Regierungsamt oder seinen Job in der Landesverwaltung freiwillig in Frage stellt?

Ulrich Vosgerau | Norddeutschland betreffend gab es seit jeher den Plan, dass man Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen zu einem Nordstaat zusammenfasst. Und später dann vielleicht auch noch Mecklenburg-Vorpommern. Und genau wie Sie es in Ihrer Frage ansprechen, müsste man den großen Teil aus den heute bestehenden vier oder fünf Landesregierungen und Landtagen für überflüssig erklären. Das werden die betroffenen Politiker typischerweise nicht tun.

Davon abgesehen muss man etwas Grundsätzliches zum Föderalismus beachten: Er entspricht unserer Verfassungstradition. Wir hatten nie einen Zentralstaat, wie man ihn in Frankreich kennt. Wir waren immer föderalistisch. Deswegen ist in Deutschland der Grundgedanke der Subsidiarität besonders ausgeprägt. Das bedeutet, dass jedes Verwaltungshandeln nach Möglichkeit auf der niedrigsten Ebene stattfinden soll. Aus diesem Subsidiaritätsgedanken heraus kommt auch die kommunale Selbstverwaltung. Soweit erkennbar, stellt diese niemand im öffentli-



chen Diskurs ernsthaft in Frage. Übrigens, in Frankreich gab es ja, bevor Mitterrand kam, Präfekte, die die Chefs der „départements“, also quasi der Regierungsbezirke waren, die hatten dort fast uneingeschränkte Macht und wurden zentral von Paris aus eingesetzt. Quasi wie im Alten Rom, „als Cyrenius Landpfleger in Syrien war“. Mitterrand hat das dann alles abgeschafft und, quasi traditionswidrig, eine „décentralisation“ durchgesetzt. Auch die Franzosen haben es nicht mehr als legitim empfunden, dass ihnen von der Zentrale ein Chef vor die Nase gesetzt wird, der in der Region gar nicht verwurzelt ist.

Ralf M. Ruthardt | Meine Fusionsüberlegungen sind auf halber Wegstrecke mehr oder weniger gescheitert. Nun wechseln wir bitte für einen Moment die Perspektive und fragen uns, was dem Föderalismus abzugewinnen ist.

| Wettbewerbsföderalismus

Ulrich Vosgerau | Wenn der Föderalismus funktioniert, ist er sehr sinnvoll. Wird er als effektiver Wettbewerbsföderalismus ausgestaltet, können die Menschen unmittelbar erkennen, welches Bundesland die bessere Politik macht. Das kann für politische Änderungen und Verbesserungen in anderen Bundesländern sorgen, die bessere Idee setzt sich wie von selbst durch, wenn der Erfolg am Tage liegt. Aus irgendeinem geheimnisvollen Grund verhält es sich jedoch so, dass in Deutschland eine Nivellierung immer nur nach unten stattfindet.

Nehmen wir ein populäres Beispiel, das bei Umfragen die Leute begeistert: Sollte man das Schulsystem bundesweit vereinheitlichen, damit die Schulkinder beim Umzug in ein anderes Bundesland nicht aufgrund anderer Lehrpläne und Bewertungsmaßstäbe fast immer große Schulprobleme bekommen? Für so ein Ansinnen bekommt

Politik sofort Mehrheiten und sehr viele Leute befürworten die Vereinheitlichung. Die Frage ist, ob sich die Schulen in Bremen dann in ein paar Jahren auf das bayerische oder sächsische Niveau angepasst haben. Es ist immer umgekehrt: Es gleicht sich nach unten an. Warum auch immer, aber Nivellierung funktioniert immer nur „nach unten“. Es würde dazu führen, dass dann irgendwann in Bayern das Bildungsniveau auch nicht anders ist als in Bremen.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie mich zunächst noch eine Rückfrage stellen, bevor wir zur länderübergreifenden Vereinheitlichung zurückkommen. Die Fusionierung von Bundesländern könnte wiederum durch eine Grundgesetzänderung womöglich vereinfacht werden, wobei einer solchen Änderung sowohl die Bundesebene als auch mindestens die Länderkammer, der Bundesrat, zuzustimmen hätte. Ist das richtig?

Ulrich Vosgerau | Es müssen sowohl die Bundesländer als auch der Bund einer solchen Änderung des Grundgesetzes zustimmen. Aber das halte ich nicht für den wesentlichen Punkt. Sie haben vorher Markus Söder erwähnt. Das Einfordern einer Reduzierung der Anzahl an Bundesländern entspricht geradezu einem Wahlkampfprinzip bei der CSU. Das machen die immer wieder. Erinnern wir uns an die „Ausländermaut“ für Autobahnen. Jeder Jurist und speziell jeder Europarechtler konnte ohne groß nachzudenken sagen, dass das selbstverständlich mit dem Europarecht nicht übereinstimmt. Die CSU unter Horst Seehofer glaubte damals einen ganz großen „Wahlkampfhammer“ gefunden zu haben. Also wurde das propagiert und man hat sogar den damaligen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer – der ist jetzt weg vom Fenster – geradezu gezwungen, das auch noch umzusetzen.

Ralf M. Ruthardt | Danke für diese Einordnung.



Wir kommen nochmals auf die potenziellen Stärken des Föderalismus und auf die Bildung als eine maßgebliche Ländersache zu sprechen.

Kann der Föderalismus den Wettbewerb um die beste Politik fördern? Ich erinnere mich noch an eine Zeit, zu der das Abitur aus Baden-Württemberg oder Bayern nicht nur in den Personalabteilungen der Unternehmen höher gewertet wurde als meinetwegen ein Abitur aus Bremen; die Bremerinnen und Bremer mögen mir diesen Vergleich nachsehen. Weg vom kleinsten gemeinsamen Nenner als politischem Konsens. Fokus auf Chancen anbieten, Leistung einfordern und Qualifikation als Ziel von Bildungspolitik in den Mittelpunkt stellen.

Ulrich Vosgerau | Auf den ersten Blick und bei theoretischer Betrachtung ist mehr Wettbewerb immer gut. In praktischer Hinsicht führt der Bildungswettbewerb zwischen den Bundesländern natürlich dazu, dass Umzüge von einem Bundesland in ein anderes kompliziert werden können. Man erinnert sich, dass noch in den 80er-Jahren rechtlich formell Bonus- und Malusregelungen gab. Da wurde dann beispielsweise die bayerische Abiturnote eines jungen Menschen beim Umzug nach Niedersachsen umgerechnet, um etwa den Zugang zur Hochschule qualifikationsgerecht zu machen. Das hat das Bundesverfassungsgericht gestoppt, weil es dem Grundsatz der Bundestreue widerspricht. Also, da gibt es dann ab einem bestimmten Punkt rechtliche Grenzen.

Ralf M. Ruthardt | Das Fusionieren von Bundesländern zwecks mehr Effizienz – geht nicht einfach so. Der Wettbewerb zwischen den Bundesländern als Anreiz, eine bessere Politik zu machen – hat Hürden. Nun, als Verfassungsrechtler scheinen Sie die besondere Gabe zu haben, all diese kreativen Ideen ins Leere laufen zu lassen. (lacht)

Um es nochmals pointiert zusammenzufassen: Jeder dieser vorgetragenen Gedanken, die mir als einfachem Bürger plausibel erscheinen, ist womöglich auf eine populistische Art und Weise von irgendwelchen Politikern vorgetragen worden, die sehr wohl um die Restriktionen der Verfassungsrealitäten wissen werden.

| Wir sind kein Staatenbund

Ulrich Vosgerau | Ja, genau. Wir sind ein Bundesstaat und eben kein Staatenbund. Bei einem Staatenbund stehen letztlich unverbundene Staaten nebeneinander. Diese agieren souverän und haben sich für bestimmte Politikfelder, zumal zwecks Wirkungsverstärkung in der Außen- und Verteidigungspolitik, zumal, wenn man keine Großmacht ist, zusammengetan. Für Deutschland haben wir einen Bundesstaat. Es ist ein Staat und daher gelten gemeinsame Grundsätze, z. B. eben auch der Grundsatz der Bundestreue. Es sei auch auf den Artikel 72 Absatz 2 im Grundgesetz hingewiesen, wo vom Ziel einheitlicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet die Rede ist.

Ralf M. Ruthardt | ... und jetzt muss ich noch den Gedanken „opfern“, dass der Länderfinanzausgleich angepasst werden kann?

Ulrich Vosgerau | Zunächst: Der Länderfinanzausgleich heißt nicht mehr so, weil man die entsprechende Vorschrift in Artikel 107 des Grundgesetzes im Jahr 2017 geändert hat. Dies änderte aber nichts daran, dass es etliche Bundesländer gibt, die die in Art. 72 Abs. 2 GG vorgesehenen „gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ auf ihrem Gebiet aus eigener Kraft nicht herstellen könnten. Die große Mehrheit der Bundesländer sind Nehmerländer. Politikern in den Nehmerländern scheint dieser demütigende Gegensatz von „Nehmerländern“ und „Geberländern“ auf die Nerven gegangen zu



sein. Es gibt aber nach wie vor natürlich einen „Finanzkraftausgleich“, wie der Länderfinanzausgleich heute eben heißt.

In der Sache hat sich jedoch nichts geändert: Es gibt mehr Bundesländer, die Gelder erhalten, und es gibt mit Bayern und Baden-Württemberg zwei Bundesländer, die seit Jahren den Hauptteil des Ausgleichs zu tragen haben.

Diesen gibt es seit einer Änderung des Art. 107 GG im Jahr 2017 eigentlich gar nicht mehr, da man irgendwann den für manche demütigenden Gegensatz zwischen „Nehmerländern“ und „Geberländern“ nicht mehr haben wollte. Sowohl Mecklenburg-Vorpommern wie Sachsen-Anhalt dürften auf das Funktionieren und die Aufrechterhaltung des Finanzkraftausgleich-Mechanismus weithin angewiesen sein.

Allein schon wegen der Erwähnung der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ in Art. 72 Abs. 2 GG und dem Bundesstaatsprinzip überhaupt gilt der Länderfinanzausgleich als verfassungsrechtlich geboten; er dürfte freilich nicht einfach abgeschafft werden.

| gleiche Lebenswertigkeit

Der „Finanzkraftausgleich“ funktioniert so: Zunächst erfolgt eine primäre horizontale Steueraufteilung (Art. 107 Abs. 1 GG). Nur die Landessteuern und der Länderanteil an der Einkommens- und der Körperschaftsteuer gehören zunächst dahin, wo sie örtlich aufgekomen sind; der Länderanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer wird hingegen nach der Einwohnerzahl der Bundesländer verteilt. So errechnet sich der „Umsatzsteuervorweganteil“ eines jeden Landes.

Dann erfolgt der „sekundäre horizontale Finanzausgleich“ (Art. 107 Abs. 2 Satz 2 und 3 GG). D. h.: Bei der Verteilung der Länder-

anteile am Aufkommen der Umsatzsteuer gibt es Zuschläge und Abschläge nach der jeweiligen Finanzkraft eines Landes. Darüber hinaus gibt es auch noch den „sekundären vertikalen Finanzausgleich“: Finanzschwache Länder erhalten Ergänzungszuweisungen aus dem Bundeshaushalt, und dasselbe gilt für Gemeinden und Gemeindeverbände, die lokal eine besonders niedrige Steuerkraft aufweisen.

| Umverteilung geboten?

Verfassungsrechtlich besteht Einigkeit, dass im Prinzip diese Umverteilung zwischen den Ländern nach finanzieller Stärke verfassungsrechtlich geboten ist. Im Rahmen des Bundesstaates wird man sie also auch nicht ganz wegstreichen.

Ralf M. Ruthardt | Zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland hat dieser finanzielle Ausgleich erkennbar funktioniert. Ich interpretiere den Gedanken hinter dem nunmehr andersbenannten Länderfinanzausgleich dahin gehend, dass es für die jeweiligen Nehmerländer eine Hilfe sein sollte, um beispielsweise strukturschwache Regionen entwickeln zu können. Wenn wir nochmals nach Bayern schauen, dann war es von 1950 bis einschließlich 1988 ein Nehmerland. Der Länderfinanzausgleich scheint die Chance gewesen zu sein, um eine erfolgreiche Industrie- und Standortpolitik zu machen.

Heutzutage kann man als gemeiner Bürger mit Blick auf Berlin und andere Bundesländer den Eindruck haben, dass dort die Politik es sich womöglich etwas bequem macht. Man gönnt sich dies und das – und die Politik schafft keine strukturellen Optimierungen. Könnte man feststellen, dass die Mittel aus Bayern und Baden-Württemberg andersorts zu einer unangemessenen politischen Bequemlichkeit geführt haben? Ist das ein populistischer Gedanke?



Ulrich Vosgerau | Das ist es ja, was von Bayern immer wieder geltend gemacht wird. Es ist ein Grund für die vielen Finanzausgleichsklagen, dass es beispielsweise in Berlin viele Sozialleistungen gibt, die die Bayern sich nicht leisten. Schauen Sie doch darauf, wo Plätze in Kindertagesstätten etwas kosten und wo nicht. Es gibt also gute Gründe, den Finanzausgleich zwischen Bundesländern zurückzufahren. Abschaffen wird man ihn nicht können.

| Bundeszwang – und die AfD?

Da gibt es ein Risiko, welches in der Zukunft zum Tragen kommen kann. Der Länderfinanzausgleich könnte irgendwann im Sinne einer Art politischer Steuerung missbraucht werden. Das wäre natürlich verfassungswidrig. Jedoch: Sobald in den ersten Bundesländern die AfD regiert, könnte es eine Reaktion geben. Es ist viel vom Bundeszwang die Rede. Das halte ich aber gar nicht für die größte Bedrohung, weil der Bundeszwang auf Fälle beschränkt ist, wo ein Bundesland seine Pflichten gerade gegenüber dem Bund nicht mehr erfüllt, er dient keineswegs einer allgemeinen Obergewalt des Bundes über die Länder. Ich sehe eher die Gefahr, dass der Deutsche Bundestag und der Deutsche Bundesrat mit einfacher Mehrheit den gesetzlichen Rahmen für den Finanzausgleich zwischen den Bundesländern verändern könnten. Die Details sind nämlich in einem einfachen Bundesgesetz, dem Finanzausgleichsgesetz, geregelt. Einfach gesagt: AfD-regierte Bundesländer – das würde natürlich verklausuliert formuliert – bekommen dann kein Geld mehr.

Ralf M. Ruthardt | Geht das etwas genauer? Was meinen Sie mit verklausuliert formuliert?

Ulrich Vosgerau | Man könnte sagen, dass Bundesländer, an welchen Parteien mitregie-

ren, die von Verfassungsschutzbehörden im Bund oder in anderen Bundesländern beobachtet werden, von den Finanzausgleichsmitteln aus dem Ausgleich der Bundesländer ausgeschlossen werden.

Ralf M. Ruthardt | Das wäre dann wohl verfassungswidrig.

Ulrich Vosgerau | Ja, aber wenn das Bundesverfassungsgericht *keine* einstweilige Anordnung macht, die besagt, dass bis zur Klärung alles so weitergeht wie bisher, dann würde ein solches Bundesland während des mehrjährigen Rechtsstreits zahlungsunfähig werden. Gerade die Bundesländer, in welchen die AfD in Regierungsverantwortung kommen könnte, sind Bundesländer, die sich finanziell nicht selbst tragen können. Schauen Sie nach Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt – die sind auf Zuflüsse aus dem Länderfinanzausgleich angewiesen.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns als Nächstes über Mechanismen sprechen, die immer mehr Macht von den Bundesländern zum Bund verschieben. Ist das aus rechtsstaatlicher oder demokratischer Perspektive problematisch?

| Mehr Kompetenzen beim Bund

Ulrich Vosgerau | In der Geschichte des Grundgesetzes sind immer mehr Kompetenzen an den Bund abgeflossen. Ein Grund liegt in verschiedenen, entsprechenden Grundgesetzesänderungen bzw. einer allmählichen Veränderung der Auslegung des Grundgesetzes. Das Grundgesetz ist von Haus aus eigentlich so konzipiert, dass die Gesetzgebungszuständigkeit grundsätzlich bei den Ländern liegt und die Bundeszuständigkeit zur Gesetzgebung eine Ausnahme ist, die Ausnahmen werden dann aber in langen Katalogen aufgezählt, sodass sich in der



Gesamtschau der Ausnahmecharakter wieder aufzulösen scheint.

Man unterscheidet dabei die ausschließliche und die konkurrierende Bundeszuständigkeit. In die ausschließliche Bundeszuständigkeit fallen etwa Außenpolitik, Verteidigung, Staatsbürgerschaft und das Passwesen. Zudem gibt es konkurrierende Bundeszuständigkeiten. Da sind die Länder regelungsbefugt, solange nicht der Bund von seiner Regelungskompetenz in abschließender Weise Gebrauch macht.

| Bundeszuständigkeit – | ein Fluch oder ein Segen?

Die Bundesrepublik Deutschland ist im Vergleich mit den USA ein relativ zentralistischer Bundesstaat. In den USA geht es föderalistischer her. Dort gibt es im Prinzip ein bürgerliches Recht für jeden Bundesstaat. Dabei muss man zudem natürlich im Auge behalten, dass das bürgerliche Recht in den USA in der Regel nicht Gesetze als Rechtsquellen hat, sondern es ist ein Case-Law-System. D. h., Gerichtsentscheidungen, sogenannte Präzedenzfälle, sind zumeist die eigentliche Rechtsquelle. Das entspricht der englischen Common-Law-Tradition.

Zwar gibt es manchmal Gesetzbücher, wie in Kalifornien zum Beispiel ein Zivilgesetzbuch. Aber das ist eben als solches nicht die Rechtsquelle; es ist eine Art Gedächtnisstütze, hier werden die wichtigsten Gerichtsentscheidungen systematisierend zusammengefasst. Außerdem hat in den USA jeder Bundesstaat sein eigenes Strafgesetzbuch! Anders bei uns in Deutschland. Während Strafrecht und Zivilrecht in Deutschland schon sehr lange vereinheitlicht sind, sind aber auch unter dem Grundgesetz, also seit 1949, tendenziell immer mehr Aufgaben zum Bund abgewandert, eben weil sie sich vielfach eben nur auf Bundesebene einigermaßen sinnvoll regeln

lassen. Gegenteil hierzu – die Länder fühlten sich natürlich entgegen der Grundintention des Grundgesetzes zunehmend entmachtet – waren dann die beiden Föderalismusreformen (I und II) von 2006 und von 2009. Zumal die Föderalismusreform I hat die Gesetzgebungszuständigkeit auf etlichen Feldern verkompliziert und unübersichtlich gemacht, so gibt es z. B. seither manchmal eine konkurrierende Bundeskompetenz einerseits und eine Abweichungsbefugnis der Länder andererseits ...

Weiterhin gibt es Felder, wo nun einmal glasklar eine Länderzuständigkeit besteht, diese ist aber nicht praktikabel, entweder auf der ganzen Linie nicht, oder jedenfalls muss die Länderzuständigkeit gewissermaßen „moderiert“, die Länderpolitik abgeglichen und aufeinander abgestimmt werden – was ja eigentlich bei reiner Länderzuständigkeit gar nicht vorgesehen wäre, da die Länder ja „Verbände von Staatsqualität“ sein sollen, wie das Bundesverfassungsgericht sagt. Es geht dann aber aus praktischen Gründen nicht, und deswegen gibt es Institutionen wie die „Kultusministerkonferenz“, die im Grundgesetz nicht vorgesehen ist, de facto aber die wirklichen und relevanten Weichenstellungen in der Schul- und Bildungspolitik vornimmt.

Das Rundfunkrecht fällt ebenfalls in die Zuständigkeit der Länder. Das ist aber nicht praktikabel, weil die Rundfunkwellen, und jetzt erst recht das Internet, mit dem jetzt ebenfalls „gesendet“ wird, sich ihrer Natur nach nicht auf ein Bundesland beschränken und an seiner Grenze haltmachen würden. Daher gibt es den Rundfunkstaatsvertrag, auf den sich alle Länder einigen müssen und der dann faktisch und funktionell ein „Bundesrundfunkgesetz“ ersetzt. Dafür müssen auch immer, wenn der Rundfunkstaatsvertrag geändert wird, alle Landtage zustimmen – meinte man jedenfalls bisher, und nahm das als Argument für die hervorragende demo-



kratische Legitimation des vielfach nun in der Kritik stehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Als der Landtag von Sachsen-Anhalt vor ein paar Jahren jedoch einer Rundfunkbeitragsserhöhung nicht zustimmen wollte, meinte das Bundesverfassungsgericht auf einmal, es komme nicht darauf an, und wenn die „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF)“ den Mehrbedarf festgestellt habe, dann müssten die Landtage eben zustimmen, ansonsten werde die Zustimmung „fingiert“.

Ralf M. Ruthardt | Wenn ich es – etwas ernüchtert – zusammenfasse, dann bleibt von markigen Forderungen nach einer Zusammenlegung von Bundesländern, nach einer grundlegenden Änderung des Länderfinanzausgleichs und nach möglichst viel Wettbewerb um die bessere Politik zwischen den Bundesländern wenig bis nichts übrig.

Nun, dann hoffen wir abschließend, lieber Dr. Ulrich Vosgerau, darauf, dass der konservative Liberalismus dem Föderalismus etwas abgewinnen kann.

Ulrich Vosgerau | Es kommt drauf an, wo man die Frage stellt. Der konservativ grundierte Liberale sieht, dass das Recht und ein als legitim empfundenes Recht immer nur aus der Verfassungsüberlieferung kommen kann. Deutschland hat eine föderalistische Tradition, die die besondere Rolle der Länder und das Regionale betont. Das werden wir in Deutschland langfristig als legitim erleben. In anderen Staaten ist es ob deren jeweiliger Historie anders. So ist Frankreich seit dem 13. Jahrhundert zentralstaatlich organisiert. Die würden es wiederum nicht begreifen, wenn es unterschiedliche Regelungen in verschiedenen Regionen gibt. Das geht ja hin bis zu so Details, dass ganz Frankreich quasi am selben Tag Sommerferien bekommt.

Ralf M. Ruthardt | Und an der Stelle sind wir

jetzt dort angekommen, wo man unseren Föderalismus im Prinzip im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation verorten kann.

Ulrich Vosgerau | Das kann man wohl so sagen, ja.

Ralf M. Ruthardt | Herzlichen Dank für Ihre Erklärungen als Staatsrechtler zum Föderalismus in Deutschland. Wenn wir das nächste Mal die Aufforderung hören, dass Bundesländer zusammengefasst und der Finanzausgleich zwischen den Ländern neu geordnet werden soll, wird sich die Euphorie in Grenzen halten. (lacht)



Dr. Ulrich Vosgerau

studierte Rechtswissenschaften in Passau und Freiburg, promovierte 2006, habilitierte 2012, war Privatdozent für Öffentliches Recht in Köln bis 2024. Seit 2004 als Rechtsanwalt in Berlin tätig; publiziert und referiert regelmäßig.

Wo **Narrative** regieren und Menschen verstummen.

*„Dieser Roman ist wichtig,
den er gibt den Blick in
die Mitte der Gesellschaft frei.“*

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas
hat den Roman ins Spanische
übersetzt (Fundalib, Madrid)

*„Gute Beobachtungen
zum Zeitgeschehen.“*

Dominik Steffens
Journalist & Podcaster

Das laute Schweigen des Max Grund

Roman von Ralf M. Ruthardt
Edition PJB
ISBN 978-3982574905
Hardcover | € 23

auch als eBook & Hörbuch



Ein Gedankenaustausch:

Narrative Macht: Wie eine Gesellschaft sich verirrt

Christophe Lüttmann & Ralf M. Ruthardt





Als der Hayek-Club Münsterland e. V. im November 2025 zu einem Abend über Narrative, Macht und öffentliche Debatten einlud, war der Saal in Münster bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf Einladung des Vorsitzenden Christophe Lüttmann hielt der Autor und Unternehmer Ralf M. Ruthardt dort seinen Impulsvortrag „Im Windschatten der Narrative“, in dem er die zunehmende Verschiebung gesellschaftlicher Deutungsräume und die Folgen moralisch aufgeladener politischer Erzählungen analysierte.

Nach der Veranstaltung debattierten Lüttmann und Ruthardt intensiv über die Dynamik moderner Narrative, die wachsende Kluft zwischen Diskurs und Realität sowie die Frage, wie still und zugleich folgenreich gesellschaftliche Orientierungspunkte heute verschoben werden. Aus diesem Gedankenaustausch entstand das nachfolgende Gespräch – ein pointierter, offener Dialog über Narrative, Moral und die leise Umformung einer Republik.

Christophe Lüttmann | Lieber Ralf M. Ruthardt, bevor wir in die Tiefe gehen: Der Hayek-Club Münsterland will ein Ort sein, an dem freiheitliche Gedanken gepflegt werden – ohne ideologische Vorgaben. Auch deshalb haben wir Sie eingeladen. Sie beobachten und beschreiben Narrative seit Längerem. Was hat Sie veranlasst, dieses Thema so konsequent in den Mittelpunkt Ihrer schriftstellerischen Arbeit zu stellen?

Ralf M. Ruthardt | Es war schlicht die Erfahrung, dass sich der öffentliche Diskurs in den vergangenen Jahren über meine intellektuelle Schmerzgrenze hinaus verengt hat. Nicht die offenen Verbote als solche, sondern es ist eine Mischung aus moralischer Aufladung, medialer Wiederholung und einem sozialen Druck, der die Menschen ins Schweigen treibt. Oder mit anderen Worten: Zu viele Menschen haben sich ins Private zurückgezogen und lassen es geschehen.

Ich sehe, dass Narrativen heute eine Macht zugesprochen wird, die oft jede Differenzierung verdrängt. Das ist für mich in dieser Intensität neu. Früher war Journalismus stärker an Berichten orientiert – heute zeigt sich an vielen Stellen ein politisch-moralischer Anspruch, der den Raum für Argumente kleiner macht.

Christophe Lüttmann | Sie haben im Vortrag daran erinnert, dass das Wort „Narrativ“ ursprünglich etwas ganz anderes meinte: Wissen durch Erzählen weiterzugeben. Heute aber erleben wir Narrative als Deutungsmuster, die lenken, ausgrenzen oder Polarisierung herstellen. Ich habe in meiner Begrüßung bewusst darauf hingewiesen, dass Narrative nicht durch Argumente wirken, sondern durch Wiederholung. Das ist eine stille, fast unbemerkte Macht. Wo beginnt für Sie der Kipppunkt?

| Verlust der Vernunft?

Ralf M. Ruthardt | Der Kipppunkt liegt dort, wo Narrative den vernunftbasierten Diskurs ersetzen. Ein klassisches Beispiel ist die Vorstellung von „Alternativlosigkeit“, die sich in der politischen Kultur während der „Merkel-Jahre“ festgesetzt hat. Oder der Umgang mit Dissens: Wer kritisch hinterfragt, kann schnell als unsensibel, gefährlich oder problematisch markiert werden. In meinem Roman „Das laute Schweigen des Max Grund“ zeige ich diesen Mechanismus am Alltag eines Unternehmers: Menschen schweigen nicht, weil sie nichts zu sagen hätten, sondern weil sie Sanktionen fürchten – sozial, beruflich, moralisch. Das ist eine Form schleichender Entmündigung.



Christophe Lüttmann | Diese Entmündigung findet nach meiner Wahrnehmung nicht im luftleeren Raum statt. Sie haben in Ihrem Vortrag CORRECTIV als potentiell Beispiel angeführt: eine „NGO“, die den Raum der Deutung aktiv mitgestaltet und dabei wiederum selbst Teil politischer Narrative ist. Warum haben Sie ausgerechnet dieses Beispiel gewählt?

Ralf M. Ruthardt | Was vermutlich nur wenige Leute wissen: Da gibt es mit Book-Talk.de eine Plattform, auf der Online-Workshops für Autorinnen und Autoren angeboten werden, man als Leserinnen und Leser Buchtipps bekommt und sich mit anderen Literaturbegeisterten austauschen kann. Da treten dann unter anderem Literaturexperten auf, welche man von öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten kennt. Wenn man aufmerksam ins Impressum schaut, erkennt man, dass Book-Talk.de eine Marke der CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH ist.

Nun, für mich ist es ein prägnantes Beispiel für die Verschmelzung von Deutung, Moral und politischer Strategie. Wenn eine NGOs – teilweise auch mit öffentlichen Mitteln finanziert – Plattformen betreiben, die meiner Wahrnehmung nach Meinung generieren und gleichzeitig Minderungsmechanismen einsetzen, dann stellt sich die Frage nach Machtbalance. Bei CORRECTIV etwa frage ich mich, welche Daten gesammelt werden, wie sie bewertet werden und ob daraus Konsequenzen entstehen. Die Nicht-Antwort auf meine Presseanfrage hat an dieser Stelle wenig Vertrauen geschaffen.

Narrative, die mit dem Anspruch auftreten, demokratische Hygiene zu schaffen, können faktisch selbst Debatten verengen. Meiner Einschätzung muss man sich nicht anschließen, und Widerspruch ist willkommen.

Christophe Lüttmann | In meiner Begrüßung

habe ich ein anderes Narrativ genannt: das rund um das Bargeld. Da wird eine Freiheit infrage gestellt, indem Bargeld als altmodisch oder unnötig gerahmt wird. Ich habe es „gelebte Privatsphäre“ und „gelebte Mündigkeit“ genannt. Ich denke, dass das ein weiteres Beispiel dafür ist, wie politische Narrative in konkrete Freiheitsräume eingreifen?

Ralf M. Ruthardt | Absolut. Bargeld ist ja nicht nur ein Zahlungsmittel, sondern dessen Einsatz im Alltag ist praktizierte persönliche Unabhängigkeit. Dabei geht es mir gar nicht darum, wie häufig jemand eine Kreditkarte nutzt – es ist die Freiheit, eine Wahl zu haben. Schließlich geben wir vielfältig – beispielsweise beim Payback – Daten über unser Einkaufsverhalten und vieles mehr ab. Da sollten wir als Menschen auf etwas Privatsphäre bestehen.

Denn wenn politische oder mediale Narrative das Bargeld zu einem Problem erklären, ist das mehr als eine technische Diskussion. Es ist ein Eingriff in den letzten analogen Raum, in dem der Bürger ohne Protokollierung handeln kann. In dieser Logik sehe ich eine Dynamik, die sich an vielen Stellen wiederholt: Narrative reduzieren Komplexität – nicht, um zu informieren, sondern um Zustimmung zu organisieren.

| Die Schweigespirale

Christophe Lüttmann | Im Vortrag wurde ein großer historischer Bogen gespannt – bis hin zu Noelle-Neumanns „Schweigespirale“. Ist das für Sie der zentrale Mechanismus, durch den Narrative gesellschaftliche Kraft entfalten?

Ralf M. Ruthardt | Ja, denn Narrative wirken nicht durch Wahrheit, sondern durch soziale Resonanz. Noelle-Neumann beschreibt die Isolationsfurcht: Menschen möchten nicht



außerhalb der Mehrheit stehen. Wenn die gefühlte Mehrheit – oft durch mediale Wiederholung erzeugt – eine starke moralische Haltung kommuniziert, dann entsteht für viele ein Anpassungsdruck.

So entsteht Schweigen. Und Schweigen erzeugt wiederum das Bild einer homogenen Öffentlichkeit. Genau das meinte ich, als ich sagte: Narrative zerstören nicht den Diskurs – sie ersetzen ihn.

| Die Österreichische Schule

Christophe Lüttmann | Sie schlagen in Ihrem Vortrag eine Brücke zur Österreichischen Schule. Ohne sie explizit zu nennen, spiegeln Ihre Romane ja Positionen dieser Denkschule: Freiheit des Individuums, spontaner Ordnungsvorrang vor Konstruktion, Warnung vor schleichendem Autoritarismus. Es ist erkennbar, dass Hayek für Sie gut in die Gegenwart passt.

Ralf M. Ruthardt | Hayek geht von einer entscheidenden Frage aus: Wer bestimmt, was richtig ist – und wer bestimmt, dass diese Bestimmung legitim ist? Die Österreichische Schule vertraut darauf, dass Ordnung aus Freiheit entsteht, nicht aus Planung. Und sie erkennt die Gefahr, dass „gut gemeinte“ Politik schrittweise in Kontrolle umschlägt.

Wenn ich heute beobachte, wie moralische Narrative politische Entscheidungen legitimieren sollen, dann ist Hayeks Warnung vor der „Anmaßung von Wissen“ aktueller denn je. In meinen Romanen versuche ich, das auf meine eigene Art und Weise literarisch sichtbar zu machen.

Christophe Lüttmann | Im Vortrag haben Sie auf Ihre umfassenden Recherchen zu klimaorientierten NGOs verwiesen – als Hintergrund für Ihren Roman „Untergang der

GREEN“. Wenn Sie über Narrative sprechen: Wo sehen Sie dort die stärkste Reibung?

Ralf M. Ruthardt | In der moralischen Absolutheit. – Wenn Klimapolitik von einem „Überlebensnarrativ“ getragen wird, wie ich es im Roman formuliere – „Es geht um Leben oder Tod!“ –, dann verschwindet die Debatte. Es entsteht ein Freund-Feind-Schema: Wer widerspricht, wird zum Leugner oder Gefährder erklärt.

Damit entzieht sich das Thema dem Diskurs und gleitet in einen missionarischen Modus.

Das halte ich – unabhängig von der Sachebene – für gefährlich. Denn Freiheit lebt von der Möglichkeit, auch grundlegende Fragen stellen zu dürfen.

| Freiheit braucht Mut

Christophe Lüttmann | Wenn wir beide über Freiheit sprechen, reden wir nie romantisch darüber. Sondern nüchtern. Freiheit braucht Mut – und sie braucht die Bereitschaft zum offenen Diskurs.

Ralf M. Ruthardt | Narrative sind mächtig – aber sie sind nicht naturgegeben. Wir können sie hinterfragen. Wir können uns ihnen per Vernunft entziehen. Und wir können eigene, alternative Gedankenräume eröffnen. Freiheit entsteht nicht durch bequemes Mitlaufen, sondern durch argumentierendes Aufrechtstehen.

Wenn wir das nicht tun, segeln wir weiter im Windschatten der Narrative – und merken erst spät, dass wir längst die Kontrolle über den Kurs verloren haben.

Nun, wenn wir hier schon unter dem Logo des *Hayek-Club Münsterland e. V.* stehen und miteinander sprechen, lieber Christophe Lüttmann, dann sollten wir die Österreichi-



sche Schule – auch Wiener Schule genannt – einmal mehr bemühen.

Christophe Lüttmann | Unbedingt. Ich hatte großes Glück, bei Rahim Taghizadegan, Eugen-Maria Schulak und Gregor Hochreither den zertifizierten Lehrgang „Einführung in die Wiener Schule“ zu absolvieren. Der Lehrgang hat an der Universität im schönen Wien stattgefunden und die Erkenntnisse betrachte ich als wegweisend.

Sowohl Mises als auch Hayek haben früh erkannt, dass gesellschaftliche Debatten nicht durch Fakten, sondern durch Deutungsrahmen geprägt werden – heute sprechen wir von Narrativen. Sie sahen die eigentliche Gefahr darin, dass politische Akteure diese Frames nutzen, um komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge künstlich zu vereinfachen und damit Zustimmung zu steuern.

Christophe Lüttmann

war bei den Heeresfliegern als Hubschrauberpilot. Er studierte anschließend „Volkswirtschaftslehre mit staatswissenschaftlicher Richtung“ in Hamburg. Rund 25 Jahre war er als Finanzberater selbstständig. 2020 nahm er das Angebot von Dr. Markus Krall an und eröffnete für die DEGUSSA Goldhandel in Düsseldorf eine neue Niederlassung. Heute ist er als Unternehmensberater mit Fokus auf Edelmetalle tätig. Lüttmann ist Vorsitzender des Hayek-Club Münsterland e. V.

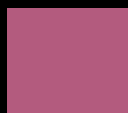
| konstruierte Erzählungen

Ralf M. Ruthardt | Bei Hayek zeigt sich besonders deutlich, wie sehr er vor ‚konstruierten Geschichten‘ warnte, die eine scheinbare Ordnung versprechen, obwohl sie die tatsächliche Funktionsweise spontaner Ordnungen verzerren. Und Mises betonte, dass Ideen und die Art, wie sie erzählt werden, letztlich der Motor jeder gesellschaftlichen Entwicklung sind – im Guten wie im Schlechten.

Christophe Lüttmann | Und deswegen nehmen wir als Schlussgedanken, dass es Perspektiven zu öffnen gilt, statt Perspektiven zu verengen. In diesem Sinne braucht es im gesellschaftlichen und politischen Diskurs möglichst viele Impulse – für die Freiheit.

Foto: Pascal Lüttmann



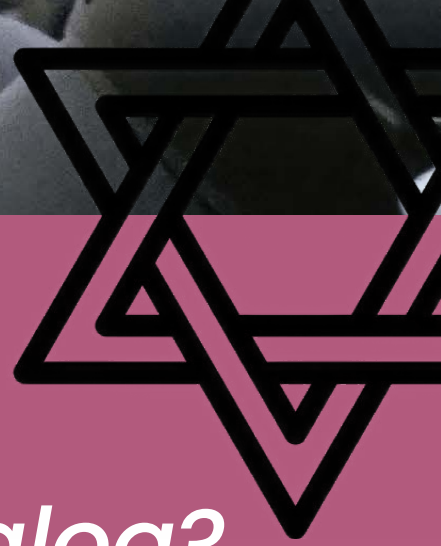


Jetzt KOSTENLOS abonnieren!

www.mitmenschenreden.de



Israel zu Gast: Sicherheit als Voraussetzung für Dialog?



Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
„Rainer“ (Pseudonym)



Foto: Ulein-Kredfeld | pixabay

Foto: pixabay – Noe Nei



Aus Gründen der Sicherheit führen wir dieses Interview unter einem Pseudonym. Unser Gesprächspartner, den wir „Rainer“ nennen, ist mit seinem Team für den Schutz von Veranstaltungen mit israelischen Gästen in Deutschland verantwortlich. Ort, konkrete Einsatzdetails sowie personenbezogene Informationen bleiben daher anonym. Was bleibt, ist ein offenes, eindringliches Gespräch über Verantwortung, politische Kultur, gesellschaftliche Spannungen – und darüber, warum Sicherheit Voraussetzung für Dialog mit israelischen Gästen ist.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich die sicherheitspolitische Realität für jüdische und israelische Gäste in Deutschland dramatisch verändert. Antisemitische Straftaten, politische Radikalisierung, ideologische Polarisierung und eine zunehmende Verrohung des öffentlichen Diskurses prägen die Lage. In dieser Situation übernehmen spezialisierte Sicherheitsteams eine Aufgabe, die weit über klassischen Objektschutz hinausgeht: Sie sichern Räume für Dialog, Begegnung und Verständigung.

Rainer und sein Team sind regelmäßig bei deutsch-israelischen Veranstaltungen im Einsatz. Seine Antworten geben Einblick in eine Arbeit, die meist im Hintergrund bleibt – und doch elementar für eine offene Gesellschaft ist.

Ralf M. Ruthardt | Lieber Rainer, Sie sind bei deutsch-israelischen Begegnungen vor Ort und schützen mit Ihrem Team die Menschen. Über welche Art von Veranstaltungen sprechen wir konkret? Und was motiviert Sie, sich um deren Sicherheit zu kümmern?

„Rainer“ | Wir sprechen über sehr unterschiedliche Formate: Es sind kulturelle Events, Gedenkveranstaltungen, Vorträge, schulische Begegnungen, aber auch kleinere, persönliche Treffen zwischen jüdischen, nichtjüdischen deutschen und israelischen Gästen. Allen gemeinsam ist, dass sie Austausch ermöglichen und Bildung fördern sollen. Die Gespräche und Gedankenaustausche sind offen, respektvoll und auf Augenhöhe.

Was meine persönliche Motivation angeht: Die ist zweigeteilt. Zum einen ist es eine professionelle Verantwortung. Menschen müssen sich sicher fühlen können, wenn sie zusammenkommen, ihre Perspektiven teilen und miteinander ins Gespräch treten. Zum anderen ist es meine persönli-

che Haltung. Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der aktuellen gesellschaftlichen Spannungen halte ich es für unverzichtbar, dass deutsch-israelische Begegnungen nicht aus Angst eingeschränkt oder verhindert werden. Deshalb sorgen wir für sichere Begegnungsmöglichkeiten.

Ralf M. Ruthardt | Muss man in diesem Zusammenhang auf den 7. Oktober zu sprechen kommen?

„Rainer“ | Unbedingt. Seit dem 7. Oktober hat sich vieles nochmals verschärft. Sicherheit schafft erst den Raum, in dem Dialog möglich wird. Wenn Menschen Angst haben, sich öffentlich zu zeigen oder zu äußern, stirbt gesellschaftlicher Austausch. Genau diesen Raum in jeder Konsequenz zu schützen, sehen wir als unseren Beitrag.

Ralf M. Ruthardt | Wir haben verstanden, dass, wenn israelische Gäste nach Deutschland reisen, die Sicherheit kein abstraktes Thema ist. Es ist vielmehr eine Notwendigkeit. Wie würden Sie die aktuelle Bedrohungslage



beschreiben? Und worin unterscheidet sich diese Situation fundamental von normalen Veranstaltungsformaten?

„Rainer“ | Die Sicherheitsrealität für jüdische und israelische Gäste in Deutschland hat sich von einer abstrakten zu einer konkretisierten Bedrohungslage entwickelt. Antisemitische Straftaten, gezielte Anfeindungen, Drohungen und die reale Möglichkeit politisch oder ideologisch motivierter Gewalt sind keine theoretischen Risiken mehr, sondern operative Faktoren.

| konkrete Bedrohungslage

Der fundamentale Unterschied zu normalen Veranstaltungsformaten liegt darin, dass Schutz hier nicht nur reaktiv, sondern präventiv, mehrschichtig und vorausschauend gedacht werden muss. Das beginnt bei der An- und Abreise, umfasst die Wahl und Absicherung der Veranstaltungsorte, die Zugangskontrollen, die Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit, Notfallkonzepte, medizinische Versorgung und endet nicht selten bei der psychologischen Betreuung.

Ein konkretes Beispiel: Die medizinische Versorgung unserer Schutzpersonen muss jederzeit gewährleistet sein. Jedes Teammitglied ist dafür auf höchstem Niveau ausgebildet. Zusätzlich trainieren wir regelmäßig in Selbstverteidigung, taktischem Verhalten, Stressresilienz und dem Umgang mit Waffen. Dazu stehen uns hochqualifizierte Ausbilder aus Deutschland und dem europäischen Ausland zur Verfügung.

Sicherheit ist in diesem Kontext kein organisatorischer Zusatz, sondern die Grundvoraussetzung für Teilhabe, Begegnung und freie Meinungsäußerung.

Ralf M. Ruthardt | Sie sprechen offen davon, dass Gefährdung sowohl von rechts- als

auch von linksextremen Milieus ausgeht. Was sagt diese doppelseitige Bedrohung über den Zustand unserer politischen Kultur?

„Rainer“ | Diese doppelseitige Bedrohung ist ein deutliches Warnsignal. Sie zeigt, wie angespannt und fragmentiert unsere politische Kultur mittlerweile ist. Viele Menschen fühlen sich politisch nicht mehr vertreten, verlieren Vertrauen in staatliche Institutionen und suchen einfache Erklärungen für komplexe Probleme. Extremistische Gruppen – egal ob von rechts oder links – nutzen diese Unsicherheit gezielt aus. Sie arbeiten mit klaren Feindbildern, emotionalisierenden Narrativen und einer radikalen Vereinfachung gesellschaftlicher Wirklichkeit. Demokratische Regeln gelten für sie nur solange, wie sie dem eigenen Ziel dienen.

| kein respektvolles Miteinander?

Das eigentliche Problem liegt deshalb tiefer: Es ist eine allgemeine Schwächung des respektvollen politischen Miteinanders. Wenn Diskurse verrohen, Ambivalenz nicht mehr ausgehalten wird und moralische Überhöhung an die Stelle von Argumenten tritt, entstehen ideale Bedingungen für Radikalisierung. Umso wichtiger sind politische Bildung, offene Debatten, historisches Bewusstsein und die Fähigkeit, Spannungen auszuhalten, ohne in ideologische Reflexe zu verfallen.

Ralf M. Ruthardt | Sie arbeiten mit einem hochspezialisierten Team, teils mit militärischer Ausbildung. Wo ziehen Sie persönlich die Grenze zwischen notwendiger Schutzmaßnahme und dem Wunsch nach Offenheit, Dialog und Normalität?

„Rainer“ | Ein professionelles Sicherheitskonzept darf nie Selbstzweck sein. Meine rote Linie verläuft dort, wo Sicherheitsmaßnahmen Angst erzeugen, statt Vertrauen zu



bilden. Ja, wir verfügen über ein hochqualifiziertes Team. Genau deshalb wissen wir: Maximale Sicherheit entsteht nicht durch maximale Abschottung, sondern durch kluge Zurückhaltung, Präzision und Verantwortung. Stärke zeigt sich nicht im Sichtbaren, sondern im Notwendigen.

| Abschottung zur Sicherheit?

Unsere erste rote Linie lautet: Sicherheit darf nicht dominieren, sondern dienen. Sobald Schutzmaßnahmen Normalität, Nähe oder Dialog verdrängen, verlieren sie ihre Legitimation. Die zweite rote Linie betrifft unsere Haltung: Wir agieren defensiv, niemals einschüchternd. Keine martialische Präsenz, keine Machtsymbole, keine Distanz um der Distanz willen. Offenheit ist kein Sicherheitsrisiko, sondern sie ist ein Sicherheitsfaktor. Und die dritte rote Linie ist vielleicht die wichtigste: Sicherheit darf Freiheit nicht aushöhlen. Wo Schutz beginnt, Würde, Grundrechte oder menschliche Begegnung einzuschränken, ist er nicht mehr verhältnismäßig.

Unser Anspruch lautet: so viel Sicherheit wie nötig, so wenig wie möglich.

Ralf M. Ruthardt | Was bedeutet diese permanente Sicherheitslage für die israelischen Gäste selbst – aber auch für Sie als Gastgeber? Verändert das die Gespräche, die Atmosphäre, die Themen?

„Rainer“ | Die permanente Sicherheitslage wirkt tiefgreifend. Für viele israelische Gäste bedeutet sie eine dauerhafte innere Alarmbereitschaft. Selbst in sicheren Momenten bleibt eine Grundspannung bestehen. Das ist etwas, was in Deutschland bei öffentlichen Personen zumeist erfreulicherweise (noch) nicht gegeben ist: diese permanente Achtsamkeit und Wachsamkeit, ob einer nicht direkt erkennbaren Bedrohung.

Für uns als Gastgeber entsteht eine besondere Verantwortung. Man ist aufmerksamer, rücksichtsvoller, manchmal auch vorsichtiger im Umgang mit bestimmten Themen. Gleichzeitig werden Gespräche oftmals intensiver, politischer und existenzieller. Small Talk tritt in den Hintergrund, während Fragen nach Identität, Sicherheit, Verantwortung und Zukunft stärker in den Vordergrund rücken. Die Atmosphäre ist ernster, aber zugleich persönlicher. Begegnungen gewinnen an Tiefe – nicht selten auch an emotionaler Intensität.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns an dieser Stelle eine Exkursion machen: Wie muss man sich die Ausbildung und das Training für Sie und Ihr Team vorstellen? Aus dem Vorgespräch habe ich verstanden, dass Sie das nicht in Gänze offenlegen dürfen – jedoch, einige Impressionen würden zur Transparenz beitragen.

| Anschlags- und Terrorszenarien

„Rainer“ | Nun, ich verstehe das Interesse und werde auf drei Trainingskontexte eingehen:

Quartalsweise führen wir gemeinsam mit der Airborne Medical Group medizinische Trainings im Bereich Combat Medic durch. Ergänzend hierzu finden waffentechnische und taktische Ausbildungen mit einem Unternehmen statt, dessen Namen ich hier nicht nennen möchte. Dabei geht es unter anderem um CQB, Anschlags- und Terrorszenarien sowie Geisellagen. Nach einem achtstündigen Schießtraining liegen dabei nicht selten weit über tausend Schuss 9 mm am Boden. Diese Ausbildungsinhalte sind fester Bestandteil unseres strukturierten Ausbildungs- und Trainingsplans.

Das jahrelange Krav-Maga-Training mit Martin Luna aus Spanien hat uns deutlich vor Augen geführt, wie entscheidend Erkennen



und Wahrnehmen insbesondere in Messerdynamiken sind.

Von ebenso zentraler taktischer Bedeutung sind das Fahrtraining im Verbund sowie das taktische Training rund um das Kraftfahrzeug. Diese Fähigkeiten sind essenziell, um auch in hochdynamischen und reaktiven Einsatzlagen jederzeit handlungsfähig zu bleiben und die Lage- und Handlungskontrolle zu gewährleisten.

Ralf M. Ruthardt | Danke für diese Einblicke. Lassen Sie mich zum Schluss die Frage stellen, welche Verantwortung Politik in Deutschland in einer Zeit, in der Antisemitismus, ideologische Radikalisierung und politische Polarisierung wieder offen sichtbar werden, trägt?

| Antisemitismus benennen

„Rainer“ | Die Verantwortung ist enorm – historisch, demokratisch und gesellschaftlich.

Erstens müssen politisch Verantwortliche Antisemitismus in all seinen Formen klar, konsequent und unmissverständlich benennen und bekämpfen. Das gilt unabhängig davon, ob er von rechtsextremen, linksextremen, islamistischen oder anderen ideologischen Strömungen ausgeht. Relativierungen zerstören Glaubwürdigkeit. Da reicht es nicht aus, jemanden für Antisemitismus beauftragt zu haben. Die politische und gesellschaftliche Verantwortung geht da deutlich weiter.

Zweitens müssen demokratische Werte aktiv verteidigt werden. Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie braucht Haltung, klare Orientierung und den Mut, Grenzen zu ziehen. Das geht über Sonntagsreden der politisch Verantwortlichen hinaus und die Banalität so mancher Einlassung in den sozialen Medien ist nicht einmal ein Feigenblatt.

Drittens müssen Politik und Medien gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, statt Spaltung zu verstärken. Polarisierung entsteht nicht nur an den Rändern, sondern auch durch vereinfachende, emotionalisierende Kommunikation.

Viertens kommt politischer Bildung und Prävention eine zentrale Rolle zu. Erinnerungskultur, historisches Bewusstsein und demokratische Bildung sind Grundpfeiler einer wehrhaften Demokratie.

Ich meine, es geht nicht zuletzt um Vertrauen. Vertrauen entsteht durch Transparenz, Verlässlichkeit und glaubwürdiges Handeln. Wo Menschen sich nicht gehört fühlen, wächst Radikalisierung.

Zusammengefasst: Politische Verantwortung bedeutet heute, nicht nur den Status quo zu verwalten, sondern aktiv für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde einzustehen – auch dann, wenn es unbequem ist.

Ralf M. Ruthardt | Danke für diese Einblicke und Ihre Einordnung.



*„... ein rührender Roman über die schwierige Erfahrung,
einen geliebten Menschen mit Demenz zu begleiten.
Max besucht seinen Freund Moritz,
der nach einem Schlaganfall kaum noch sprechen kann.*

*Trotz der Stille versucht Max,
ihm mit eigenen Geschichten Nähe zu schenken.
Das Buch zeigt,
wie wichtig Worte und menschliche Verbindung sind,
auch wenn Erinnerungen verblassen.
Eine berührende Geschichte, die zum Nachdenken anregt.
Sehr lesenswert!“*

Rezension von Britta Gielow



Samstags bringe ich dir Worte

Roman von Ralf M. Ruthardt

Edition PJB

ISBN 978-3982574936

Taschenbuch | nur € 11,90

auch als eBook & Hörbuch



Mehr *Debatte* wagen

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Claudio Zanetti





Mit dem *Leonhard-Kreis* hat Claudio Zanetti eine Plattform geschaffen, die freiheitliches Denken stärken und Menschen verbinden will. Der Jurist, Publizist und ehemalige Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei (SVP) fühlt sich der Eigenverantwortung, Vernunft und der Debattenkultur verpflichtet. Im Gespräch erläutert Claudio Zanetti die Beweggründe für die Gründung, die Ziele des Vereins und seine Sicht auf den Zustand des Liberalismus – nicht nur im deutschsprachigen Raum.

Ralf M. Ruthardt | Wieder ein neuer Verein, könnte man nörgeln, der sich mit liberalen und konservativen Tugenden und Werten befasst. Deshalb die Einstiegsfrage nach der Motivation, den Leonhard-Kreis ins Leben zu rufen? In welchem gesellschaftlichen, politischen Klima entstand die Idee dazu?

Claudio Zanetti | Das gesellschaftspolitische Klima macht es notwendig, dass vernünftige Argumente durchdringen. Nicht nur zu den Menschen als solchen, sondern vor allem zu den Leuten, die politische Verantwortung haben oder journalistisch tätig sind. Gewisse Probleme sind in ganz Europa eigentlich gleich. Was die Meinungsfreiheit angeht, ist zum Beispiel England akzentuierter betroffen. Das ist wirklich beängstigend, was da im Land der Magna Carta und des Speakers' Corner abgeht.

Ralf M. Ruthardt | Nun, in Deutschland ist es – der Logik aus „Das laute Schweigen des Max Grund“ folgend – kaum erfreulicher, wenn man beispielsweise an die Hausdurchsuchung bei Norbert Bolz im Oktober 2025 denkt. Wie mit der Romanfigur Max Grund im Herbst 2023 prognostiziert, reicht eine eher unverfängliche Äußerung in den sozialen Medien, um einer Hausdurchsuchung ausgesetzt zu sein.

Claudio Zanetti | Es ist schon beängstigend, mit welcher Lässigkeit Grundrechte einfach den Bach runtergespült werden. Offenbar steht kaum jemand für diese selbstverständlich geglaubten Rechte ein. Selbst

Journalisten, die von der Meinungsäußerungsfreiheit leben, denken darüber nach, in welchen Fällen Eingriffe gerechtfertigt sind. Da wird dann frohlockt, wenn ein Medium wie Compact gesperrt wird. Ich meine, da stimmt einfach etwas nicht.

Journalisten müssen doch reflexartig dem Staat auf die Finger klopfen, wenn er nur darüber nachdenkt, solche restriktiven Dinge zu tun. Da ist es völlig einerlei, ob man Compact gut findet oder nicht. Jedenfalls beschreiben die beiden genannten Beispiele das gesellschaftliche Klima, welches meine Mitstreiter und mich zur Gründung des Leonhard-Kreises veranlasst hat.

Ralf M. Ruthardt | Der Leonhard-Kreis setzt sich für Eigenverantwortung und eine freiheitliche Wirtschaftsordnung ein. Man will demokratische Prozesse fördern und Initiativen unterstützen, die positive Veränderungen bewirken. Das ist ein weites Feld, um mit Theodor Fontane zu sprechen.

| freie Meinungsäußerung

Claudio Zanetti | Ja, wobei die freie Meinungsäußerung die Grundlage ist, auf welcher Dialog und Diskurs überhaupt stattfinden können. Zu vernünftigen Lösungen zu kommen wird nicht dadurch gefördert, dass sich ein Klüngel aus Politik und Medien gebildet hat. Man trifft sich auf Galas, feiert gemeinsam Partys und verteilt sich gegenseitig Auszeichnungen. Und wenn dann noch



Geld fließt, dann wird die Beißhemmung bei Journalisten groß.

Meine Kritik betrifft beide Seiten. Wenn wir Markus Söder herausgreifen: Von einem Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern und CSU-Parteivorsitzenden darf man einen gewissen Populismus erwarten, aber seine Meinung beliebig zu ändern ist dann doch eine Zumutung.

Ralf M. Ruthardt | Spielen Sie auf die Rede-
wendung „vom Saulus zum Paulus“ an,
welche im Zusammenhang mit Markus Söder
durchaus verwendet wird?

Claudio Zanetti | Mir geht es um seine poli-
tischen Wandlungen, insbesondere seine
veränderten Positionen während und nach
der Corona-Pandemie, zur Flüchtlings-
frage und zur Atomkraft. Als Umweltminister
in Bayern forderte Söder 2011 einen klaren
Ausstiegszeitpunkt aus der Kernenergie.
Er gab an, dass der Reaktor Isar 2 bis 2022
abgeschaltet werden müsse – und drohte
mit Rücktritt. Später, während der Ampel-
regierung, forderte Söder wiederum eine
Verlängerung bzw. Wiederaufnahme der
Kernkraftnutzung.

Ralf M. Ruthardt | Rahmenbedingungen
können sich ändern und damit politische
Entscheidungen ...

Claudio Zanetti | Das ist nicht mein Punkt.
Es geht um die politische Gestaltungskraft.
Zu oft geht es um das Gutdastehen und um
die eigenen Interessen, wie etwa sein Man-
dat behalten zu wollen. Es sind Machtfragen,
die den Blick auf den politischen Auftrag
und auf das Gemeinwohl versperren. Dafür
gibt es eine Vielzahl von Beispielen. Neh-
men wir etwa Bundeskanzlerin Dr. Angela
Merkel. Sie erschien mir daran beteiligt,
als man Bundespräsident Christian Wulff
wegen einer läppischen Sache „über die

Klinge springen“ ließ. Dabei ist es einerlei,
ob man Christian Wulff für das Amt geeig-
net hält oder nicht; man geht so nicht mit
einem Bundespräsidenten um. Man konnte
den Eindruck gewinnen, als ob Merkel den
Daumen gesenkt hat – und damit war die
Sache entschieden. Dass ein Regierungschef
den ihm vorgesetzten Staatspräsidenten fak-
tisch absetzt, widerspricht fundamentalen
rechtsstaatlichen Prinzipien. Im Grunde war
das ein Putsch. Allerdings hat das nieman-
den gestört.

Ralf M. Ruthardt | Wenn wir – bezüglich der
gesellschaftspolitischen Entwicklungen – uns
als Bürgerinnen und Bürger eine selbstkriti-
sche Reflexion zumuten, dann stellt sich eine
zentrale Frage: Haben wir uns als Wahlvolk zu
wenig um den Zustand in Politik und Journa-
lismus geschert, weil wir einerseits mit den
Fragen des Lebensalltags beschäftigt und
zum anderen vielleicht zu bequem waren?

| Wachsamkeit gegenüber Politik

Claudio Zanetti | Das ist durchaus möglich.
Es ist ja auch ein legitimes Ziel, sein Geld zu
verdienen und es sich damit bequem ein-
richten zu können. Aber wenn es um die
Politik geht, ist eine gewisse Wachsamkeit
schon sehr nötig. Denn die Politiker lassen
keine Gelegenheit aus, ihren Status auf Kos-
ten der Allgemeinheit zu verbessern.

Ralf M. Ruthardt | Jetzt geht es dem Leon-
hard-Kreis ja nicht darum, Pessimismus
zu verbreiten oder altbekannte berech-
tigte Vorwürfe neu zu formulieren. Was darf
man Lösungsorientiertes aus diesem Kreis
erwarten?

Claudio Zanetti | Die gute Botschaft ist, dass
sich viele der Probleme sehr einfach lösen
ließen. Man muss dem Apparat lediglich die
Mittel entziehen. Nur so wird sich der Staat
auf das Wesentliche beschränken. Die Her-



ausforderung ist, Grundlegendes zu ändern. Bei Wahlen in Deutschland erkennt man ja, dass es eine konservative, leistungsbereite Mehrheit gibt. Leider dringt diese bisher nicht durch, weil sich die CDU/CSU auf der linken Seite des Parteienspektrums einmauern hat lassen.

Nun, über die Verandelung von Medien und Politik haben wir bereits gesprochen. Diese gilt es aufzulösen. Und: Die Politik muss von ideologischen Doktrinen befreit werden und Vernunft Einzug halten. Es ist völlig destruktiv, wie man bei Gegenargumenten zur links-grünen Energie- oder Klimapolitik sofort als „rechts“ oder „rechtsextrem“ diffamiert wird. Dabei liegt im Falle von politisch-rechts die Diffamierung allein darin, dass man „rechts“ seit Jahren negativ geframt hat.

Lassen Sie es mich so formulieren: Als Leonhard-Kreis können wir Menschen sensibilisieren, eine Plattform für den Austausch von Argumenten geben und uns für die freie Meinungsäußerung einsetzen.

Ralf M. Ruthardt | Geben Sie uns bitte noch eine Vorstellung davon, wie sich der Verein personell darstellt.

| Der Leonhard-Kreis

Claudio Zanetti | Mit rund 25 Personen sind wir in die Gründung des Leonhard-Kreises gegangen. Da sind bekannte Persönlichkeiten, wie beispielsweise Dr. Hans-Georg Maaßen oder Ueli Maurer. Kaum hatten wir den Verein ins Leben gerufen, liegen uns jetzt über 750 Anträge auf Mitgliedschaft vor. Nun können wir uns an die Arbeit machen und man wird das eine und andere Positionspapier von uns erwarten können. Wir wollen einen Beitrag leisten, damit über zentrale Anliegen und Errungenschaften der Aufklärung zumindest wieder diskutiert wird.

Ralf M. Ruthardt | Ist man ein Verein für erfahrene, erfolgreiche Menschen, aber eben irgendwie auch ein elitärer Zirkel? Was kann ich als gemeiner Bürger vom Leonhard-Kreis erwarten?

Claudio Zanetti | Ohne Wissen und Erfahrung kommt man zu keinen Positionen. Jedoch ist es uns wichtig, dass wir eine Breitenwirkung hinbekommen. Ich denke da beispielsweise an Formate für die sozialen Medien, wo man in wenigen Minuten eine konkrete Frage beantworten oder einen dezidierten Zusammenhang erläutern kann.

Ralf M. Ruthardt | Dann bleiben wir neugierig, was der Leonhard-Kreis hervorbringen wird – und alles Gute hierfür.

Claudio Zanetti

Jurist und Publizist, war Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und ist als engagierter Liberaler bekannt. Mit dem von ihm gegründeten Leonhard-Kreis fördert er den Austausch freiheitlich denkender Persönlichkeiten im deutschsprachigen Raum.



ÖRR zwischen Anspruch und Kritik

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Frank Beckmann



Frank Beckmann steht seit 2008 als Programmdirektor Fernsehen des NDR für journalistische Verantwortung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Im *schriftlichen* Interview für *mitmenschenreden* spricht er über Perspektivenvielfalt, Vertrauen, interne Kontrolle und den Anspruch, gesellschaftliche Wirklichkeit differenziert abzubilden – jenseits einfacher Zuschreibungen.

Ralf M. Ruthardt | Der NDR ist Teil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) und sieht sich dem Anspruch auf Unabhängigkeit und Ausgewogenheit verpflichtet. Zugleich nehmen Teile der Bevölkerung eine politische Schlagseite oder Tendenz zu meinungsbehaftetem Journalismus wahr. Wie ernst nimmt der NDR diese Wahrnehmung, wo doch zumeist Gegenargumente ins Feld geführt werden – was wenig auf Verstehen oder Einsicht schließen lässt? Kategorisiert man die genannte Kritik als eine Kritik von weitgehend Rechtsaußen und sieht sich in der Pflicht, daher dagegen zu halten?

Frank Beckmann | Wir nehmen jede Wahrnehmung über unsere Berichterstattung sehr ernst – ganz unabhängig davon, woher sie kommt. Wenn Menschen den Eindruck haben, dass unsere Berichterstattung nicht ausgewogen ist, dann beschäftigt uns das. Sehr sogar. Denn unser Anspruch ist, dass sich möglichst viele Menschen mit ihren unterschiedlichen Perspektiven und Lebensweisen in unserem Programm wiederfinden – auch die, die kritisch auf uns schauen.

Kritik bekommen wir aus unterschiedlichen Richtungen. Natürlich gibt es Kritik, die klar politisch motiviert ist oder aus extremen Milieus kommt. Aber es wäre zu einfach, das pauschal so einzuordnen. Wir wissen, dass viele Menschen, die sich kritisch äußern, schlicht ein Bedürfnis nach nachvollziehbarem, fairem, unaufgeregtem Journalismus haben, der möglichst viele Perspektiven, Sichtweisen und Lebenswelten abbildet. Und das ist legitim.

Wir fragen uns aber auch, warum bestimmte Eindrücke entstehen – vor allem, wenn wir überzeugt davon sind, sauber gearbeitet zu haben. Der NDR bildet seit Jahrzehnten unterschiedliche politische, gesellschaftliche und kulturelle Perspektiven ab – und zwar auch kontroverse. Wir haben jedoch erkannt, dass diese Vielfalt vielleicht nicht immer für alle sichtbar genug war. Das wollen wir ändern und unterschiedliche Sichtweisen noch deutlicher abbilden.

Für uns geht es dabei nicht nur um politische Positionen. Perspektivenvielfalt heißt für uns: jung und alt, Stadt und Land, Akademikerhaushalt und Arbeiterfamilie, Menschen mit und ohne Migrationserfahrung, religiös oder säkular, digital vernetzt oder eher analog und so weiter – all diese Lebenswelten sollen sich im Programm wiederfinden. Diese Vielfalt existiert im Norden, und sie existiert im NDR. Wir wollen sie künftig nur noch sichtbarer machen.

Wir sind auch überzeugt: Perspektivenvielfalt entsteht nicht allein durch redaktionelle Entscheidungen, sondern auch im direkten Austausch mit den Menschen, für die wir arbeiten. Deshalb wollen wir noch stärker zuhören, ins Gespräch kommen und besser verstehen, welche Erfahrungen, Erwartungen und Fragen die Menschen in Norddeutschland bewegen. Darum werden wir regional noch mehr unterwegs sein.

Ralf M. Ruthardt | Gibt es innerhalb des NDR systematische Verfahren, die regelmäßig überprüfen, ob die Berichterstattung inhaltlich und thematisch wirklich pluralistisch



bleibt – also über politische und gesellschaftliche Milieugrenzen hinweg ausbalanciert ist? Gibt es Ideen, dies durch externe Gremien validieren zu lassen, welche nicht durch das NDR-Management beauftragt werden, sondern beispielsweise durch den Rundfunkrat?

Frank Beckmann | Es gibt viele Formen der Qualitätssicherung im NDR – tägliche Redaktionskonferenzen, Auswertungen, interne Debatten. Das gehört zu unserem journalistischen Alltag, uns immer wieder selbst zu überprüfen und zu hinterfragen. Außerdem gibt es Qualitätsanalysen innerhalb der ARD, es gibt regelmäßige Umfragen zur Zuschauerakzeptanz und zum Vertrauen in unsere Programme. So schätzen nach einer repräsentativen Umfrage von Infratest dimap 67 Prozent der Befragten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als unverzichtbar ein und nach einer Reuters-Studie vertrauen beispielsweise 65 Prozent der dort Befragten den Informationsangeboten der „tagesschau“. Das sind wichtige Hinweise für uns.

Eine ganz zentrale Rolle spielt der NDR-Rundfunkrat. Dort sitzen Vertreterinnen und Vertreter vieler gesellschaftlicher Gruppen – Kirchen, Gewerkschaften, Umweltverbände, Migrantenorganisationen, Wirtschaftsverbände. Ihre im NDR-Staatsvertrag festgelegte Aufgabe ist es, unsere Angebote genau in den Blick zu nehmen und auf die vertraglich festgelegten Programmgrundsätze hin zu überprüfen. Die Gremienmitglieder achten auch darauf, dass die Vielfalt im Programm gewahrt bleibt.

Aber wir wissen auch, dass es in der Öffentlichkeit vermehrt den Wunsch gibt, die Vielfalt im Programm auch nachzuweisen. Das jüngste Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Sichtbarkeit von Ausgewogenheit im Programm hat diese Erwartung zusätzlich gestärkt – auch wenn das Gericht betont, dass Ausgewogenheit nicht in jeder einzelnen

Sendung hergestellt werden muss, sondern über das Gesamtprogramm und viele Auspielwege hinweg.

Trotzdem nehmen wir diese Aufgabe sehr ernst. Denn Vertrauen entsteht dort, wo Vielfalt auch erkennbar wird. Deshalb arbeiten wir innerhalb der ARD – und in enger Abstimmung mit den Rundfunkräten – daran, wie wir Ausgewogenheit künftig besser erfassen und transparent machen können. Damit nachvollziehbar wird, wie breit unser Journalismus tatsächlich aufgestellt ist.

Ralf M. Ruthardt | Es gibt gesellschaftspolitische und nachrichtliche Sendeformate, welche eine hohe Reichweite haben. Werden dort Redaktionen und Moderation regelmäßig personell neu besetzt, um den in der Natur der Sache liegenden personifizierten Einfluss Einzelner zeitlich zu begrenzen? Schlussendlich haben Redaktion und Moderation oftmals mehr öffentlichen Einfluss als so manche gewählte Mandatstragende.

Frank Beckmann | Wir setzen sehr bewusst auch auf personelle Rotation, auf Entwicklung und auf neue Stimmen. Es gibt Formate, in denen das regelmäßige Wechseln der Moderation, der Presenter oder sichtbaren Reporterinnen und Reporter zur DNA gehört, weil unterschiedliche Blickwinkel das Programm bereichern. Beispiele im NDR sind das junge Investigativ-Magazin „STRG_F“, unser Medienmagazin „ZAPP“, aber auch in der „NDR Talk Show“ gibt es immer wieder mal ein neues Gesicht im Moderationsteam. Unterschiedliche Blickwinkel bereichern unsere Programme, davon bin ich fest überzeugt. Darum war ich ehrlich gesagt auch sehr überrascht, dass unsere Entscheidung, beim Magazin „KLAR“ eine weitere Moderatorin im Wechsel mit Julia Ruhs dazuzuholen, für so viel – aus meiner Sicht unnötige – Aufregung gesorgt hat. Wir bieten jetzt mehr Perspektiven, nicht weniger.



Gleichzeitig wissen wir, dass Gesichter und Stimmen, die regelmäßig im Programm erscheinen, für viele Menschen sehr wichtig sind. Sie schaffen Vertrauen und Verbundenheit. Auch das gehört zur Medienrealität.

Wichtig ist aber: Auch starke Persönlichkeiten im Programm arbeiten in einem redaktionellen System. Entscheidungen über Themen, Gewichtung und Tonalität werden nie allein von einer Person getroffen, sondern im Team. Und diese Teams sind im NDR auch vielfältig zusammengesetzt – fachlich, altersmäßig, perspektivisch. Aber man kann immer noch besser werden – wir gucken auch bei der Zusammensetzung unserer Teams künftig noch stärker darauf, dass sie die Gesellschaft, über und für die wir berichten, auch repräsentieren.

Ralf M. Ruthardt | Das Interview wurde *schriftlich* geführt. – Vielleicht ist es für Sie als Leserinnen und Leser ein Perspektivenwechsel. Bleiben Sie selbstbestimmt im Nachdenken und konstruktiv im Dialog.

Weitere Interviews im Kontext des öffentlich-rechtlichen Rundfunks finden Sie hier:

Es sei an das Interview „Medien, Macht und Mut“ mit dem Mitglied des NDR-Rundfunkrats, Michael Schmidt, erinnert: [Ausgabe 2026-1](#)

Das Interview „ÖRR – wurde eine Errungenschaft gekapert?“ mit Julia Ruhs finden Sie hier: [Ausgabe 2025-2](#)

Frank Beckmann

ist Journalist und seit 2008 Programmdirektor Fernsehen des Norddeutschen Rundfunks (NDR). Beckmann studierte Journalistik und arbeitete unter anderem für ZDF und WDR.



Foto: NDR

AFRIKA *neu gelesen* von Veronika Wetzel



Foto: Jena Ruthardt

Afrika setzt Grenzen



Afrika ist kein Kontinent der einfachen Wahrheiten, sondern eine Region widersprüchlichen Entwicklungen, politischer Dynamiken und gesellschaftlicher Aufbrüche. In dieser Kolumne öffnet Veronika Wetzel den Blick für Perspektiven, die hierzulande oft übersehen werden. Sie erzählt von einem Afrika, das differenziert betrachtet werden will: nahbar, überraschend und voller Stimmen, die es zu hören lohnt.

Wer es in Deutschland wagt, eine Begrenzung der Zuwanderung zu fordern, der bekommt schnell das Etikett „Rassist“ auf die Stirn geklebt. Grenzkontrollen werden als Ausgrenzung verstanden, eine Obergrenze an Migration als Diskriminierung. Die nicht gerade subtile Unterstellung lautet, man würde Ausländer nur als Last für unsere Gesellschaft darstellen, sie pauschal als „gefährlich“ brandmarken und die eigene Kultur in einem protektionistischen Anfall möglichst von fremden Einflüssen abschirmen wollen.

Eigentlich fast schon lustig, wenn man bedenkt, dass auch die Herkunftsländer der Leute, die man meint, da in Schutz nehmen zu müssen, selbst keine ungeseuerte Migration möchten.

Denn auch afrikanische Länder sind gegen eine Politik der offenen Grenzen. Da wäre einmal Südafrika. Das industrialisierteste Land des Kontinents gilt für viele Afrikaner als gelobtes Land – ähnlich wie Deutschland für Migranten in Europa – und zieht massenweise verzweifelte, perspektivlose Leute wie ein Magnet an. Aber die Südafrikaner wollen zunehmend keine Einwanderung mehr.

Dafür gibt es vor allem zwei Gründe: die hohe Arbeitslosigkeit im Land und die steigenden Sozialausgaben, die immer mehr vom Haushalt auffressen. Die Arbeitslosigkeit hat nahezu einen Rekordwert in Südafrika erreicht – nur 2021 während der Corona-Pandemie war sie noch höher. Jeder Dritte in dem Land ist auf Jobsuche. Bezieht man noch die Langzeitarbeitslosen ein, sind es sog-

ar über 40 Prozent – eine der höchsten Quoten weltweit. Dass man da nicht noch mehr Leute möchte, die auf den Arbeitsmarkt drängen, ist irgendwie selbstverständlich, oder? Kein Wunder, dass 80 Prozent der Südafrikaner sich dafür aussprechen, dass die Zahl der Leute, die in das Land kommen und einen Job suchen, begrenzt wird.

Dieser Trend belastet logischerweise auch die Sozialsysteme, von denen – ähnlich wie in Deutschland – auch anerkannte Flüchtlinge und „Langzeiteinwohner“ profitieren. Inzwischen gehen rund 15 Prozent des Haushalts für Soziales drauf – mit steigender Tendenz.

Wie kritisch Zuwanderung in Südafrika wirklich in der Breite der Gesellschaft gesehen wird und nicht wie in Deutschland pauschal als „rechts“ gebrandmarkt wird (an dieser Stelle sei daran erinnert, dass 80 Prozent der Bevölkerung schwarz sind), wurde mir bei einem Abendessen während meines Auslandssemesters in Südafrika mit einer Studienkollegin bewusst. Wir aßen zusammen Pizza und unterhielten uns dabei über Politik. Die junge Studentin, die man ganz sicher nicht des trumpschen Populismus verdächtigen konnte, sagte zu mir: „Wir schaffen diese Zuwanderung einfach nicht mehr. Dafür haben wir die Ressourcen nicht.“

Wer jetzt einwenden möchte: „Ja, aber Südafrika ist ja noch ein von weißen Kolonialisten regiertes Land“, der irrt. Auch andere afrikanische Länder wollen keine offenen Grenzen, zum Beispiel Kenia.



In dem ostafrikanischen Land lebt eine relativ große Gemeinschaft aus Somalia, die eine strenge Auslegung des Islam lebt. Wenn man eine Frau im Niqab auf der Straße sieht, ist sie in der Regel eine Somali. In Kenia, wo sich die Frauen über die letzten Jahrzehnte viele Rechte und politische Teilhabe hart erkämpft haben, wird das gar nicht gern gesehen. Und auch in Sachen Sicherheit spielt der aus Somalia importierte Islamismus eine große Rolle. In den letzten 10 Jahren gab es mehrere Terroranschläge der somalischen Terrorgruppe Al-Shabaab in Kenia, beim größten sind rund 150 Menschen ums Leben gekommen. Seitdem hat sich das gesellschaftliche Leben merklich verändert: Inzwischen gibt es vor jedem öffentlichen Gebäude Sicherheitskontrollen, wie man sie in Deutschland nur vom Flughafen kennt: Handtaschen werden durchsucht, Körper abgescannt, Autos mit Spiegeln durchleuchtet und von Spürhunden durchschnüffelt.

Die Bedrohung durch die somalischen Terroristen bleibt real: Erst Anfang des Jahres griff Al-Shabaab im Nordosten Kenias an der somalischen Grenze wieder an und tötete einen Dorfvorsteher und einen Lehrer. Teile Kenias gelten inzwischen als unter der Kontrolle der Terrorgruppe stehend – vor allem im Nordosten des Landes, an der Grenze zu Somalia. Der Staat hat dort nicht mehr viel zu melden.

Auch die wirtschaftliche Lage spielt in Kenia eine Rolle. Auch hier suchen viele händeringend nach einem Job, einige berichten davon, tagelang nichts mehr zu essen gehabt zu haben. Dass viele Somali offensichtlich wohlhabend sind, macht viele Kenianer misstrauisch. Die verhüllten Damen sieht man in Nairobi oft mit teuren Designer-Handtaschen herumlaufen. Ein Grund dafür ist die enorme Rolle, die Somali im Gebäudese-

ktor einnehmen. Die somalischen Clans legen ihr Geld zusammen, investieren es dann und teilen die Gewinne. Sie sind so nicht auf teure Kredite angewiesen. Ein Teil von Nairobi wird inzwischen schon „Little Mogadishu“ genannt. Dass es den Kenianern sauer aufstößt, wenn die Somali mit Designerkleidung vor ihnen herumstolzieren, während viele von ihnen am Hungertuch nagen, ist irgendwie auch verständlich, oder?

Können denn Afrikaner Rassisten sein?, möchte man da fragen.

Wohl kaum. Aber auch die Afrikaner wissen, dass Schutz von Grenzen Sicherheit bedeutet, dass ein Staat erst einmal die Verantwortung hat, für seine eigenen Bürger zu sorgen, bevor anderen geholfen werden kann.

Die Forderung nach einer geregelten Einwanderung ist kein Rassismus. Sie ist gesunder Menschenverstand.



Dennis Jung ist endlich auf Erfolgskurs. Jedenfalls, was seinen Job anbelangt, hat er es schon weit gebracht. Als Chef einer NGO kümmert er sich um die Klimakrise – bis er, völlig überraschend, selbst in eine Überlebenskrise gerät. Auf hoher See sieht seine Welt plötzlich ganz anders aus.

»Hinter den Idealen stehen Interessen.«

Prof. Dr. Philipp Bagus

»Ein Roman, der Narrative entlarvt – und zum Nachdenken zwingt.«

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas

»Kaum ein Autor in der aktuellen deutschsprachigen Literatur traut sich das, was Ruthardt uns mit Leichtigkeit zumutet. Gerade deshalb lesenswert.«

Nickolas Emrich | SPIEGEL-Bestseller-Autor

Untergang der »GREEN«

Roman

von Ralf M. Ruthardt

Taschenbuch | € 18

180 Seiten

ISBN 978-3982705903



MENSCHEN IM PORTRÄT



Foto: Dirk-Henning Egger

Vom Suchenden zum Seelsorger: Dirk-Henning Egger

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Dirk-Henning Egger | Augustiner Chorherr



In dieser Rubrik *MENSCHEN IM PORTRÄT* sprechen wir mit Menschen, deren gesellschaftliches Engagement und Wirken uns als Leserinnen und Lesern eine Quelle der Inspiration für unser eigenes Tun sein kann. Als Menschen können wir unsere Gesellschaft bereichern.

Nicht eine religiöse Kindheit, sondern Krise, Wahrhaftigkeit und die Suche nach Sinn führten Dirk-Henning Egger in den Orden der Augustiner-Chorherren. Heute wirkt er als Priester und Novizenmeister in Paring. Ein Gespräch über biografische Wendepunkte, innere Freiheit und darüber, wie aus einem gescheiterten Lebensplan eine tragende Berufung werden kann.

Ralf M. Ruthardt | Es freut mich sehr, ein Gespräch mit einem Augustiner-Chorherren führen zu dürfen. Wobei zunächst zu klären ist, wie ich Sie eigentlich korrekt anspreche. Dirk Egger? Oder mit Pater Egger? Letzteres würde dem Hinweis von ChatGPT entsprechen.

Herr Dirk | Uns spricht man nicht – wie sonst üblich – mit Pater an, sondern mit „Herr“ und dann dem Vornamen. Wir sind in Deutschland eine kleine Gemeinschaft und von daher nicht sehr bekannt. In Europa gibt es mehr Augustiner-Chorherren.

Ralf M. Ruthardt | Dann lassen Sie uns über die Augustiner-Chorherren sprechen. Dass „Augustiner“ auf den Heiligen Augustinus schließen lässt, liegt nahe. Aber bei den „Chorherren“ kommen Fragezeichen auf.

Herr Dirk | Ja, Augustiner wegen Augustinus. Er ist weithin bekannt als großer Theologe und als Bischof von Hippo, im heutigen Algerien. Weniger bekannt ist, dass Augustinus immer in Gemeinschaft gelebt hat. Zunächst hatten seine Freunde und er nach der Wahrheit gesucht und lebten zusammen als Gemeinschaft. Als er später Bischof wurde, hat er für sich keinen exklusiven Ort ausgesucht, sondern hat weiterhin in Gemeinschaft gelebt. Das war sein Konzept und damals keinesfalls üblich, dass ein Bischof in einer klösterlichen Gemeinschaft von Klerikern zusammengelebt hat.

Ralf M. Ruthardt | Dieser Hinweis lässt verstehen, weshalb die Gemeinschaft als Ordensregel für die Augustiner eine hohe Bedeutung hat. Auf den ersten Blick hätte ich diese Regel dem heiligen Benedikt zugeschrieben.

Herr Dirk | Eigentlich hat Benedikt von Nursia (ca. 480–547 n. Chr.) viel „Copy and Paste“ gemacht – also sich stark an Augustinus orientiert. Zwischen dem Tod Augustins und der Geburt Benedikts liegen rund 50 Jahre. Benedikt lebte in einer Welt, in der die theologischen und kirchlichen Grundlagen Augustins längst Autorität besaßen.

Nun, das mit der Bezeichnung „Chorherren“ ist eigentlich eine Fremdbezeichnung. Offiziell heißen wir „Regularkanoniker des heiligen Augustinus“. In anderen Ländern auch „Canon Regular“ genannt. Das heißt, wir sind Kanoniker. Priester, die reguliert – also nach Regeln – leben. „Chorherren“ hat sich im Deutschen herausgebildet. Die Leute haben gesehen, dass die Herren im vorderen Teil der Kirche, dem sogenannten „Chor“, sitzen.

Ralf M. Ruthardt | Ich denke soeben an die Prämonstratenser in Kloster Roggenburg. Dies ist ein Priesterorden. Ist das Konzept vergleichbar zu dem der Augustiner-Chorherren? Ich meine einer Ordensgemeinschaft von Priestern, die vor Ort Seelsorge leisten und bestimmte Kirchengemeinden betreuen?



Herr Dirk | Wenn wir die Feinheiten des Selbstverständnisses der jeweiligen Orden rauslassen, dann kann man das mit „ja“ beantworten. Im Gegensatz dazu sind beispielsweise die Zisterzienser und die Benediktiner Mönchsorden, also monastische Orden. Die Idee dahinter ist, dass der Einzelne in klösterlicher Gemeinschaft einsam lebt. Die klösterliche Ordnung hatte den Sinn, sich die Arbeit aufteilen zu können; also praktische Gründe. Der Einzelne konzentriert sich auf seine Gottsuche.

Der Unterschied zu uns Chorherren ist offensichtlich. Wir leben im Kloster zusammen, haben unsere gemeinsamen Gebets- und Essenszeiten. Aber wir sind ein Seelsorgeorden. Der Großteil des Tages ist nicht Schweigen und innere Einkehr. Es ist Gemeinschaftsleben, welches Menschen außerhalb unseres Ordens im Glauben begleitet. Da gehören Krankenhausseelsorge ebenso dazu wie die Klosterpfarrei und – in unserem Fall – die seelsorgerische Versorgung von zwei Nachbarpfarreien im Auftrag der Diözese Regensburg.

Ralf M. Ruthardt | Ein Bischof ist in der Katholischen Kirche für die Seelsorge in seiner Region zuständig. Dafür setzt er eigene Priester, sogenannte Weltpriester oder Diözesanpriester, ein ...

Herr Dirk | ... und er kann sich Hilfe von Seelsorgeorden, wie dem unseren, holen.

Ralf M. Ruthardt | Danke für die Einblicke. – Nun wollen wir ein bisschen persönlicher werden, lieber Herr Dirk. Wenn man nach Ihnen googelt, dann findet man Interviews auf YouTube, in welchen Sie auf eine sehr erfrischende Art über Ihre ehemalige Vorliebe für Heavy Metal, Ihren Wunsch, Arzt zu werden, und über Identitätssuche sprechen. Lassen Sie uns daran teilhaben. Darf man eigentlich einen Chorherren nach seinem

Lebensalter fragen? Es würde bei der Einordnung Ihrer Lebensgeschichte helfen.

Herr Dirk | Ich frage dann immer zurück, was die Leute raten. (lacht)

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie mich nachdenken. Sie wirken jung – aber man darf das umfassende theologische Studium nicht übersehen. Ich würde sagen: Mit 35 Jahren kann ich falsch liegen. (lacht)

Herr Dirk | Gut geschätzt. Ich bin 37 Jahre.

Ralf M. Ruthardt | Ich freue mich auf zwei, drei Gedanken oder Impressionen, die Ihren Weg zu Gott und schlussendlich zum Priester verstehen lassen.

Herr Dirk | In meiner Kindheit und Jugendzeit spielte in unserer Familie die Kirche, Gott oder gar Jesus Christus überhaupt keine Rolle. Der wohl einzige Berührungspunkt mit Kirche waren besonders fromme, katholische Nachbarn. Wir wohnten damals in einem kleinen Wallfahrtsort. Meine Familie war damals wie Aliens unter den Frommen – also Außen-seiter. Das war so meine einzige kirchliche Prägung: eine eher negative.

| Heavy Metal für Chorherren?

Wir sind als Familie mehrfach umgezogen. Das war für mich als jungen Menschen nicht schön, weil ich keinen Freundeskreis hatte. Dadurch bin ich immer introvertierter geworden. Wenn man so abgekapselt ist, braucht es ja trotzdem irgendwie einen Kanal, um seinen Frust loszuwerden. Das war bei mir die Musik. Ich kam in die Heavy-Metal-Szene – und noch mehr, ich bin dort gelandet, wo es in diesem Genre satanistisch wird. Nein, ich war kein Satanist, aber diese Art von Musik entsprach meiner Rebellion gegen die in meinen Augen spießige Gesellschaft.



Ralf M. Ruthardt | Der Rebell – und gleichzeitig ein junger Mensch mit einer Berufung.

Herr Dirk | Ja, seit der zweiten Klasse wusste ich, dass ich Arzt werden will. Da war klar, dass ich mich in der Schule anstrengen muss. Das Ergebnis war ein sehr gutes Abitur – und trotzdem hat es für den ersehnten Studienplatz nicht gereicht. Als mir gesagt wurde, dass ich auf der Warteliste keinen aussichtsreichen Platz habe, bin ich in ein tiefes Loch gefallen. Ich habe realisiert, dass mein Traum geplatzt ist. Und mir wurde klar, dass ich mir nie eine Alternative überlegt hatte. Ich war so sehr festgelegt.

| Wozu auf dieser Welt?

Da sind in mir Fragen aufgekommen: Wozu bin ich eigentlich auf der Welt? Was ist eigentlich der Sinn von meinem Leben? ... wir wollen es an dieser Stelle nicht weiter vertiefen, sondern kennzeichnen es als eine krasse Lebenskrise.

Hinzu kam, dass ich im persönlichen Umfeld Lügengeschichten erzählt habe. Da waren Notlügen. Und da waren völlig überhöhte und ausgeschmückte Erzählungen, die mir die Chance auf Anerkennung einbringen sollten. Irgendwann war dieses Geflecht aus Unwahrheiten total nervig und nur noch wenig beherrschbar geworden.

| Unwahrheiten nerven

Etwas Grundlegendes hat mir Orientierung gegeben. Ich will es mit wenigen Worten beschreiben:

Bei einem Anlass sind mir die zehn Gebote in den Schoß meiner Wahrnehmung gelegt worden. Wie schön die Welt doch wäre, wenn sich jeder daran halten würde, war mein Gedanke. Es war eine bewusste Entscheidung: Ich habe aufgehört zu lügen. Sollten

die Leute doch über mich denken, was sie wollten. – Und mit der Wahrheit wurde es leicht um mein Herz.

Und ich durfte bei einem Freund für ein paar Wochen bei der Ernte helfen. Es war eine gläubige Familie, die sonntags in den Gottesdienst gegangen ist und zu den Mahlzeiten gebetet hat. Das liebevolle und friedliebende Miteinander in dieser Familie meines Freundes kam mir immer etwas unglaublich vor. Als ob es eine Show wäre, wenn ich zu Besuch bin. Nun, ich war während der Ernte längere Zeit dort und erlebte, dass diese Menschen authentisch waren. – Gottes Gegenwart war im Alltag auf eine wunderbare, wohltuende Weise für mich spürbar.

Ralf M. Ruthardt | Gottes Gegenwart – im Alltag auf eine wunderbare, wohltuende Weise spüren zu dürfen. Diesen Gedanken lassen wir für einen Moment als Einladung auf uns wirken.

Wie ging es für Sie weiter?

Herr Dirk | Es kam die Beschäftigung mit den verschiedenen Ausrichtungen der beiden großen Kirchen. Zugleich hat mich mein Jugendfreund in seiner katholischen Jugendgruppe integriert. Es war eine wunderbare Zeit: wo anzukommen und seinen noch frischen Glauben nicht alleine leben zu müssen.

Nun, ich hatte tausend Fragen und liebe, glaubenserfahrene Menschen um mich, die mich auf meinem Weg begleitet haben. Irgendwann gab es den Punkt, wo aus meiner Suche nach einer beruflichen Zukunft die Gewissheit wurde, dass Gott mich längst gerufen hat. Es war und ist ein schönes Gefühl, diese Fügung erleben zu dürfen. „Jesus, dir gehört meine Zukunft und ich will das tun, was du möchtest. Es ist das Beste, was mir passieren kann. Ich habe gelernt,



dass du es immer gut mit mir meinst.' – Das ist für mich eine Erkenntnis, eine Freiheit und der dankende Inhalt so manchen Gebets.

Ralf M. Ruthardt | Es freut mich, dass Sie Ihr persönliches Erleben mit uns teilen. Sie haben 2020 Ihre Priesterweihe erfahren. Welche Aufgaben obliegen Ihnen, Herr Dirk, nunmehr als Seelsorger bei den Augustiner-Chorherren in Paring?

Herr Dirk | Mich begleitet ein Leitsatz, zu dem der folgende Gedanke gehört: 'Umsonst habt ihr empfangen, umsonst sollt ihr geben.' Das sagt Jesus, als er seine Jünger aussendet. Ich erinnere mich an das, was ich geschenkt bekommen habe. Und dann ist da die automatische Bewegung, dass ich nicht anders kann, als anderen Menschen eine Hilfe zu sein, um Jesus ebenfalls zu begegnen.

Ich unterstütze unseren Propst in der Seelsorgearbeit in unserer Klosterpfarre. Zudem bin ich „der Springer“ für die Mitbrüder in den Nachbarpfarreien. Meine Hauptaufgabe ist die des Novizenmeisters. Das heißt, ich bin für die neuen Brüder im Kloster zuständig und unterstütze diese als Mentor. Da geht es beispielsweise um die Einführung in die Lebensweise, in die Spiritualität, in die Ordensgeschichte. Ab und an bin ich dann auf Veranstaltungen eingeladen, um dort zu sprechen. Oder in Podcasts oder Interviews Menschen an meinem Gotterleben teilhaben zu lassen.

Ralf M. Ruthardt | Bei genauer Betrachtung ist Ihr Wunsch, Arzt zu werden, in Erfüllung gegangen. Jetzt in diesem Sinne, einen Beitrag zum Seelenheil leisten zu dürfen.

Herr Dirk | Genau, so sehe ich das auch und bin dankbar. Dankbar bin ich auch, dass ich heute mit zehn – überwiegend jungen – Mitbrüdern zusammen in unserem Kloster meinen Glauben leben darf.

Ralf M. Ruthardt | Mich beschäftigt Ihre Erfahrung, die Lüge durch die Wahrheit zu ersetzen, sehr. Dieses befreiende Moment, nicht mehr eine Show vor anderen abliefern zu müssen.

Womöglich merken wir Menschen bei etwas Reflexion sehr schnell, dass es in unserem Leben oft um Selbstdarstellung und dem Entsprechen von scheinbaren Erwartungshaltungen geht. Wenn wir in die Politik und in die Medien schauen, dann erkennen wir oft, dass Leute unter einem massiven Druck stehen. Sie meinen, dass eine einmal vertretene politische Argumentation das Gegenargument nicht gelten lassen darf. Es sind womöglich zu viele Zacken, die aus scheinbaren Kronen zu brechen drohen. Es wird an etwas Unhaltbarem festgehalten, weil man sich der Kritik nicht aussetzen will, falsch gelegen zu haben. Es wird in Phrasen gesprochen, weil die Konzentration des Publikums nicht mehr auszuhalten scheint – oder man zum Argument fachlich gar nicht in der Lage ist. Womöglich dominiert die Sorge um Vorteile und Privilegien den inneren Wunsch, die Leichtigkeit der Wahrheit erlebbar werden zu lassen.

Nun, wir entlassen unsere Leserinnen und Leser in ein selbstbestimmtes Nachdenken über Ihre Lebens- und Glaubenserfahrungen. In jedem Fall haben wir gelernt, wie man einen Augustiner-Chorherren korrekt anspricht. In diesem Sinne: herzlichen Dank für Ihre Zeit und Gottes Segen zu Ihrer Arbeit in Paring, lieber Herr Dirk.

Dirk-Henning Egger CRV

ist Augustiner-Chorherr und lebt im Kloster St. Michael in Paring, südlich von Regensburg. Hier wirkt er als Priester in der Seelsorge, ist Novizenmeister (Ausbilder) seiner Gemeinschaft und ist viel für die Neuevangelisierung im deutschen Sprachraum unterwegs.

„Immer wieder lesenswert!“

Simon Riese

Kurzgeschichten: Literarische Snacks für Zwischendruck.

Impressionen über die Vielfalt des Menschlichen.

Ironisch. Berührend. Unterhaltsam.

Das **besondere Geschenk** für Freunde.

Mensch sein – Mensch bleiben

Ralf M. Ruthardt

Edition PJB

ISBN 978-3982574950

Taschenbuch | nur € 15





„Der Klang des Lebens ist ein stilles Lied“

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Pater Stephan R. Senge



„Der Klang des Lebens ist ein stilles Lied“, so der einleitende Gedanke zum Gespräch mit Pater Stephan R. Senge. Er ist Zisterzienser Dichter, Mensch unter Menschen: Pater Stephan R. Senge hat sich nie mit einem engen Verständnis von Spiritualität begnügt. In der kontemplativen Stille des Klosters sucht er dieselbe Wahrheit wie in der konkreten Begegnung mit den Armen in Afrika – und in seinen Gedichten, die von innerem Ringen, Liebe, Tod und dem göttlichen Schweigen erzählen. Hier ein Gespräch über seine Biografie, seine Lyrik und sein unermüdliches Engagement.

(k)eine tägliche begegnung

Ralf M. Ruthardt | Lieber Pater Stephan, wenn man Ihnen begegnet, spürt man Demut und innerer Klarheit. Wie würden Sie sich selbst beschreiben – jenseits Ihres Titels als Zisterziensermönch.

Pater Stephan | Vielleicht als einen, der unterwegs ist. Als junger Mann habe ich viel gesucht – nach Sinn, nach Wahrheit, nach Heimat. Das Kloster war für mich kein Rückzug, sondern eine Hinwendung. Ich würde sagen: Ich bin ein Hörender. Und ich versuche, das Gehörte in Leben zu verwandeln.

Ralf M. Ruthardt | Was hat Sie damals ins Kloster geführt – und was hat Sie dort gehalten?

Pater Stephan | Das Entscheidende war nicht ein spektakuläres Erlebnis, vielmehr der lächelnde Hinweis eines späteren Mitbruders beim Besuch unserer Jugendgruppe in der Abtei Himmerod, dass da noch Zimmer frei seien. Für den von der Schule gewiesenen ehemaligen Schüler das Schlüsselerlebnis und dann nach der späteren Matura in Wien ein guter Ort des Zu-Hause-Seins im hellen Schatten des Gründers der Abtei, Bernhard von Clairvaux und im Rahmen der Regel des Benedikt von Nursia dies „ora et labora“, bete und arbeite. Heute, Jahrzehnte später, bin ich dankbar: Das Kloster hat mir einen Raum gegeben, wo Schweigen nicht Leere ist, sondern Möglichkeit.

Ralf M. Ruthardt | Sie schreiben seit vielen Jahren Gedichte. Wie entstand diese lyrische Stimme und was bedeutet Ihnen die Poesie?

Pater Stephan | Die Lyrik war für mich immer ein Versuch, das Unsagbare zu umkreisen. Ich glaube, das Gebet und das Gedicht haben viel gemeinsam: Beide sind konzentrierte Sprache, verdichtete Erfahrung. Mein erstes Gedicht schrieb ich mit 17, und seitdem hat mich das Schreiben nie mehr ganz losgelassen. Wenn ich heute zurückblicke, sehe ich: Die Gedichte waren oft meine ehrlichsten Gebete manchmal zärtlich, häufig zornig über die haarsträubende Gewalt um uns herum, manchmal ratlos.

Ralf M. Ruthardt | Ihre Gedichte berühren – oft existenziell, oft mystisch. Gibt es ein wiederkehrendes Thema, das Sie verfolgt?

Pater Stephan | Der Mensch in seiner Zerbrechlichkeit – und die Ahnung, dass darin Gott aufblitzt. Ich schreibe viel über Grenzsituationen: Tod, Abschied, Dunkelheit. Aber nicht aus Schwermut, sondern weil ich glaube, dass genau dort – an der Kante – die Wahrheit liegt. Wenn Gott nur im Sonnenschein wohnt, dann ist er mir zu klein. Mein Glaube beginnt dort, wo Gewissheiten enden. Glauben kein Fürwahrhalten, ein abenteuerliches Auskundschaften vielfältiger Wege



und Möglichkeiten, ein Unterwegssein mit den Menschen und mit Jesus zum Vater.

Ralf M. Ruthardt | Neben Ihrem geistlichen und dichterischen Wirken sind Sie auch in der Afrikahilfe engagiert. Wie kam es dazu und was tun Sie konkret?

Pater Stephan | Ein Mitbruder hat mich einmal gefragt: „Was tun wir mit unserer Gebetszeit, wenn sie nicht zu Brot wird?“ Das hat mich getroffen. Vor 30 Jahren besuchte uns Schwester Emmanuelle, die Mutter der Müllmenschen von Kairo. Sie erzählte von Bürgerkrieg und Christenverfolgung im Sudan. Ich folgte der Einladung von Bischof Paride Taban 1997 in den Süden des damaligen Sudan: als Helfer und Lernender und Vermittelnder. Seither bin ich regelmäßig im Sudan und Südsudan, unterstütze Bildungsprojekte, helfe beim Aufbau von Ausbildungszentren. Hier in Deutschland versuche ich Mittel zu beschaffen, um diese Projekte zu realisieren. In Europa reden wir oft über Armut, dort hat sie Gesichter. Und ich glaube: Wer einmal in die Augen eines Kindes geblickt hat, das auf Bildung hofft, kann nicht mehr so tun, als ginge ihn das nichts an.

Ralf M. Ruthardt | Was nimmt ein europäischer Mönch aus Afrika mit zurück ins Kloster?

Pater Stephan | Demut. Und Staunen. Die sprudelnde Lebensfreude der Menschen vor Ort. Ihren Fleiß, ihr Engagement, Ihren Lerneifer, ihr Verstehen von Kirche und ihr Durchhalten trotz unvorstellbarer Nöte: Hunger, Flucht und Gewalt und die Notwendigkeit eines wachsenden Miteinanders, etwa von jungen Menschen hier in Deutschland mit denen im Sudan und Südsudan wie z.B. die Einübung von gemeinsamen Projekten.

Ralf M. Ruthardt | Was wünschen Sie sich für die Zukunft – persönlich und für die Welt?

Pater Stephan | Mehr Geduld. Mehr leises Hören. Mehr Verbundenheit. Mehr ausdrückliche Solidarität mit den betroffenen Menschen. Wir leben in einer lauten Welt, die schnelle Antworten verlangt. Aber was wir brauchen, sind Menschen, die Fragen aushalten. Ich wünsche mir, dass wir neu lernen, einander wirklich zuzuhören – ob in Europa oder in Afrika. Und für mich persönlich? Dass ich mir mein Staunen bewahre. Und die Freude an kleinen Dingen: dem Klang einer Zeile, dem Duft von Brot, einem Blick, der sagt: Du bist gemeint.

Ralf M. Ruthardt | Pater Stephan, danke für Ihre Zeit – und Ihre tiefgehenden Gedanken.

Pater Stephan R. Senge

ist Zisterziensermönch, Lyriker und engagierter Unterstützer von Bildungsprojekten und humanitären Vorhaben im Sudan und Südsudan. Seine spirituelle und poetische Arbeit verbindet Kontemplation mit konkretem Handeln – stets im Dienst am Menschen.



Jetzt KOSTENLOS abonnieren!

www.mitmenschenreden.de





buntestreiben

WWW.MITMENSCHENREDEN.DE



konstruktiv.
überparteilich.
im Ergebnis offen.
am Konsens interessiert.